

Stenographischer Bericht

13. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

III. Periode.

22. Dezember 1927.

Inhalt:

Personalien: Wahl eines Ersatzmannes in den Finanzausschuß an Stelle Hornik (362).

Aufgabe: Die Beilagen Nr. 41 und 42 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 175, 177 und 178 (287).

Zuweisungen: Die aufgelegten Beilagen Nr. 41 und 42 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 175, 177 und 178 (287).

Verhandlungen: 1. Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 37, über die Vorlage der Landesregierung, Beilage Nr. 32, betreffend den Voranschlag des steierm. Landesfonds für das Jahr 1928. — Fortsetzung. — Einzelerörterung. — Kap. 4, Tit. 3. — Redner: Dr. Serneß (287), Reichin (289), Dr. Hübler (292). — Annahme der Anträge zu Kap. 4, Tit. 3 (292). — Berichterstatter zu Kap. 5, Tit. 1: Ferner (292). — Redner Thoma (294), Dr. Serneß (298), Riegler (299), Schlieffsteiner (300), Zenz (302 u. 315), Garner (303), Peintinger (306), Ing. Wihany (309 u. 316), Gafz (309), Gföller (316). — Annahme der Anträge zu Kap. 5, Tit. 1 (316). — Berichterstatter zu Kap. 5, Tit. 2: Peintinger (316 u. 323). — Redner: Riegler (317), Mikola (318 u. 323), Millwisch (318), Tausk (319), Zenz (319), Ing. Wihany (321), Gföller (321). — Annahme der Anträge zu Kap. 5, Tit. 2 (324). — Berichterstatter zu Kap. 6, Tit. 1: Dr. Minarik (324). — Redner: Tausk (325). — Annahme der Anträge zu Kap. 6, Tit. 1 (325). — Berichterstatter zu Kap. 6, Tit. 2 und 3: Dr. Minarik (325). — Redner: Dr. Illig (326), Dr. Hübler (326). — Annahme der Anträge zu Kap. 6, Tit. 2 und 3 (326). — Berichterstatterin zu Kap. 6, Tit. 4: Millwisch (326 u. 335). — Redner: Döfling (327), Tausk (328), Wolf (329), Dr. Oberegger (333), Zenz (335). — Annahme der Anträge zu Kap. 6, Tit. 4 (335). — Berichterstatter zu Kap. 7: Reichin (336). — Redner: Köstler (337 u. 351), Hornik (339), Elser (340), Dr. Oberegger (341), Machold (341), Ing. Paul (344), Mikola (347), Pongraz (348), Dr. Serneß (349), Arenn (351), Gföller (353). — Annahme der Anträge zu Kap. 7 (353). — Berichterstatter zu Kap. 8 und 9: Dr. Illig (354). — Annahme der Anträge zu Kap. 8 und 9 (354). — Abschnitt II. — Berichterstatter zu Kap. 1 bis 3: Dr. Enge (354). — Redner: Köstler (354). — Annahme der Anträge zu Kap. 1 bis 3 (355). — Berichterstatter zu Kap. 4, Tit. 1 bis 4: Gföller (355 u. 356). — Redner: Dr. Oberegger (355). — Annahme der Anträge zu Kap. 4, Tit. 1 bis 4 (356). — Berichterstatter zu Kap. 4, Tit. 5: Gföller (356). — Annahme der Anträge zu Kap. 4, Tit. 5 (356). — Abschnitt III. — Berichterstatter zu Abschnitt III, Tit. 1 bis 5: Ing. Wihany (356). — Redner: Wallisch (356 u. 359), Dr. Oberegger (357), Dr. Hübler (357), Auer (357). — Annahme der Anträge zu Abschnitt III, Tit. 1 bis 5 (359). — Andere Fonds. — Berichterstatter zu Kap. 1 bis 3: Ferner (359). — Annahme der Anträge zu Kap. 1—3 (359). — Bedeckungsanträge: Berichterstatter Ing. Wihany (359). — Redner: Oberzaucher (360). — Annahme der Bedeckungsanträge (361).

2. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über die Reg.-Vorl., E.-Zl. 15, betreffend die Errichtung einer

Untersuchungs- und Beratungsstelle in der Landes-Hufbeschlags-Lehr- und Tierheilanstalt in Graz. — Berichterstatter Peintinger (361 u. 362). — Redner: Ing. Wihany (362). — Annahme des Antrages (362).

Anträge: Arenn, E.-Zl. 182, betreffend Einführung einer Altersfürsorge für die Landarbeiter (362).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 5 Minuten.

Präsident: Aufgelegt wurden heute die gedruckten Beilagen Nr. 41 und 42 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 175, 177 und 178.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen): Beilage Nr. 41 dem Finanzausschuß, Beilage Nr. 42 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß, weiters E.-Zl. 175 dem Finanzausschuß, E.-Zl. 177 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß und E.-Zl. 178 dem Landeskulturausschuß.

Hat jemand zu diesen Zuweisungen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Ich schreite in der Behandlung der Tagesordnung fort. Wir stehen bei

Kapitel 4, Titel 3, „Gewerbeförderung“ des Landesvoranschlages für 1928.

Als nächster Redner zu diesem Punkt gelangt zum Wort der Herr Abg. Dr. Serneß.

Dr. Serneß: Hohes Haus! Bevor ich auf den eigentlichen Gegenstand eingehe, möchte ich dem hohen Hause eine prinzipielle Erklärung abgeben. Es ist mir aus der Berichterstattung der „Tagespost“ erst heute aufgefallen, daß, bevor ich gestern in die Generaldebatte eingegangen bin, seitens des Herrn Abg. Gafz ein Zwischenruf gefallen ist, der geeignet ist, um einer Bewegung einen Stempel aufzudrücken, mit der 99 Prozent unserer Bevölkerung nicht einverstanden sein kann. Ich nehme Zwischenrufe prinzipiell nicht ernst, aber ich muß mich gegen solche wehren, die die Tendenz verfolgen, in der Öffentlichkeit Tatsachen zu verbreiten, die den Tatsachen nicht entsprechen. Ich muß dem hohen Hause die Erklärung abgeben, daß unsere Bewegung weit davon entfernt ist, irgend welche monarchistische Tendenzen zu verfolgen.

Es erscheint für das Jahr 1928 das erstemal im Landesvoranschlage das Kapitel „Gewerbeförderung“, und zwar ziffernmäßig. Ich lehne bei dieser, meinen Stand interessierenden Ziffer die Methode des Hinaufziffernens als Effekthascherei ab. Es ist klar, daß mit dieser Ziffer allein dem Gewerbestande nicht geholfen werden kann. Ich habe wiederholt bemerkt, sowohl in den Verhandlungen im Finanzausschuße als auch hier im hohen Hause, daß man seitens der beiden großen

Parteien ständig bemüht war, bei der Ausgaben Seite hinauf und bei der Einnahmenseite wieder herunter zu lizitieren, ein Standpunkt, den ich nicht verstehen kann. Denn wenn man Regierungspartei ist, so trägt man eben die Verantwortung und muß auch wissen, woher man die Mittel zum Ausgeben zu nehmen hat. Ich vertrete entschieden die Ansicht, daß es ausgeschlossen ist, mehr aus dem Lande herauszupressen und daß man sparsam sein muß. Jedenfalls begrüße ich es, daß das Wort „Gewerbeförderung“ im Landesvoranschlage überhaupt enthalten ist. Ich möchte das zuständige Referat bitten, mit der Verwendung dieser kleinen Mittel hauszuhalten und sich heute schon vor einer Zweckbestimmung oder Festlegung in der Verwendung dieser Mittel zu hüten. Im Laufe des Wirtschaftsjahres wird sich gewiß die Möglichkeit ergeben, diese Mittel richtig und befruchtend anzulegen. Ich verweise nur auf eine Verwendungsmöglichkeit, das ist das Grenzgebiet Radkersburg. Dort ist tatsächlich das Gewerbe in einer hilfsbedürftigen Lage. Ich habe aus einer Versammlung von Gewerbetreibenden bittere Klagen gehört und es sind auch Petitionen vorgelegt worden. Dort ist der Handels- und Gewerbebestand in einer solchen Lage, daß eine Subventionierung nötig wäre. Man wird aus diesem Kapitel schon die Mittel schöpfen können, um den bescheidenen Ansprüchen dieser Leute zu genügen. Weiters stehe ich auf dem Standpunkte, daß dem Gewerbebestande nicht nur immer mit Geld geholfen werden kann. Der Gewerbebestand und auch der Handelsstand sind schließlich abhängig von der Wirtschaftslage des Landes. Es ist klar, wenn die Landwirtschaft gedeiht, wenn das Land seine Fürsorge auf dem Gebiete der Landwirtschaft entfaltet, daß das unbedingt auf den Gewerbe- und Handelsstand sich auswirkt. Wenn der Bauer Geld hat, so steckt er das Geld nicht in den Strumpf, sondern kauft beim Kaufmann. Es hebt sich die Kaufkraft und damit der Wohlstand des Kaufmannes. Der Kaufmann kauft wieder beim Gewerbetreibenden und es kommt auch der Arbeiter zu Geld. So ist das Zusammenwirken in unserem Wirtschaftsleben ja klar. Wenn man noch so sehr für den Wohlstand eines Standes eingestellt ist, so muß man einsehen, daß diesem Stande nur geholfen werden kann, wenn die allgemeine Wirtschaftslage eine bessere ist. Ich möchte den Herrn Gewerbereferenten von dieser Stelle aus sehr bitten, mit den anderen Referenten zusammenzuarbeiten und alle jene Mittel zu ergreifen, die geeignet sind, den Wohlstand des ganzen Landes zu heben. Das ist die einzige Gewähr, damit dem ganzen Unternehmertum, dem kleinen in erster Linie, geholfen werden kann. Nur in diesem inigen Zusammenarbeiten liegt die Möglichkeit für eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage.

Es ist gestern wieder auch bei diesem Kapitel der Kampf der Parteileidenschaften ausgebrochen. Es tut mir nur leid, daß der Herr Vorredner von gestern nicht anwesend ist. (Ing. Wihany: „Kommt schon!“) Er hat zu den Sozialdemokraten die Bemerkung gemacht, daß sie sich herzlich spät für den Gewerbebestand interessiert haben und diesem Stande gegenüber früher einmal einen anderen Standpunkt eingenommen haben, und daß sie heute bestrebt sind,

sozialdemokratische Fachvereine auf diesem Gebiet zu gründen. Ich muß aber betonen, daß man vielleicht hier sagen kann, der geehrte Herr Vorredner hat sich den Grundsatz zu eigen gemacht: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' wohl jedem andern zu!“ Ich möchte auf die letzte Zeit hinweisen, wo gerade sich diese Seite bemüht hat, einen Konkurrenzkampf gegen eine andere bürgerlich unpolitische Organisation des Handels- und Gewerbebestandes (Dr. Illig: „Sie waren ja selbst im Finanzausschusse dabei, wie ich für den Hagebund dort eingetreten bin!“) Ich verweise auf eine Reihe von Versammlungen, die in der letzten Zeit von parteipolitischen Fachorganisationen veranstaltet wurden. Es hat eine Versammlung stattgefunden zu einer Zeit, wo am nächsten Tage eine Hagebundversammlung stattfand und wo man jedenfalls bestrebt war, den parteipolitischen Kampf hineinzutragen. Einen Vorwurf gegen andere kann man nur dann erheben, wenn man eben frei von jeder Schuld auf der eigenen Seite ist. (Dr. Illig: „Sie bekämpfen auch das Gewerbe und veranstalten Volksabstimmungen gegen das Gastgewerbe!“) Das ist nicht richtig! Wenn Sie einen solchen Vorwurf erheben, so tun Sie es zur eigenen Reklame. Sie wissen sehr genau, daß diese Behauptungen nicht richtig sind. Wenn Sie in diesem hohen Hause einen persönlichen Kampf eröffnen wollen, dann stehe ich nicht an, einen persönlichen Kampf mit Ihnen auszutragen. Es ist nur fraglich, wer bei diesem Kampfe standhalten und wer den Kürzeren ziehen wird.

Ich habe hier erwähnt, daß verschiedene Versammlungen stattgefunden haben und wie der Handels- und Gewerbebestand diese Versammlungen selbst abwehrt. Es hat eine Versammlung des Hagebundes an einem Sonntag in Schladming stattgefunden. Am Samstag hat der Herr Abg. Dr. Illig eine Versammlung der Christlichsozialen angeordnet. Er hat das Unglück gehabt, daß er zu spät mit dem Auto hinaufgekommen ist. Versäumt hat er nicht viel, es haben nur 6 bis 7 Personen auf ihn gewartet. Aber ich habe hier gehört, daß es furchtbar mißliebig aufgefaßt wurde, daß er zu dieser Fahrt ein Regierungsauto benützt hat. Es ist natürlich vollkommen unrichtig, wenn das in der Öffentlichkeit behauptete Argument zutrifft, daß man für einen parteipolitischen Zweck ein öffentliches Beförderungsmittel benützt, obwohl den Abgeordneten eine Eisenbahnfahrkarte 1. Klasse zur Verfügung steht. Das ist ein kleines Beispiel, wie gefährlich es werden könnte, wenn man den Parteikampf in einen Stand hineinträgt. Wenn hier Vorwürfe erhoben werden, so muß ich sagen, das ist nichts anderes auf beiden Seiten als Mittel zum Zweck, um diese heiß ersehnten 51 Prozent einer Partei (Zingl: „Sie haben nur 1 Prozent!“) zu erringen, und dazu ist der Handels- und Gewerbebestand wirklich zu gut. Ich bin eben Gewerbetreibender. (Dötkling: „Lassen Sie sich nicht auslachen!“) Ich bin Gewerbetreibender und habe es nicht notwendig, so wie Sie, mein tägliches Brot im Dienste einer Partei zu verdienen!

Nun, meine verehrten Damen und Herren, es hat sich im Verlaufe der Debatte hier in diesem hohen Hause immer gezeigt, daß in erster Linie der Partei-

kampf maßgebend ist. Das ist der Grund, warum wir uns heute in Osterreich bereits im Kriegszustande befinden, der das Bestehen der Republik gefährdet, innen- und außenpolitisch. Wenn der 15. Juli irgend welche Auswirkungen gehabt hätte, ich weiß nicht, was das Ausland, die Umgebungsstaaten, gemacht hätten, ob wir nicht eine Befreiung erlebt hätten und ob wir heute nicht unter dem Druck feindlicher Bajonette stehen würden. Wie gefährlich dieses Parteienspiel ist, das soll Ihnen der 15. Juli beweisen. (Mikola: „Hört, hört, von der anderen Seite!“) Deshalb möchte ich Sie hier, von dieser Stelle aus, auffordern, im Namen eines unpolitischen Verbandes, des Hagebundes, daß Sie die Bestrebungen der unpolitischen Verbände des Handels- und Gewerbestandes fördern. Hand weg aber von diesem nur zur Ausnützung für parteipolitische Zwecke. (Dötkling: „Großer Beifall!“) Ich bitte, ich muß auf diesen Zwischenruf, der nun gefallen ist, reagieren. Ich habe leider nicht die Anzahl von Leuten um mich herum, die mir Beifall parteilich zuklatschen müssen. (Zenz: „Machen Sie es selbst!“) Ich werde mir den Beifall wo anders holen.

Leichin: Hohes Haus! Ich habe nicht die Absicht, zu diesem Kapitel aus politischen Gründen zu sprechen, denn wir haben dazu deshalb keine Ursache, weil die Gewerbetreibenden, die bei uns organisiert sind, das nicht wollen und selbst wissen, was sie zu tun haben, um ihre Organisationen auszubauen und sich gegen den Druck zu schützen. Wenn ich darüber spreche, so spreche ich nur aus ganz prinzipiellen Gründen. Das Kapitel „Gewerbeförderung“ zerfällt in zwei Teile: in einen Teil Gewerbeförderung, für den ein Betrag von 25.000 S eingestell ist, und in einen Teil Fremdenverkehr, für den ein höherer Betrag eingestell wurde. Wenn wir hier einen solchen Betrag eingestell sehen, so fragen wir uns, ob die Ziffer allein genügt oder ob man sich unter der Einstellung der Ziffer etwas denkt oder denken kann. Es wäre wichtig, zu erfahren, was mit diesem Gelde geschehen soll. Nun hatten wir schon im Finanzausschusse gehört, daß damit das Gewerbe gefördert und auch Reisen unternommen werden sollen, die beitragen, das Gewerbe als solches zu fördern. Gestern hat ein Abgeordneter uns angeklagt und erklärt, wir haben die Absicht, das Gewerbe auszurotten. Die Quelle, aus der diese Behauptung stammt, ist uns nicht unbekannt. Es sind das Zeitungsausschnitte, aus denen gegen uns immer wieder dieselben Anklagen erhoben werden, daß wir das Gewerbe austrotten wollen. Obwohl dafür aus unseren Schriften, die ziemlich umfangreich und jedem zugänglich sind, aus unserem Parteiprogramm, nicht ein einziger Beweis für diese Behauptung erbracht werden kann. Wenn wir zu dieser Frage Stellung nehmen, so nehmen wir Stellung vom Standpunkte einer aufstrebenden Partei, einer Partei, die nicht in die Vergangenheit blickt und nicht in ihr das Heil sucht, sondern in der werdenden Wirtschaft das zu schaffen, was für die Bevölkerung von Notwendigkeit ist. Als aufstrebende Partei nehmen wir uns die Wirtschaftsgeschichte für unser wirtschaftliches Denken zur Grundlage. Sie lehrt uns, wie sich das Wirtschaftsleben entwickelt hat, worauf wir unsere Programmsätze aufbauen. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt

uns in den letzten 100 Jahren einen ständigen Kampf zwischen der aufstrebenden Großindustrie und dem im Niedergange befindlichen Gewerbe. Die ganze Sozialgeschichte zeigt von einem immer scharfer werdenden Klassenkampf, zwischen Kapitalismus und Proletariat, das aus der Summe der zugrunde gegangenen Gewerbetreibenden und Kleinbauern entstanden ist. Wenn wir die Wirtschaftsgeschichte verfolgen, so sehen wir, daß im letzten Jahrhundert eine ganze Reihe von Gewerben vollständig verschwunden sind. Nicht etwa deshalb, weil die Sozialdemokraten diese Gewerbe ausgerottet haben, sondern verschwunden sind, weil die Großindustrie diese Gewerbe verdrängte. Ich will bloß einige Beispiele dafür anführen. Die älteren Herren hier im Hause können sich sicher noch daran erinnern, daß ihre Mütter noch in einem könernen Topfe zu Hause kochte, daß es früher nur könerne Töpfe in der Küche gegeben hat. Diese wurden vom Töpfer erzeugt, der in jeder Gasse in der Stadt und in jedem Dorfe zu finden war. Dieser Töpfer ist in den Städten fast vollständig verschwunden, er wurde durch die Entstehung einer neuen Industrie, die die Töpfe auf billigere Weise herstellt, verdrängt. Wir sehen, daß an Stelle der Töpferei eine neue Großindustrie entstanden ist, die Fabrikation von Emailgeschirr, Fabriken, wie wir in Knittelfeld eine haben. Noch ein anderes Beispiel. Ehe wir in den Städten eine Wasserleitung hatten, es nur einige öffentliche Auslaufbrunnen gab, hatten unsere Mütter Schaffeln, in denen sie das Wasser für den Tagesbedarf aufbewahrten. Nun wurde in fast allen Orten die Wasserleitung eingeleitet, wodurch Schaffel und Butte verdrängt wurde, mit denen die Frauen vom öffentlichen Auslaufbrunnen ihr Wasser holten. Damit ist wieder ein Gewerbe verdrängt worden. In Wien, in Graz war fast in jeder Straße ein Bindermeister, der nicht nur die Schaffelreparaturen für die Frauen, sondern auch neue Gefäße zum Wasserholen herstellte. Seitdem die Wasserleitung jeder Frau das Wasser in die Küche bringt, ist auch dieses Gewerbe fast vollständig verschwunden, hat es sich nur in einigen Großbetrieben, den Brauereien, den Zementfabriken, erhalten. Ein weiterer Gewerbebezweig hat von seiner Tätigkeit fast nur mehr den Namen. Wenn Sie in den Dörfern den Schmied fragen: „Machst Du die Hufeisen selbst?“ dann wird er sagen: „Nein, die kaufe ich aus der Fabrik, die kommen mir dort billiger.“ Welches Gewerbe wir immer in den Kreis unserer Betrachtungen ziehen, werden wir wahrnehmen, daß durch die Entstehung der Fabrik das Handwerk in seinem Tätigkeitsbereiche beschränkt und damit die Sicherheit der Existenz abgegraben wurde. Das sind die wahren Ursachen der wirtschaftlichen Not des Gewerbes. Auf diese Ursachen bauen wir unsere politische Auffassung, unser Parteiprogramm auf. Wenn Sie unser Programm lesen, werden Sie unter Titel 1, Kapitalismus, folgendes finden (liest):

„Mit der Entwicklung des Kapitalismus werden immer größere Teile der gewerblichen Produktion, des Handels- und des Verkehrswezens in Großbetrieben konzentriert. Die Konkurrenz des kapitalistischen Großbetriebes richtet viele Zweige des alten Handwerks gänzlich zugrunde, viele beschränkt sie auf

Reparatur und Betrieb von Erzeugnissen des Großbetriebes. Andere Zweige des Handwerks geraten in drückende Abhängigkeit von kapitalistischen Handelsunternehmungen; die Handwerksmeister werden als Lohn- oder Stückmeister zu Lohnarbeitern des Kapitals. Einen schnell wachsenden Teil des ganzen Volkes verwandelt der kapitalistische Großbetrieb in seine Lohnarbeiter und Angestellten. Die Furcht vor dem Schicksal des Arbeiterdaseins treibt breite Massen dazu, im Kleinhandel und in den noch überlebenden Zweigen des Handwerkes Zuflucht zu suchen. Die Anhäufung allzu großer Massen von diesen Erwerbszweigen belastet die Waren mit hohen Unkosten, sie verschärft die Konkurrenz und drückt die Lebenshaltung der Kleinhändler und Handwerker tief hinab."

Das ist das Ergebnis des Studiums der Sozialgeschichte. Eine aufstrebende Partei muß sich, wenn sie die ihr gestellten Probleme des Wirtschaftslebens lösen, das Wirtschaftsleben neu aufbauen will, auf die Lehren der Sozialgeschichte stützen. Eine Partei, die in die Vergangenheit blickt, wie die christlichsoziale Partei, die das erhalten will, was besteht, das Rad der Wirtschaftsentwicklung zurückdrehen will, kann sich auf die Lehren des Wirtschaftslebens nicht berufen. Ihre Führer flüchten zu alten Zeitungsartikeln und glauben auf diese Weise etwas zu erreichen. Wir müssen also eine beständige Verdrängung des Handwerkes feststellen. Diese Tatsache ist nicht darauf zurückzuführen, weil es irgend eine Partei so wollte. Im Wirtschaftsleben hat der Wille einer Partei oder Schichte keine Bedeutung. Das Wirtschaftsleben hat seine eigenen Gesetze und diese Gesetze sind gewaltiger als der Wille einer Partei oder einzelner, noch so mächtiger Menschen. So ist auch der Sozialismus nicht etwa das Produkt eines einzelnen oder der Ausfluß des Willens einer großen Schichte oder, wie die bürgerlichen Zeitungen sagen, eine jüdische Erfindung, sondern ist die logische Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens. Es ist kein geringerer als Professor S o m b a r t, der in seinem Buche „Die soziale Bewegung im 19. Jahrhundert" schon in den 90er Jahren den Sozialismus als die notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung erkannte und erklärte, daß der Sozialismus als naturnotwendige Weiterentwicklung des Kapitalismus kommen muß. Denn der Sozialismus ist weiter nichts als ein geregelter Wirtschaftsleben, eine Planwirtschaft, gegenüber der bestehenden anarchischen, regellosen, chaotischen und krisenhaften Wirtschaft. Nun müssen wir uns fragen, ist wirklich das Gewerbe in der letzten Zeit verdrängt worden? Was sagt uns die Statistik darüber?

Da es für Österreich keine brauchbaren Zahlen gibt, so werde ich an den Ziffern der deutschen Gewerbe-zählung aufzeigen, in welchem Verhältnis in Deutschland Gewerbe und Großindustrie sich entwickelten. Da es sich hier um amtliche Zahlen handelt, wird es kaum einem Herrn einfallen, zu sagen, daß diese Ziffern eine sozialdemokratische Mache darstellen. Wie hat sich das Gewerbe seit den Gewerbezahlungen 1882, 1895 und 1907 entwickelt? Neuere Zahlen liegen noch nicht vor, sondern müssen erst geschaffen werden. Diese drei Gewerbezahlungen zeigen uns folgendes:

Betriebe, in denen 1 bis 5 Personen beschäftigt wurden, gab es im Jahre 1882 noch 2,175.857, im Jahre 1895 waren es 1,989.572, und im Jahre 1907 nur mehr 1,870.261, das heißt, in der Zeit von 1882 bis 1907 sind die kleinen Betriebe um über 200.000 zurückgegangen. Aber auch die Arbeiterzahl, die in diesen kleinen Betrieben beschäftigt wurde, ist ganz gewaltig gesunken. Zählte sie im Jahre 1882 noch 3,270.404, so im Jahre 1907 nur noch 3,200.282.

Diese Ziffern über die Entwicklung des Kleingewerbes bekommen erst durch den Vergleich über die Entwicklung der mittleren und großen Betriebe eine Bedeutung. Die Betriebe von 6 bis 50 Arbeiter zählten im Jahre 1882 erst 85.001, im Jahre 1895 bereits 139,459, und stiegen im Jahre 1907 auf 187.074, während die beschäftigte Arbeiterzahl in derselben Zeit von 1,109.128 auf 2,714.664 anwuchs. Noch gewaltiger ist das Ansteigen der Betriebe und beschäftigten Arbeiter in der Großindustrie. Durch diese Ziffern wird uns erst so recht zum Bewußtsein gebracht, welche Bedeutung die Großindustrie in unserem Wirtschaftsleben hat, daß neben ihr das Kleingewerbe nur mehr eine unrettbare, kümmerliche Existenz haben kann. Großbetriebe mit 51 bis über 1000 Arbeiter wurden im Jahre 1882 9481 mit 1,554.131 Arbeitern, im Jahre 1895 17.941 Betriebe mit 2,907.329 Arbeitern und im Jahre 1907 29.033 Betriebe mit 4,937.927 Arbeitern gezählt. Dazu kommt, daß im Großbetrieb die Pferdekraft billiger als im Kleinbetrieb zu stehen kommt, im Großbetrieb aber auch die Maschine viel rationeller ausgenützt wird, als das im Kleinbetrieb möglich ist.

Es ist daher falsch, zu glauben, man kann den kleinen Schneidermeister oder Schuhmacher, den Kleingewerbetreibenden überhaupt retten, wenn man ihm einen elektrischen Motor verschafft. Ein großer Betrieb produziert billiger, weshalb der Kleingewerbetreibende gegenüber dem Großunternehmer nicht konkurrenzfähig ist. Das ist das Hauptübel und darüber kommen wir auch dann nicht hinweg, wenn Sie einen Zeitungsausschnitt vorlesen und sagen, die Sozialdemokraten wollen das Gewerbe austrocknen.

Auch wenn wir die Entwicklung einzelner Branchen verfolgen, so können wir ein rasches Sinken der kleinen Betriebe beobachten. In der Metallverarbeitung wurden noch im Jahre 1882 156.000 Kleinbetriebe mit 1 bis 5 Arbeitern gezählt, während es im Jahre 1907 nur noch 133.000 waren. Die gleiche Entwicklung weist die Textilindustrie auf. Hier ist die Zahl der Kleinbetriebe mit 1 bis 5 Arbeitern im Jahre 1882 von 334.000 auf 122.000 im Jahre 1907 zurückgegangen. Es wäre natürlich falsch, diese Entwicklung auf die Tendenz einer politischen Partei zurückzuführen, sondern das sind Erscheinungen unseres Wirtschaftslebens, die in der Überlegenheit des Großbetriebes, der Anwendung der höheren Technik, von Massen von Maschinen und erforderlichen Kapitalismengen ihre Ursachen haben. Der Kapitalismus, der natürlich stets in der Lage ist, seine Betriebe technisch auszubauen, der ist konkurrenzfähiger, mit dem kann der Kleingewerbetreibende die Konkurrenz nicht aufnehmen. Die Folge ist, daß er überall verdrängt wird. Wenn Sie die Gewerbe in Graz zählen, finden Sie,

daß wir beiläufig 36 bis 40 Gewerbe haben, von denen eine ganze Reihe nur mehr den Namen haben. Der Uhrmacher, erzeugt er noch eine Uhr? Nein, er hat nur mehr eine Reparaturwerkstätte, während alle Uhren in der Fabrik erzeugt werden. So geht es einer ganzen Anzahl von Gewerben, die zu Reparaturwerkstätten herabgedrückt wurden, denen ein ganz kleiner Spielraum für ihre Existenz gelassen wurde. Das ist eine geschichtliche Entwicklung und wir würden uns als Sozialdemokraten hüten, mit solchen demagogischen Redensarten einer Partei die Schuld an dem Niedergange des Gewerbes zuzuschreiben.

Nach dem Kriege können wir eine neue Entwicklung im gewerblichen Leben wahrnehmen, die nicht von Dauer ist, für das Kleingewerbe daher katastrophaler endet. Es ist das die Frage der Rationalisierung, die das Wirtschaftsleben beherrscht. Bei der Budgetdebatte wurde darauf verwiesen, daß wir der Industrie die Möglichkeit geben müssen, ihre Einrichtungen technisch auszugestalten, damit sie billiger produzieren und damit den Weltmarkt erobern könne. Damit wird ausgedrückt, daß sich die allgemeine Aufmerksamkeit ausschließlich der Großindustrie zuwendet, sie die Grundlage unserer Wirtschaft bildet. Das wirtschaftliche Problem, das zur Frage steht, ist: Arbeiter und Angestellte auf der einen, Großindustrie auf der anderen Seite. Alles andere, das dazwischen ist, hat eine fragliche Existenz, womit natürlich nicht gesagt ist, daß sie kein Recht auf Dasein haben. Aber gerade durch die Rationalisierung, die einen gewaltigen Umfang angenommen hat, wenngleich sie bei uns in Österreich noch nicht jenen Höhepunkt erreicht hat, wie das in anderen Industrieländern der Fall ist, werden die Existenzmöglichkeiten des Gewerbes weiter abgegraben. Damit muß sich jeder abfinden, und wir wissen, daß die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden dieser geschichtlichen Entwicklung nicht blind gegenüberstehen, wir deshalb keine Ursache haben, durch unerfüllbare Versprechungen ihnen Sand in die Augen zu streuen. Wir erleben jetzt eine Rationalisierung der Großbetriebe und damit eine Einschränkung des Kleingewerbes. Nach dem Kriege sahen wir eine Unmenge von Menschen aus der Front zurückkehren, die Arbeit suchten, sich eine neue Existenz schaffen wollten. Aber nicht alle Menschen fanden in der Industrie Beschäftigung. Die Arbeiter, die in der Industrie keine Beschäftigung fanden, versuchten selbstständig zu werden. Nicht deshalb, weil sie der Meinung waren, daß das Handwerk einen goldenen Boden hat, sondern weil die Not sie dazu zwang, durch Unterbietung und größere Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte glaubten sie eine Existenz zu finden. In der Fabrik gilt der Achtstundentag. In der Fabrik können sie aber nicht Ausnahme finden, weil ein Überschuß an Arbeitskräften vorhanden ist. Und nun ziehen sie sich in ihre kleinen Wohnungen zurück und versuchen dort eine Arbeitsstätte zu errichten, wo sie nicht 8 Stunden, sondern 12 und 14 und mehr Stunden täglich arbeiten. Ihre Selbstständigkeit ist aber nur eine scheinbare, da sie meist für große Unternehmungen arbeiten. Das Schneidergewerbe liefert dafür ein typisches Beispiel. Vor dem Kriege hatten wir in Graz im Schneidergewerbe ungefähr 1000 Gehilfen und nur

etwa 400 selbständige Meister. Jetzt hat sich das Verhältnis umgekehrt. Gegenwärtig zählen wir in Graz 1200 Meister und nur 600 Gehilfen. Eine Entwicklung, die keiner für gesund halten kann, die nur dem großen Unternehmer zum Vorteil gereicht. Dieselbe Entwicklung können wir in der Tischlerei, in der Schuhmacherei wahrnehmen. Nun müßte man fragen, wie kann diesem Übel abgeholfen werden? Vielleicht dadurch, daß man den Gewerbetreibenden einen billigen Kredit zum gemeinsamen Ankauf der Rohstoffe verschafft, um auf diese Weise einen kleinen Vorsprung gegenüber dem großen Unternehmer zu haben. Freilich ist damit allein das Übel nicht behoben. Das Einkommen der Arbeiter und Angestellten müßte ein besseres werden. Denn diese Arbeiter und Angestellten sind meistens die Kunden des Kleingewerbetreibenden.

Nun wurde gestern davon gesprochen, daß wir durch unsere Heße die einstmalig so glänzenden patriarchalischen Verhältnisse im Gewerbebestand beseitigt haben. Wer so spricht, spricht höchstens aus Erfahrungen, die er aus Rossegger's Handwerksleben kennen lernte. In Rossegger lesen sich diese Dinge sehr schön. Aber wer selbst in diesen patriarchalischen Verhältnissen seine Lehrzeit verbrachte, der weiß ein anderes Lied davon zu singen. (Oberzaucher: „Sehr richtig!“) Wir alle von den Sozialdemokraten hier sind gelernte Handwerker und jeder wird Ihnen ein Lied darüber singen können, wie diese patriarchalischen Verhältnisse ausgesehen haben. Ich kam zuerst zu einem Buchbinder im Jahre 1889 in Wien in die Lehre. Einen einzigen Tag habe ich es dort ausgehalten. In der Nacht habe ich geglaubt, die ganze österreichische Armee habe sich in Flöhe verwandelt und halte einen Parademarsch auf meinem Körper ab. (Oberzaucher: „Waren nicht auch Wanzen dabei?“) Auch Wanzen in entsprechender Menge. Ich bin damals ausgerissen, obwohl ich von zuhause aus nicht verwöhnt war, sondern zufrieden gewesen bin, wenn ich ein Stück Brot zu essen bekommen habe. Die zweite Lehre war bei einem Vergolder, wo ich auslerte. Wie waren dort die patriarchalischen Verhältnisse? Um 6 Uhr früh begann die Arbeit. Ich mußte $\frac{3}{4}$ Stunden zur Arbeit laufen. Die Arbeit währte bis 6 Uhr abends. Dann begann die Reinigung der Werkstätte und dann kam ich glücklich um $\frac{1}{2}$ Uhr nach Hause. Die Arbeitszeit dauerte für uns von 5 Uhr früh bis $\frac{1}{2}$ Uhr abends. Leute, die durch das Glück des Vaters die Universität besuchen konnten, die können von diesen patriarchalischen Verhältnissen schwärmen, vor allem dann, wenn sie für dieses Schwärmen noch reichlich dotiert werden. Aber Leute, die das durchgemacht haben, wie wir, die werden sich für diese patriarchalischen Verhältnisse bedanken. Wenn ich als Lehrbub nur um eine halbe Stunde zu spät gekommen bin, ist an Stelle des Meisters die Meisterin dagestanden, hat gewartet und die Mutterschaft in der Art von Ohrfeigen und spanischem Stock übernommen. Auch Sonntag mußten wir in die Werkstätte und konnten, nachdem wir der Meisterin „küß die Hand“ sagten und es ihr paßte, um 2 Uhr nachmittags, war sie übel gelaunt, um 5 Uhr nach Hause gehen. Die Herren haben gestern vom Gasthaus- und Kaffeehausbetrieb gesprochen und sie

scheinen von dort ein besonderes Wissen mitbekommen zu haben. Aber wie sind dort die Verhältnisse? Dort hat der Lehrling bereits um 8 Uhr früh mit dem Aufräumen der Lokale beginnen müssen. Die Arbeit währte meist bis 12 Uhr nachts, im Fasching noch länger, dann konnte er schlafen gehen.

Gestern hat Dr. Illig aus der „Arbeiterzeitung“ vom 1. August 1924 etwas vorgelesen. Wir haben uns abends vergeblich bemüht, in der „Arbeiterzeitung“ vom 1. August das zu finden. Ich muß also sagen, daß auch die Zeitungsausschnitte, die der Herr Dr. Illig für seine Ausführungen benützte, falsch sind. Was Dr. Illig hier vorlas, kann nie und nimmer einer unserer Parteigenossen gesagt haben. (Dr. Illig: „Ich werde es Ihnen bringen!“) Ich gebe aber ohne weiteres zu, daß irgendwo steht, daß wir das Ziel verfolgen, alle Unternehmungen in soziales Eigentum umzuwandeln. Nirgends aber werden Sie finden, daß wir das Eigentum des Bauern in soziales Eigentum umwandeln wollen, und ich bitte, unser Agrarprogramm darüber zu lesen. Es gibt noch einige Leute, die nicht über ihre eigene Nasenspitze hinaussehen und immer sagen, wir wollen dem Bauern das Eigentum wegnehmen. Dafür können wir nichts. Wenn Sie unser Parteiprogramm und unsere Parteigeschichte studieren, werden Sie nirgends eine solche Forderung finden. Dr. Illig sagt weiter, daß unser Parteigenosse Breitner den Gewerbetreibenden erklärte, die Zeiten sind vorbei, wo das Gewerbe noch Rücklagen machen konnte. Wir geben das ohne weiteres zu. Auf Grund des Ausschnittes aus der Sozialgeschichte, den ich Ihnen hier gegeben habe, ist das unsere Auffassung. Das bestätigt aber weiter nichts, als die bestehenden Tatsachen. Breitner hat nur gesagt, was ist. Er kann ja nicht die Gewerbetreibenden belügen und sagen, das Gewerbe hat noch einen goldenen Boden. Es ist einmal Tatsache, daß die Gewerbetreibenden arme Teufel sind, denen es vielfach schlechter als dem Arbeiter geht, der Arbeit hat. Hat er doch keinerlei sozialen Rechte: weder eine Arbeitslosenversicherung noch eine Krankenversicherung, noch Schutz gegen die Ausbeutung seiner Person. Deshalb ist er auch vielfach schlechter gestellt im Vergleich zum Arbeiter. Bei längerer Arbeitszeit hat er vielfach ein schlechteres Einkommen. Wenn Breitner das gesagt hat, hat er nur gesagt, was letzten Endes nur eine Tatsache ist, und kein Mensch hat ein Recht, jemanden anzuklagen, weil er die Wahrheit sagt. Auf das Übrige, das hier noch gesprochen wurde, über die Steuern in Wien, die den Gewerbestand zugrunde richten, will ich nicht eingehen, weil ich glaube, daß jedermann, der hier im hohen Hause sitzt und ernst genommen werden will, auch die Debatte im letzten Nationalrat, die Antwort, die Dr. Danneberg dem Abg. Kunjach gegeben hat, gelesen hat, also auch wissen muß, daß in Wien das Wasser, das Gas, das elektrische Licht billiger ist als vor dem Kriege.

Zum Schlusse will ich Ihnen noch eines aufzeigen. Sie stellen uns als Feinde der Gewerbetreibenden hin. Wie stellen Sie sich die Existenzmöglichkeit der Gewerbetreibenden, des Schneiders, Schusters usw. vor, wenn der Mieterschutz aufgehoben wird? Diese Leute

sind keine Hausbesitzer, sondern sind arme Schlucker. Und wird der Mieterschutz aufgehoben, wie Sie es anstreben, wie wollen Sie diesen Leuten dann die Existenz sichern, wie wollen Sie diesen kleinen Handwerksmeistern, die schon dem Untergange nahe sind, das Dasein ermöglichen? Gerade Sie sind es, die dem Gewerbetreibenden durch die Beseitigung des Mieterschutzes die Existenz rauben, ihn dem Hungertode ausliefern. Das sind Tatsachen und über diese Tatsachen kommen Sie auch mit Hilfe der Zeitungsausschnitte nicht hinweg. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hübler: Hohes Haus! Ich möchte nur einige wenige Sätze sprechen zu den geäußerten Wünschen und Anfragen wegen Förderung des Gewerbes. Ich kann nur wiederholen, was ich auch im Finanzausschusse gesagt habe. Wenn der Betrag zehnmal größer wäre, als er ist, so würde er nicht ausreichen, um charitativ oder geschenkweise in die Gewerbeförderung einzugreifen. Er kann nur verwendet werden für beispielgebende Gewerbeförderung. Er soll beispielgebend wirken und ich kann versichern, daß wir in jedem einzelnen Verwendungsfalle nach strengen Statuten vorgehen und die Verwendung unter strenger Kontrolle stellen werden. Die Zwecke sind zum Teil durch hier angenommene Anträge festgelegt, zum Teil erstrecken sie sich auf Anerkennungen, die für vorbildliche Investitionen im Gewerbestande gegeben werden sollen, ein Teil auch für Kunstgewerbeförderung und ein Teil soll auch für Kredithilfsaktionen für Kleingewerbetreibende, für die Zinsendeckung verwendet werden. Über alle diese Fragen werden strenge Statuten geschaffen und wird die Verwendung unter Kontrolle gestellt werden.

Was das Fremdenverkehrsgesetz betrifft, so hoffe ich, dem hohen Hause bereits im Jänner einen Gesetzentwurf vorlegen zu können. Bei dem großen Interesse, das alle Parteien dieses hohen Hauses bei dem Kapitel „Gewerbeförderung“ gezeigt haben, hoffe ich auch bei der praktischen Durchführung auf die Unterstützung aller Parteien. (Beifall bei der Einheitsliste.)

(Kapitel 4, Titel 3 samt Abänderungs- und Beschlusanträgen wird einstimmig angenommen.)

Präsident: Wir kommen nun zu Kapitel 5, Titel 1. Berichterstatter ist Herr Abg. Ferner.

Berichterstatter **Ferner:** Hohes Haus! Ich habe zu berichten über Kapitel 5, Landeskultur, Titel 1: Allgemeines und Förderungsdienst. Der § 1, Agrarbehörden I. und II. Instanz, hat ein Erfordernis, das zugleich Abgang ist, von 394.526 S. Weiters ist das Erfordernis, zugleich Abgang bei § 2, Förderung der Grundzusammenlegungen 10.000 S, bei § 3, Wiederbesiedlungsfonds 10.000 S, und bei § 4, Förderung der Alpwirtschaft 68.670 S.

Bei § 5, Meliorationen, ist ein Erfordernis von	964.000 S
eine Bedeckung von	599.000 „
so daß sich ein Abgang von	365.000 S

ergibt.

Der Finanzausschuß stellt dem hohen Hause folgende Abänderungsanträge zur Annahme (liest):

1. Zu Rubrik 2, Post 2: „Zinsenerfordernis für ab 1927 aus der Dollaranleihe zu gewährende Darlehen“ eine Erhöhung des beantragten Kredites von 16.000 S um 5400 S auf 21.400 S.

Dadurch erhöht sich die Summe Rubrik 2 von 91.000 S auf 96.400 S.

2. Zu Rubrik 5: „Für die Abhaltung von Drainagekursen zur Heranbildung von Meliorationsarbeitern“, der beantragte Kredit wird um 1000 S, das ist von 3000 S auf 2000 S gekürzt.

3. Zu Rubrik 7: „Für die Anlegung eines Meliorationskatasters“, wird ein Betrag von 1000 S eingestellt.

Mit Rücksicht auf die unter Punkt 1 bis 3 gestellten Abänderungsanträge erhöht sich das Gesamterfordernis auf 969.400 S und somit bei gleichbleibender Bedeckung der Abgang auf 370.400 S. Außerdem stellt der Finanzausschuß folgende Beschlüßanträge zur Annahme:

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 1, § 5, Rubrik 2, Post 2, und Rubrik 3, Post 2 (liest):

„Statt „3 Jahre zinsfrei“ hat es zu lauten: „5 Jahre zinsfrei“.

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 1, § 5 (liest):

„Die Landesregierung wird ermächtigt, das früher bestandene Amt für Meliorationen vom Landesbauamt abzutrennen, selbstständig zu machen und der Abteilung 5 der Landesregierung anzugliedern.“

§ 6, Landes- und Bezirksforstinpektionen, hat ein Erfordernis, das zugleich Abgang ist von 205.476 S, ebenso ist bei § 7, Aufwand für den Veterinärdienst bei den politischen Behörden, das Erfordernis mangels einer Bedeckung zugleich der Abgang, und zwar in der Höhe von 124.808 S.

§ 8, Tierzuchtförderung, hat ein Erfordernis von 504.612 S
eine Bedeckung von 201.400 „

daher einen Abgang von 303.212 S

Der Finanzausschuß stellt dem hohen Hause folgenden Abänderungsantrag zur Annahme (liest):

„In Rubrik 1, Post 1a, „Besoldungen“ wird eine Erhöhung um 2600 S vorgenommen.

Das veranschlagte Erfordernis erhöht sich dadurch von 140.297 S auf 142.897 S.

Gingegen wird der unter Rubrik 1, Post 4, „Durchführung des Tierzuchtgesetzes“, veranschlagte Kredit um 2600 S, das ist von 116.600 S auf 114.000 Schilling, vermindert.

Durch diese Abänderungen tritt in der Höhe des Erfordernisses und Abganges keine Änderung ein.“

Außerdem stellt der Finanzausschuß zwei Beschlüßanträge: zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 1, § 8 (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, aus der Dollaranleihe für Darlehen zum Düngerstättenbau eine Erhöhung um 15.000 S eintreten zu lassen, wenn mit den vorhandenen Mitteln das Auslangen nicht gefunden wird.“

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 1, § 8, Rubrik 1, Post 6 (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, aus den Mitteln für die Förderung der Kleintierzucht einen

besonderen Betrag von 1500 S für Vorarbeiten für die Bienenzüchtertagung und Ausstellung im Jahre 1929 in Graz zu widmen.“

§ 9, Förderung der Milch- und Molkereiwirtschaft, hat ein Erfordernis von 223.450 S, eine Bedeckung von 80.000 S und einen Abgang von 143.450 S.

§ 10, Pflanzenbauförderung, hat ein Erfordernis von 311.716 S, eine Bedeckung von 250.000 S, daher ist der Abgang 61.716 S.

§ 11, Obst- und Weinbauförderung, hat nach Antrag der Landesregierung ein Erfordernis von 277.537 Schilling und eine Bedeckung von 137.000 S, sohin einen Abgang von 140.537 S.

Hiezu stellt der Finanzausschuß folgenden Abänderungsantrag (liest):

„Der unter Rubrik 1, Post 10, „Anlagen und Betriebe“ eingestellte Kredit von 80.000 S wird um 4000 S, somit auf 84.000 S, erhöht.“

Dadurch erhöht sich die Summe der Erfordernisrubrik 1 auf 198.037 S, die Summe des Gesamterfordernisses auf 281.537 S, und bei gleichbleibender Bedeckung der Abgang auf 144.537 S.“

§ 12, Landwirtschaftlich-chemische Versuchs- und Samenkontrollstation in Graz, hat ein Erfordernis von 28.487 S, eine Bedeckung von 3500 S, daher einen Abgang von 24.987 S.

§ 13, Landwirtschaftliche Buch- und Betriebsberatungsstelle, hat ein Erfordernis, das zugleich Abgang ist, von 54.669 S.

Hiezu stellt der Finanzausschuß folgenden Beschlüßantrag (liest):

„Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 1, § 13. Die Landesregierung wird beauftragt, die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Buch- und Betriebsberatungsstelle mit der Abteilung 5 des Amtes der Landesregierung in ernste Erwägung zu ziehen.“

§ 14, Nothstandsauhilfen aus Anlaß von Elementarereignissen, hat ein Erfordernis, zugleich Abgang, von 125.400 S.

§ 15, Sonstige Ausgaben und Einnahmen für die Landeskultur, hat ein Erfordernis von 61.000 S, eine Bedeckung von 1500 S, daher einen Abgang von 59.500 S.

Hiezu stellt der Finanzausschuß dem hohen Hause folgenden Abänderungsantrag (liest):

„Der unter Rubrik 6, Zufällige Ausgaben (Ausstellungen, Studienreisen), vorgesehene Kredit wird um 25.000 S, das ist von 50.000 S auf 25.000 S, herabgesetzt.“

Dadurch vermindert sich das Erfordernis von 61.000 S auf 36.000 S und bei gleichbleibender Bedeckung der Abgang von 59.500 S auf 34.500 S.“

Weiter stellt der Finanzausschuß folgende Beschlüßanträge, und zwar:

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 1, § 15 (liest):

„Die Landesregierung wird ermächtigt, gegen entsprechende Bürgschaft der Landwirtschaftskammer einen Vorschuß bis zu 50.000 S im Laufe des Jahres 1928 zu bewilligen.“

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 1, § 15 (liest):

„Die Bittschrift des steierm. Forstvereines, E.-Zl. 25, erledigt sich durch Einstellung eines Beitrages

in den Landesvoranschlag unter Kapitel 5, Titel 1, § 15, Rubrik 4."

Hohes Haus! Ich kann erfreulicherweise feststellen, daß für Landwirtschaftsförderung die Posten bedeutend erhöht wurden gegenüber den früheren Jahren. Dieses Geld, welches das Land für die Landwirtschaftsförderung zur Verfügung stellt, bedeutet, glaube ich, wohl eine produktive Anlage, da ja durch die Landwirtschaftsförderung auf dem Gebiete des Meliorationswesens, der Tierzucht, des Wein- und Obstbaues das Geld gut zinsentragend angelegt ist und wieder zum großen Teile an das Land zurückkommt. Uns ist in Steiermark nur eine gewisse Bodenfläche zur Verfügung und wir müssen trachten, um unser Volk zu ernähren, alles mögliche anzubieten, damit wir unser Volk auch wirklich ernähren können mit den Produkten des Inlandes und daher kommen nicht nur Zinsen heraus, nicht nur der Landwirtschaft kommen diese Gelder zugute, sondern schließlich und endlich dem gesamten Volke. Dadurch, wenn wir im Inlande die Intensivierung weiter betreiben, können wir im Inlande noch viel mehr Lebensmittel produzieren und brauchen dann aus dem Auslande nicht soviel einführen. Dadurch wird sich unsere Handelsbilanz günstiger gestalten und das ist dann wieder ein Vorteil für die gesamte Bevölkerung.

Im Finanzausschusse sind alle Parteien einmütig zur Überzeugung gekommen, daß man für die Förderung der Landwirtschaft die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen soll und muß. Ich bitte daher im Namen des Finanzausschusses, diesen Titel 1, Förderung der Landwirtschaft samt den Abänderungs- und Beschlüssen antragen, anzunehmen.

Thoma: Hohes Haus! Die Beratungen des Kapitels „Landeskultur“ bieten willkommene Gelegenheit, einerseits die wirtschaftliche Lage unseres Staates, andererseits aber auch unseres Landes einer Untersuchung zu unterziehen und hiebei hauptsächlich die landwirtschaftlichen Belange im Auge zu behalten. Wir haben gerade vor kurzem im hohen Hause hier gehört, wie Abg. **Leich** untersucht hat, in welchem Zusammenhang die Entwicklung oder vielmehr das Absterben des Gewerbes mit der Industrie zu bringen ist. Ich möchte heute Untersuchungen dahingehend anstellen, die Frage aufwerfen, ob uns durch die Industrialisierung unseres Staates aus der Vorzeit ein gutes Erbe gegeben worden ist oder ob wir an dieser zu leiden haben. Ich komme zur letzteren Überzeugung, weil ich mir sage, daß dieser Staat Österreich in St. Germain in Formen eingekleidet wurde, die nicht seinen Bedürfnissen entsprechen, sondern die einzig und allein auf Grund jener Anschauungen ihm gegeben wurden, die die Randstaaten, die um uns liegen, in St. Germain zum Ausdruck gebracht haben. Im alten Österreich-Ungarn war die Entwicklung unserer Industrie auf guter Unterlage dadurch, daß in weiten Gebieten Urprodukte zur Verfügung standen, aber auch weite Gebiete vorhanden gewesen sind, um die industriellen Erzeugnisse in sich aufzunehmen. Es ist eine anerkannte und bekannte Tatsache, daß mit der steigenden Industrialisierung und damit, daß sich fast die ganze wirtschaftliche Intelli-

genz, und mit ihr und unter ihrer Führung und ihrem Druck die Gesetzgebung der Durchführung der Industrialisierung zugewendet hat, eine Vernachlässigung der Landwirtschaft Platz griff. Diese Vernachlässigung in kurzer Zeit zu beheben, ist als ein Ding der Unmöglichkeit zu bezeichnen, und ich glaube kaum, auf eine gestern hier im Landhause gefallene Äußerung anspielend, daß das Versäumnis von 30 und 40 Jahren in der Zeit von 8 Jahren wiederum gutgemacht werden könnte. Wenn eine Besserung in der Landwirtschaft tatsächlich zu verzeichnen ist, schreibe ich dies in erster Linie dem unererschütterlichen Willen der in der Landwirtschaft Tätigen in diesem Staate zu, das ihrige zu leisten und mit ihren gesamten Kräften an die Intensivierung, an die Förderung unserer Produktion zu gehen. Wenn wir die Urproduktion in unserem Staate entsprechend gründlich ausgestalten, haben wir Aussicht und Hoffnung, auch in das Stadium jener Staaten zu kommen, die von Haus aus auf die Förderung der Landwirtschaft eingestellt waren. Ich habe da die Schweiz im Auge, aber auch Holland und Dänemark, und komme zur Überzeugung, daß, wenn wir diesen Ländern in vieler Hinsicht nachzueifern, auch dieses Österreich einmal zur Blüte gebracht werden kann. Selbstverständlich bin ich der Überzeugung, daß letzten Endes die Regelung aller Wirtschaftsfragen und die Regelung der wichtigen Frage unseres Aufstieges nur im innigen Zusammenhange mit dem Anschluß an Deutschland erfolgen kann. (Rufe: „Sehr richtig!“ beim Landbund.)

Wenn ich nun den Versuch unternehme, Ihnen den ziffernmäßigen Nachweis zu erbringen, daß seit dem Bestande unserer Republik, seit dem Jahre 1919 tatsächlich ein landwirtschaftlicher Fortschritt zu verzeichnen ist, so tue ich dies hauptsächlich aus dem Grunde, um hier den Beweis zu erbringen, daß die Förderungsmaßnahmen, die für die Landwirtschaft ergriffen wurden, auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Im Jahre 1919 sind wir aus den früher geschilderten Verhältnissen heraus in die traurige Lage versetzt worden, ein großes Quantum von Nahrungsmitteln aus dem Auslande einzuführen, damit unsere Handelsbilanz weitaus zu verschlechtern und dem Sturze unserer Krone die nötige Unterlage zu geben. Seit dem Jahre 1919 verzeichnen wir eine Mehrproduktion an Getreide von 109 Prozent, an Zuckerrüben von 411 Prozent, an Kartoffeln von 88 Prozent, an Hülsenfrüchten von 242 Prozent und an Hafer und Mais von 97 Prozent. Wenn wir uns im Getreidebau die für uns wichtigen Ziffern vor Augen führen, das ist der Bedarf der Bevölkerung an Brotgetreide und die Erzeugung, die wir diesem Bedarf gegenüberzustellen haben, scheinen folgende Ziffern auf: Der Bedarf im Jahre 1927 an Brotgetreide beträgt 9.000.000 Meterzentner, durch die bis jetzt geschäfte Ernte 1927 wird er bis zu 8.430.000 Meterzentner gedeckt, so daß eine Einfuhrnotwendigkeit von 570.000 Meterzentner, und zwar an Weizen besteht, weil wir an Brotgetreide, an Korn den vollen Bedarf in Österreich decken. Stellen wir den Ziffern des Jahres 1919 den Erfolg des Jahres 1927 gegenüber, so ersieht man, daß wir im Jahre 1919 5 Millionen Meterzentner einführen

mußten, während heute nur wenig mehr als eine halbe Million Meterzentner einzuführen sind. Das bedeutet also gegenüber dem Jahre 1919 eine zehnfache Verbesserung der Einfuhr, somit eine zehnfache Entlastung unserer Handelsbilanz hinsichtlich dieses Artikels. An Gerste sind wir in der Lage, den Bedarf fast vollständig zu decken. Ich komme nun zur Zuckerrüben-erzeugung. Wie wohl dieselbe für unser Land nicht von besonderer Bedeutung ist, interessiert uns doch das ziffernmäßige Ergebnis in unserem Staate. Im Jahre 1919 sehen wir eine Anbaufläche von 7700 Hektar mit einem Erfolg von 1.200.000 Meterzentner Rüben und einem Ergebnisse von 130.000 Meterzentner Zucker. Im Jahre 1927 verzeichnen wir eine Anbaufläche von 24.200 Hektar mit einem Erfolg von 6.200.000 Meterzentner Rüben und von 900.000 Meterzentner Zucker, so daß wir eine Steigerung um 500 Prozent zu verzeichnen haben. Diese Steigerung im Rübenbau ist natürlich nicht allein auf die Vergrößerung der Fläche zurückzuführen, sondern insbesondere dadurch erzielt worden, daß man einer rationelleren Bodenbearbeitung ein besonderes Augenmerk geschenkt hat, vorsichtig war in der Auswahl der Sorten, bei der Behandlung und Düngung keine Mühe und keine Kosten gescheut hat. Wenn man den Bedarf der österreichischen Bevölkerung der Erzeugung gegenüberstellt, ergibt sich für 1927 folgendes Bild: Bei $6\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner und einem Bedarf von etwa 21 kg pro Kopf und Jahr ergibt sich ein Erfordernis von 1.365.000 Meterzentner an Zucker. Erzeugt wurden 900.000 Meterzentner oder 66 Prozent unseres innerösterreichischen Bedarfes. Es besteht im Zuckerrübenbau und in der Zuckerproduktion die begründete Hoffnung, daß wir in einigen Jahren, wenn der Fortschritt weiter anhält, in der Lage sind, den gesamten Inlandsbedarf zu decken und dadurch neuerlich wieder einen Posten unserer passiven Handelsbilanz entlasten können.

Ich möchte nun zu einem für uns Steirer sehr wichtigen Kapitel übergehen, das ist die Milchwirtschaft. Ihnen allen ist bekannt, daß in den jüngst vergangenen Jahren in diesem Kapitel unserer landwirtschaftlichen Produktion eine besondere Tätigkeit entfaltet wurde und daß erfreulicherweise das Verständnis für die Milchproduktion nicht nur in landwirtschaftlichen Kreisen Platz gegriffen hat, sondern in allen Kreisen unserer Bevölkerung, unseres Landes und unseres Staates. Im Jahre 1919 haben wir aus rund 400.000 Kühen 600.000 Liter Milch ermolken, also pro Kopf und Tag der Bevölkerung ungefähr $\frac{1}{5}$ Liter Milch. Wir haben damals eine Einfuhr von 351.000 Liter zur Durchführung bringen müssen, außerdem bedeutende Mengen an Butter und Käse, so daß unsere Handelsbilanz dadurch bedeutend belastet war. Im Jahre 1927 produzieren wir aus rund 1.200.000 Kühen 2090 Millionen Liter Milch. Wenn wir für die Kalberproduktion 230 Millionen Liter, für die Butterproduktion 290 Millionen Liter, für die Käseproduktion 210 Millionen Liter abziehen, so verbleibt für den Konsum an roher Milch 1357 Millionen Liter oder pro Kopf und Tag 0·57 Liter, also mehr als $\frac{1}{2}$ Liter Milch. Diese Steigerung von $\frac{1}{5}$ auf $\frac{1}{2}$ Liter Milch ist ein erfreuliches Zeichen der aufsteigenden Intensi-

vierung unserer Milchproduktion und damit von weitgehender Bedeutung. Wenn wir uns den Konsumplatz Wien vor Augen führen, möchte ich bemerken, daß Wien für uns Steirer von besonderer Bedeutung ist deswegen, weil das ganze Ennstal seine Milchproduktion, pro Tag sind es durchschnittlich 30.000 Liter, nach Wien abgibt und dadurch dem Lande Steiermark sowohl den Produzenten als auch den Konsumenten eine gewisse Entlastung bereitet. Wir haben in Wien im Jahre 1919 eine Tagesanlieferung von 850.000 Liter bei 2 Millionen Einwohner zu verzeichnen gehabt, also pro Kopf und Tag 0·41 Liter Milch. Im Jahre 1927 verzeichnen wir in Wien eine Tagesanlieferung von 780.000 Liter Milch bei 1·9 Einwohnern, also 0·42 Liter pro Kopf und Tag. Wir sehen also, daß wir im heurigen Jahre bereits, und zwar fast ausnahmslos aus der Inlandproduktion den Wiener Markt mit Milch zu befriedigen in der Lage sind und die Quote, die wir im Jahre 1900 zur Aufwendung gebracht haben, heute bereits wiederum erreichen. Eine noch erfreulichere Ziffer, die meiner Auffassung nach sowohl für die Produzenten als auch die Konsumenten erfreulich sein kann, ist die Steigerung des Konsums an roher Milch, die in ganz Österreich zu verzeichnen ist. Im Jahre 1900 verzeichneten wir einen Konsum von 0·35 Liter, im Jahre 1927 von 0·55 Liter pro Kopf und Tag. Die Förderung der Milchproduktion kann durch den Konsum in ganz ungeheurer Weise erfolgen. In Holland zum Beispiel wird man im Kaffeehaus einen schwarzen Kaffee nicht allein bekommen, sondern automatisch das Rahmbeserl dazu. Ob der Gast den Rahm benötigt oder nicht, das ist gleichgültig. Es ist eine Förderung der Milchproduktion, weil der betreffende Gast, wenn er einen Rahm zur Seite hat und bezahlen muß, ihn auch konsumieren wird. Wenn derartige Maßnahmen auch in Österreich Platz greifen würden, so wäre eine besondere Steigerung unseres Milchbedarfes zu verzeichnen und damit neue Arbeits- und Produktionsmöglichkeit gegeben. Wir müssen immer mehr zur Erkenntnis kommen, daß es sich bei der Milch um ein Volksnahrungsmittel handelt und eine gesteigerte Erzeugung im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt und eine Maßnahme darstellt, welche wir begrüßen müssen. Ich stelle mit Freuden und Vergnügen fest, daß im Lande Steiermark die Erkenntnis der Wichtigkeit der Milchproduktion in der ganzen Bevölkerung Platz gegriffen hat, und daß bei den neuen Maßnahmen, welche zur Durchführung gebracht werden, die Tatsache festzustellen ist, daß sich alle Kreise der Bevölkerung und alle Parteien des steirischen Landtages weitgehend interessiert und in nachhaltiger Weise die Bestrebungen unterstützt haben. Wir stehen in einer schwierigen Lage in Steiermark hinsichtlich der Milchproduktion dem Lande Niederösterreich gegenüber. Dort sind die durch die Frachterhöhung bedingten Transportsätze keine ausschlaggebenden. Für das Ennstal ist einzig und allein durch die Frachterhöhung, die durch die Verrechnung des leeren Geschirres entstanden ist, ein Kostenmehraufwand in einem Jahre von 700 Millionen Kronen zu verzeichnen, währenddem diese Tarifmaßnahme im Produktionsgebiete von Niederösterreich keine oder

nur eine unbedeutende Auswirkung hatte. Andererseits aber müssen wir das Kraftfutter, das wir dringend benötigen, heute aus anderen Ländern zuführen, haben also für die Futterartikel, die wir benötigen, den entsprechenden Frachtsatz zu zahlen und letzten Endes auch für die Milch den Frachtsatz bis in die Konsumzentren zu leisten. Daraus geht hervor, daß es für die steirische Produktion nicht leicht ist, überall bestehen zu können. Es werden Maßnahmen getroffen und studiert werden müssen, um hier eine Abhilfe zu schaffen und damit auch die steirische Produktion überall konkurrenzfähig zu erhalten. Eine Tatsache besteht und die stelle ich mit Vergnügen fest, daß auch der Wiener Gaumen das steirische Milch Aroma nicht vermissen kann und daß diese Qualitätseigenschaft uns überall konkurrenzfähig erhalten wird. Im Jahre 1928 haben wir noch ein reiches, der milchwirtschaftlichen Entwicklung gewidmetes Programm in ganz Steiermark zur Verfügung. Ich glaube, es würde zuweit führen, wenn ich die Details zur Ausführung brächte. Es sind in West-, Mittel- und Oststeiermark Milchverwertungseinrichtungen geplant. Als alter Genossenschaftler und Obmann einer Molkereigenossenschaft möchte ich an dieser Stelle ja davor warnen, daß man mit Molkereigründungen leichtfertig vorgeht. Ich möchte warnen, weil ich aus meiner 25jährigen Erfahrung weiß, daß wohl ein Gebäude und maschinelle Einrichtungen rasch errichtet sind, daß aber ihre Erhaltung mit ganz wesentlichen Schwierigkeiten und Umständen verknüpft ist. Ich setze voraus, daß in allen Gebieten, wo Molkereien errichtet werden, diese Voraussetzungen studiert und überprüft wurden, und man zur Erkenntnis gekommen ist, daß das Verwertungsinstrument sich nicht nur für die Errichtung eignen, sondern auch für die Dauer erhalten wird. Ich möchte Enttäuschungen den einzelnen ersparen, wir haben sie von A bis Z und von hinten nach vorne mitgemacht. Einmal ist die älteste Käsegenossenschaft Gröbming, die 26 Jahre besteht, schon vor dem Ruin gestanden, und ich habe unter Zusammenraffen des ganzen Könnens es durchsehen können, daß wir wieder und bis heute bestehen und eine gut fundierte Genossenschaft geworden sind. Nochmals sei mein Warnungsruuf, daß man nicht nur an die Errichtung von Molkereien denkt, sondern auch deren Bestandmöglichkeit von Haus aus prüft. Wir werden im Lande Steiermark auch noch an andere Einrichtungen zu denken haben. Wie ich früher erwähnte, ist der Milchkonsum erfreulicherweise gestiegen, aber die Produktion in einem noch höheren Maßstabe, so daß wir darangehen können, die Erzeugung von Produkten in umfangreicherem Maße aufzunehmen. In welchem Verhältnisse Inlands-erzeugung und -einfuhr zueinander stehen, möchte ich mit einzelnen Ziffern beweisen: 1919 haben wir im Inlande an Butter 13.000 Meterzentner erzeugt, aus dem Auslande mußten wir 38.000 Meterzentner oder 292 Prozent unserer Inlands-erzeugung einführen. Wenn wir im Jahre 1927 eine Kopfquote von rund 2 kg rechnen, so haben wir einen Bedarf von 123.000 Meterzentner Butter. Im Inlande erzeugen wir 112.000 Meterzentner, so daß wir aus dem Auslande nur 11.000 Meterzentner ein-

führen müssen, oder mit anderen Worten 91 Prozent des Inlandsbedarfes durch die inländische Erzeugung decken können. Mit dem Käse steht es ähnlich. Der Bedarf im Jahre 1927 beträgt 210.000 Meterzentner, im Inlande werden erzeugt 190.000 Meterzentner, also 90 Prozent des Inlandsbedarfes. Diese Erzeugung kann erhöht werden, so daß wir in allen genannten Artikeln das Ausland überhaupt nicht benötigen, sondern daß vielmehr in absehbarer Zeit das Inland selbst den Bedarf zu befriedigen in der Lage ist. Wenn wir die Handelsbilanz zur Hand nehmen und die Ziffern einer Betrachtung unterziehen, so kommen wir zu dem Ergebnisse, daß sich durch diese Maßnahmen unsere Handelsbilanz seit 1919 um $384\frac{1}{2}$ Millionen Schilling verbessert hat, gewiß ein Zeichen, daß die für die landwirtschaftliche Produktion aufgewendeten Mittel nicht auf unfruchtbarem Boden, sondern auf fruchtbarem Boden gefallen sind und die Auswirkungen sich bereits überall zeigen.

Ich gehe zu einem anderen Kapitel über und möchte über Viehzucht sprechen. Auch in diesem Produktionszweige kann man sagen, daß er eine steil aufsteigende Kurve zeigt. Früher hat man sich mit den Ergebnissen, die der Herrgott uns schenkte, zufrieden gegeben. Heute hat man die modernen Errungenschaften auch in die Kleinwirtschaft hineingetragen und es verstanden, durch Ausnützung derselben Leistungen zu erzielen, welche auch im Auslande Anerkennung gefunden haben. Wir sind auf die Gesichtspunkte der Rassenreinheit, der Formen, Vollkommenheit und Leistungsfähigkeit eingestellt und haben in unseren Genossenschaften und Förderungseinrichtungen mit aller Liebe und allem Eifer nach diesen Richtungen hin gearbeitet. Ich möchte feststellen, daß gerade das Genossenschaftswesen in Hinsicht auf die Viehzucht eine segensreiche Auswirkung in unserem Lande gezeigt hat. Die Vereinigung von Viehzüchtern in Genossenschaften bringt es mit sich, daß die Arbeit, die in diesen Genossenschaften entfaltet wird, aus eigenen Anregungen hervorgegangen und mit eigenem Willen und Wollen unterlegt ist. Die gegenseitige Konkurrenz bietet die gesunde Gewähr, daß durch Nachstreben und Nachstreben den anderen Einrichtungen auch ein gegenseitiger innerer Antrieb vorhanden ist, dessen Auswirkung sich in namhaften Erfolgen zeigt. Unserer Meinung nach ist der Rassenkampf so ziemlich abgebaut und ich hoffe und erwarte, daß die unvernünftige Form einer Kriegsführung unter den Landwirten sich verflüchtigt hat und nur einzelne aufflackernde Flämmchen zeigen, daß ehemals diese Form der Kriegsführung bestanden hat. In gemeinsamer Verfolgung der Interessen soll und muß der Erfolg gesucht und gefunden werden. Wenn ich die Auswirkungen der genossenschaftlichen und in vieler Hinsicht auf gemeinsame Ziele eingestellten Arbeitsmethode uns hier vor Augen führe, so komme ich zu dem Ergebnisse, daß die Erweiterung und Verbesserung der viehzüchterischen Bestrebungen die Möglichkeit zur Fortentwicklung des gesamten Staatswesens bietet. Die östlich von uns liegenden Länder haben noch auf Jahrzehnte einen ungeheuren Bedarf an erstklassigem Zuchtmaterial; aber auch die Länder, die in Hinsicht

auf die Viehzucht vorgeschritten sind, werden ständig ihren Bedarf an Regeneratoren decken müssen. Es sind reiche Absatzquellen vorhanden, welche unseren gegenständlichen Bestrebungen eine entsprechende Unterlage geben. Die Anfragen, die heute schon aus östlichen Ländern an uns herantreten, bestätigen diese meine Behauptung. Ich stelle dies mit Vergnügen fest, weil ich hoffe, daß für unsere Qualitätszucht ein offener Markt zur Verfügung stehen wird.

Wenn ich zur Behandlung einzelner Fragen übergehe, welche im Lande Steiermark hier besonders von Bedeutung sind, so möchte ich einleitend erwähnen, daß alle diese Maßnahmen nur dann von Erfolg begleitet sein können, wenn ein systematischer Aufbau in der landwirtschaftlichen Erzeugung vor sich geht. Wir haben im heutigen Österreich 17.000 Quadratkilometer flaches Land und 66.000 Quadratkilometer Gebirge und Alpenland. Dieses Österreich übernahmen wir im Jahre 1919 in einem Zustande, der gerade nicht glänzend war; verfallene Bauernruinen und Bauernanwesen sind umgrenzt gewesen von ausgemergelten, ausgenützten Bodenflächen; die Almverbesserung ist seinerzeit geradezu als Übermut bezeichnet worden und Maßnahmen, die uns vorwärts bringen hätten können, haben im alten Österreich wenig Berücksichtigung gefunden. Wir werden daher in erster Linie einen folgerichtigen Aufbau vorzunehmen haben, und zwar durch Verbesserung der Alpwirtschaft, der Weidewirtschaft, der Auferrichtung von Stallbauten, Erstellung entsprechender Düngerstätten, durch Verbesserung der Futterböden, Verbesserung der Getreidesorten usw. Hand in Hand damit geht selbstverständlich das Meliorationswesen und die Neugewinnung von Boden, der bisher unproduktiv war, was wir gestern schon Gelegenheit hatten, bei Kapitel Wasserbau zu behandeln. Es ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß gerade in dieser Hinsicht das Land Steiermark bereits auf schöne Erfolge durch die Fürsorge, die seinen Förderungseinrichtungen zuteil geworden ist, hinweisen kann. Es sei festgestellt, daß in den jüngst vergangenen Jahren bereits 101 Betriebe die Saatgutenerkennung zur Durchführung gebracht haben, daß 375 Hektar Getreidefläche als anerkanntes Saatgut unseren Landwirten zur Verfügung gestellt werden konnte. Es dürfte aus diesem Grunde bereits in den nächsten Jahren eine geringere Menge Saatgut aus dem Auslande zur Einfuhr kommen. 416 neue Sortenversuche in allen Lagen und bei allen Wirtschaftsverhältnissen sind im Gange, und ihre Auswirkungen und Ergebnisse werden die Grundlage für neue Maßnahmen im Gegenstande bilden. Ich habe früher schon vom Kartoffelbau gesprochen. Hinsichtlich des Landes Steiermark ist festzustellen, daß wir bereits an Kartoffeln ein Saatgut von 150.000 kg feinsten Sorten, an Runkelsamen 12.000 kg zur Verfügung haben; auf 61 Hektar kamen 900 Düngungsversuche zur Durchführung, um dieses Erträgnis zu verbessern. Das Erträgnis des Runkelrübenbaues ist deshalb interessant, weil ich die Meinung habe, daß wir in unserer landwirtschaftlichen Produktion nicht mehr lange nach der Schweizer Methode werden arbeiten können, sondern daß wir die verfeinerte dänische Methode zur

Grundlage unserer Erzeugung nehmen müssen. In 5 bis 10 Jahren sind wir schon so weit, weil die Ansätze nach dieser Richtung in den Betrieben, die dem Fortschritt anhängen, heute schon gegeben erscheinen und namhafte Erfolge zu verzeichnen haben. In Hinsicht auf die Kultivierung haben wir in den letztvergangenen Jahren 403 Joch Moorbiesen, Hutweiden der Produktion zuführen können. 15 Gerätestationen sind errichtet worden, welche jene Geräte den Landwirten zur Verfügung stellen, die sie wegen der Höhe des Preises und der geringen Verwendung im Jahre nicht selbst anschaffen können; auf diese Weise wird auch der kleine Landwirt befähigt, moderne Betriebsmittel anzuwenden. Futterbau-, Ackerbaukurse und Flurbegehungen, die 2 bis 3 Tage gedauert haben, haben eine Teilnehmerzahl von ungefähr 5000 Mann zusammen geführt.

Über die Almverbesserung wird mein Klubkollege Schlieffner noch sprechen. Ich kann daher dieselbe übergehen.

Die Frage der Grundzusammenlegung hat ebenfalls in unserem Lande eine ziemlich bedeutende Rolle gespielt und wir haben die erfreuliche Ziffer vorliegen, daß bereits über 4000 Hektar zusammengelegt sind. Die Tatsache, daß sich weiters rund 2700 Hektar Zusammenlegungsgebiet in Ausarbeitung befinden und für weitere 1700 Hektar das Verfahren eingeleitet ist, zeigt uns, daß weite Kreise der Bauernschaft den Wert einer geordneten Wirtschaft, die durch die Zusammenlegung herbeigeführt wird, bereits erkennen haben.

In Hinsicht auf das Meliorationswesen können wir feststellen, daß im Jahre 1926 28 wassergenossenschaftliche Entwässerungsanlagen ausgeführt wurden, daß 19 Entwässerungen zur Durchführung bereit stehen und daß weitere 3 auszuführende Anlagen in Ausarbeitung begriffen sind. Kleinere Entwürfe liegen noch 224 vor, während von den Entwürfen 200 fertig gestellt sind. Das gesamte Meliorationswesen in unserem Lande, das sich zum Teil in große und zum Teil in kleine Aktionen gliedert, zum Teil in solche eingeteilt werden kann, die von Genossenschaften, zum Teil in solche, die von Privaten zur Durchführung gebracht werden, steht auf einer begrüßenswerten Stufe der Fortentwicklung.

Ein altes, wichtiges Kapitel ist der schon früher erwähnte Bau von Düngerstätten und Jauchegruben. Der zur Verfügung stehende Kredit entspricht leider weit aus nicht mehr den Anforderungen, die an ihn gestellt werden müssen, und wenn ich ihnen die Ziffer von 600 Ansuchen nenne, die vorliegen und die im Jahre 1928 mit Darlehen nicht mehr gedeckt werden können, so ersehen Sie daraus, daß in den Kreisen der Bauernschaft ein tiefgehendes Verständnis für diese Verbesserungsmaßnahmen vorhanden ist, daß aber die Mittel, und zwar auch die Darlehensmittel weitaus nicht mehr ausreichen, um diesem Verständnis in weitgehendster Weise Rechnung fragen zu können. Ich möchte diese Förderungsmaßnahme besonders unterstreichen, weil sie schließlich und endlich die uns selbst zur Verfügung stehenden Düngermittel erfasst, die wir in unserer Wirtschaft produzieren und die nur in eine bessere Verwertung überhaupt oder in eine bessere Verwendung durch den Düngerstättenbau übergeführt

werden können. Ich möchte heute schon den Appell an den hohen Landtag richten, daß er sich auf den Standpunkt stellen möge, bei den kommenden Budgetverhandlungen dieser Aktion ein weitgehendes Augenmerk zuzuwenden.

Es ist gestern vom Herrn Abg. G fö l l e r die Frage der Wiederbesiedlung angeschnitten worden, und er hat ganz richtig bemerkt, daß dieses Kapitel in gewisser Hinsicht ein trauriges Bild gezeigt hat. Ich möchte aber den großen Pessimismus, den Herr Abg. G fö l l e r an den Tag legte, nicht vollkommen teilen, weil ich Gelegenheit hatte, als Mitglied des Fachbeirates der Agrarlandesbehörde nahezu an allen Beratungen teilzunehmen, die zur Durchführung gebracht wurden. Es sind unbestreitbar Erfolge zu verzeichnen, und wenn nicht die Wiederbesiedlung ihre volle Enteignungsauswirkung gefunden hat, so sind es letzten Endes doch Übereinkommen, die von Wiederbesiedlungswerbern erzielt wurden und die als Servitutsverträge zum Abschluß kamen und sich dadurch als Förderungsmaßnahmen präsentiert haben. Die Ziffern, die gestern schon gebracht wurden, möchte ich nur dahin ergänzen, daß in Steiermark 2600 Hektar enteignet wurden, 1500 Hektar einvernehmlich übertragen worden sind und für 2900 Hektar langfristige Pachtverträge abgeschlossen wurden. Aber nicht alle Fälle, die in Steiermark eine aufrechte Erledigung gefunden haben, sind in Wien zur aufrechten Erledigung gekommen, wo so mancher ablehnende Beschluß der Agraroberbehörde als außerhalb unseres Machtbereiches liegend, von uns nicht weiter beeinflusst werden konnte. Ich kann nur anerkennend feststellen, daß die Agrarbehörde nach bestem Können bemüht war, in dieser Frage Ordnung zu schaffen und den Intentionen des Wiederbesiedlungsgesetzes Rechnung zu tragen. Diese Ansicht haben auch Wiederbesiedlungswerber an den Tag gelegt, und so mancher, der zu mir gekommen ist, hat sich in anerkennenden Worten hierüber geäußert. Allerdings kommen auch die traurigen Fälle vor, daß sich einer oder der andere Bewerber auf der Scholle nicht halten konnte, daß er von Haus und Hof gehen mußte, weil er entweder nicht die nötigen Mittel hatte, oder weil er selbst nicht jenen Eifer aufbrachte, um sich auf der Scholle zu halten.

Im allgemeinen gehe ich von der Anschauung aus, daß der Erfolg der Landwirtschaft in unserem Lande und Staate von der Förderung abhängt und daß diese Förderung nunmehr bereits in einem annähernd befriedigendem Maße zur Durchführung gebracht wird, worüber wir unsere Freude gerne feststellen. Ich glaube aber, daß ich mit den Ziffern, die ich Ihnen heute vorgeführt habe, den Beweis erbrachte, daß das Geld, das man auf diese Art und Weise in der Landwirtschaft angelegt, nicht nur reiche Zinsen zu fragen in der Lage ist, sondern auch in der Lage ist, die gesamten Wirtschaftsverhältnisse in unserem Staate zu verbessern. Herr Landesrat Dr. H ü b l e r hat gestern den Ausspruch getan, daß die steirische Landwirtschaft die wohlthätige Hand des Finanzreferenten zu fühlen bekommen hat. Ich möchte dieser Meinung durch den Ausdruck der Hoffnung eine besondere Marke ver-

leihen, daß wir im kommenden Jahre zwei wohlthätige Hände des Finanzreferenten zu fühlen bekommen, nicht zu dem Zwecke, um einzelnen Interessen zu dienen, sondern nur zu dem Zwecke, daß damit die steirische Landwirtschaft befähigt wird, im Konzerte der Gesamtwirtschaft Österreichs eine führende Rolle einzunehmen, und den Aufstieg, den sie eingeleitet hat, auch weiter zur Durchführung zu bringen.

Ich gebe der Hoffnung Raum, daß in diesem Sinne im kommenden Jahre noch viel geleistet werde, das ein allseitiges Verständnis uns auf diesem Wege zur Seite stehe und unsere Arbeit begleite. Und um dieses Verständnis erliche ich am Schlusse meiner Ausführungen sämtliche Parteien des hohen Hauses und die gesamte Bevölkerung unseres Landes und Staates. (Beifall.)

Dr. Serneß: Hohes Haus! Die Einstellung der Kredite auf dem Gebiete der Landeskultur ist sicherlich auf ein fruchtbares Gebiet gefallen und ist das Gebot einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, die sicherlich nicht nur der Landwirtschaft, sondern der gesamten steirischen Bevölkerung in nicht allzu ferner Zeit reiche Früchte tragen wird. Durch den Gewaltfrieden von St. Germain sind unserem Vaterlande, unserem Heimatlande, engere Grenzen aufgezwungen worden. Weite Teile jenes Gebietes, die seinerzeit uns das tägliche Brot geliefert haben, sind dem fremden Ausland zugeteilt worden. Diese neuen Grenzen zwingen uns zur Umstellung unserer eigenen Wirtschaft. Es ist selbstverständlich, daß wir früher in unserem alten Lande nicht jene Sorgfalt auf die Befruchtung unserer Landeskultur verwenden mußten, nachdem wir weite Gebiete hatten, die unter weit günstigeren Verhältnissen das Notwendige zu unserem Lebensbedarf geliefert haben. Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages schreibt der Landwirtschaft genaue Richtlinien vor, wie lange es noch rentabel ist, den Boden zu bewirtschaften. Und die Grenzziffer einer rentablen Bewirtschaftung ist genau festgestellt und gibt an, wie lange unter den gegebenen Umständen die Bearbeitung des Bodens rentabel ist oder nicht. Es war selbstverständlich klar, daß man, solange man viel mehr Grund und auch geeigneten Boden zur Bewirtschaftung zur Verfügung hatte, mit weit weniger Mittel größere Erträge erzielt wurden. Es ist vollkommen richtig, daß damals die Bewirtschaftung des Bodens unserer Alpenländer nicht jenes Interesse hatte, als sie es heute haben muß, nachdem wir von fruchtbaren Gebieten mit hohem Bodenertrag abgeschnitten worden sind. Aber das Interesse, das wir heute unserer alpenländischen Landeskultur widmen müssen, ist die Folge einer doppelten Notwendigkeit. Es ist einerseits notwendig, daß wir uns größere Ertragswerte schaffen müssen, weil wir uns vom Lebensmittelbezug aus dem Auslande unabhängig machen. Unsere Handelsbilanz hat zum größten Teile darunter gelitten oder leidet darunter, daß wir eine so beträchtliche Menge Lebensmittel einführen müssen. Es werden zirka 75 Prozent an Lebensmitteln eingeführt. Jeder Groschen, den wir unserer heimischen Alpwirtschaft zur Verfügung stellen, hat zur Folge, daß wir uns mehr vom Aus-

lande unabhängig machen. Andererseits aber wirkt es sich für die Gesamtwirtschaft im Staate nur günstig aus, wenn dadurch, daß man dem Bauernstand in seiner Entwicklung finanziell hilft, und der Bauernstand ist ja heute ein beträchtlicher Teil unserer heimischen Bevölkerung, ein großer Teil unserer heimischen Bevölkerung wirtschaftlich gekräftigt und gehoben wird. Auch in dieser Hinsicht werden Investitionen auf diesem Gebiete volkswirtschaftlich sich gesund auf die ganze Bevölkerung auswirken. Aber auch andere Erwägungen sind maßgebend, die die Höherstellung dieser Kredite vollkommen rechtfertigen. Alle anderen Berufszweige Österreichs, alle anderen Gebiete unserer Wirtschaft sind überfüllt und kämpfen mit einer Absatzkrise. Die verschiedensten Berufe klagen darüber, daß sie keine Arbeit finden, und nur auf dem Gebiete der Landwirtschaft mangelt es an Arbeitskräften. Auch hier können wir so manches Bleigewicht, das unserer Volkswirtschaft anhängt, in erster Linie die Arbeitslosigkeit, am besten abstoßen. Auch ein anderer Faktor ist weiter zu erwähnen. Unsere Heimat hat noch unendlich viel Grund und Boden zur Verfügung, der urbar zu machen wäre, um ihn bebauen zu können. Die Urbarmachung des Bodens ist das erste Mittel, das man bei einer gesunden Politik auf dem Gebiete der Landwirtschaft im Auge haben soll, denn sie schafft die Grundlage zur Besiedlung. Die Grundlage, um viele Menschen, die heute nach einer Existenz Umschau halten, langsam zu einer gesunden, volkswirtschaftlichen Arbeit zu erziehen, der urbargemachte Boden schafft die Grundlage, daß wir uns beim Einkauf unserer Lebensmittel vom Ausland immer mehr unabhängig machen können. Eine weitgehende Politik auf diesem Gebiete ist notwendig, und die Krediterhöhungen, die aus diesem Titel heute bei den Beratungen des Budgets stattgefunden haben, werden sicherlich Früchte tragen, die der gesamten Bevölkerung Steiermarks zugute kommen werden.

Es hat der Herr Vorredner Thoma an einem reichhaltigen Zahlenmaterial bewiesen, welche Fortschritte mit den bescheidensten Mitteln bei der Förderung der Landeskultur in den letzten Jahren erzielt wurden. Ich sage, bescheidene Mittel, und stehe auf dem Standpunkte, daß nicht nur finanzielle Mittel immer einzig und allein maßgebend sind, um Erfolge zu erzielen. Hier hat eine gesunde und berufsfähige Führung und Erziehung des Bauernstandes schon Wunder gewirkt. Herr Abg. Thoma hat betont, daß die genossenschaftliche Zusammenfassung der Bauern zu einer wirtschaftlichen Einigung der richtige Weg ist, um die Produktion in der Zukunft zu heben. Man sieht aber auch, daß der berufsfähige Gedanke, der immer mehr Fuß faßt, nicht ein leeres Geschwätz ist, sondern daß er berechtigt ist und bereits auf dem Gebiete der Landwirtschaft in jeder Hinsicht große Erfolge erzielt hat. Ich möchte daher zum Schlusse folgendes sagen: Möge sich die Politik in Österreich auf diesem Gebiete dahin auswirken, daß wir neben der Bereitstellung der notwendigen Mittel auch dahin wirken, daß der Bauernstand zu einer gesunden Arbeit erzogen werde, daß eine gesunde berufsfähige

Führung immer mehr Platz greife, und daß man den Bauernstand dazu erzieht, daß er sich mit den Mitteln vertraut mache, die ihm die Neuerungen der Technik und der Fortschritt in der Bewirtschaftung von Grund und Boden heute zur Verfügung stellt.

Riegler: Hohes Haus! Der Herr Präsident Thoma hat in seinen umfangreichen Ausführungen auf die Bedeutung der Landeskultur, auf einzelne verschiedene Zweige hingewiesen, und ich fühle mich verpflichtet, noch durch einige kurze Ergänzungen hierzu Stellung zu nehmen. Zu Kapitel Alpverbesserung ist zunächst zu sagen, es ist erfreulicherweise gelungen, die Errichtung, beziehungsweise Fertigstellung der Landesalpschule am Grabnerhof zu ermöglichen, mit der Bestimmung, daß alle diejenigen, die an einer Alpverbesserung interessiert sind, durch Schulung zu erziehen, um Verbesserungen wirksam vornehmen zu können. Bei der Melioration, glaube ich, hat Herr Präsident Thoma eine zu niedere Ziffer angeführt. Ich habe Gelegenheit gehabt, im Finanzausschuß eingehend über diese Angelegenheit zu berichten, und es sind die in Betracht kommenden Ziffern auch bei den Veröffentlichungen des Finanzausschusses der Veröffentlichung zugeführt worden. Eines ist aber unbedingt zu konstatieren, daß wir mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht in der Lage sein werden, dem so nachzukommen, wie es wünschenswert wäre. Es sind bei 1100 Ansuchen um kleine Entwässerungsanlagen hier, die mit den zur Verfügung stehenden Fachkräften erst in unabsehbarer Zeit vollständig aufgearbeitet werden können, so daß das Referat gezwungen gewesen ist, eine Reihe von Bewerbern dahin unterrichten zu müssen, daß es gegenwärtig zwecklos ist, Ansuchen einzubringen. Es wird daher erforderlich sein, in dieser Richtung die entsprechenden Kräfte zu bestellen.

Dasselbe ergibt sich bei den Düngerkäufen, worüber ich auch im Finanzausschuße berichten und genügend Ziffern darstellen konnte, daß wir bestrebt sind, die Landwirtschaft möglichst zu unterstützen und auch entsprechende Verbesserungen herbeizuführen.

Herr Abg. Thoma hat hinsichtlich der Tierzucht der Meinung Ausdruck gegeben, der Rassenkampf im Lande soll endlich einmal eingestellt werden. Ich bin mit dem vollständig einverstanden, muß aber meiner Meinung Ausdruck geben, daß es unbedingt notwendig ist, das bodenständige, heimische Vieh zu erhalten. Es ist nicht wahr, daß man mit dem heimischen Vieh nicht einen schönen Erfolg erzielen kann. Ich behaupte, wenn man unserem heimischen Vieh das zukommen läßt, was man dem importierten Vieh zuwendet, werden wir dieselben Erfolge erzielen und dieselben Erträge aufzuweisen in der Lage sein. (Riemer: „Richtig!“) Ich muß mit Bedauern feststellen, daß es eine Rasse im Lande gibt, die nahezu dem Untergange preisgegeben ist, das sind die Bergschecken, ein Vieh, welches in bezughabenden Gebieten das einzige zweckmäßige und richtige ist und sein wird, wenn es entsprechend gezüchtet wird. Wir haben unter den Bergschecken Leistungen aufzuweisen, die sich sehen lassen können. Und wenn wir wissen,

daß zum Beispiel eine Kuh mit 350 kg auch Milchleistungen bis 3000 Liter im Jahre aufweist, so wird der Ertrag sicher gleichzustellen sein dem einer Montafonerkuh von 700 kg Gewicht, die das Doppelte an Futter braucht und schließlich in ihrer Leistung nicht wesentlich mehr aufzuweisen in der Lage ist. Dasselbe gilt von der Mariahofer Rasse, die auch zurückgedrängt wird, obwohl wir von ihr sagen können, daß das ein Vieh ist, welches in jeder Beziehung entspricht und in jeder Beziehung empfohlen werden kann. Fragen wir einmal einen Fleischhauer. Wenn es sich um Mastvieh handelt, so wird er immer das Mariahofervieh vorziehen, weil das ein feinfaseriges Fleisch hat. Milchergiebigkeiten bis über 4000 Liter im Jahre sind keine Seltenheit, und ich konstatiere, daß wir Milch von Mariahoferkühen bis zu 8 Prozent Fettgehalt bekommen. Und so verhält es sich auch mit dem Murbodner- und Mürztalervieh, welches wir alle Ursache haben, im Lande zu erhalten. Ich bin der Meinung, man solle dem Einzelnen das Recht lassen, sich einzurichten, wie er kann und will, aber immerhin auch daran denken, daß wir dadurch, daß wir das heimische Vieh fördern, auch eine Tradition verfolgen, die wir übernommen haben.

Es ist noch nicht davon gesprochen worden, daß es auch notwendig ist, den Obst- und Weinbau im Lande zu fördern und zu unterstützen, und ich muß mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß es Strömungen gibt im Lande, die den Intentionen des Landes, des Referates und der Fachorgane direkt entgegenarbeiten. Ich mußte bedauerlicherweise zur Kenntnis nehmen, daß anlässlich einer Weinbauernversammlung vor einigen Wochen hier in Graz sogar mit Bruchialgewalt gedroht worden ist, für den Fall, daß die Landesregierung etwas unternehmen sollte, was den unmodernem, veralteten Direktträgerbau irgendwie beeinträchtigen könnte. Wenn man den fortschrittlichen Bestrebungen in dieser Art entgegenwirken will, dann werden wir naturgemäß in der Landwirtschaft nicht weiterkommen können. Wenn wir gar nichts anderes wollen als, sagen wir, in gewissen Gebieten, die dafür geeignet sind, alle diese edlen Sorten züchten und mit diesem veralteten System zu brechen, so ist das eine gute und ehrliche Absicht. Und wenn man hören muß, bevor das zustande kommt, werden wir aufmarschieren, um das zu verhindern, so wird es kaum möglich sein, die Bestrebungen der Landesregierung wirksam durchzuführen zu können. Auf eines darf ich auch hinweisen, auf eine Verbesserung in dieser Richtung, die wir zu verzeichnen haben. Das Land hat vor fünf Jahren über meinen Antrag eine Liegenschaft angekauft in Kitzack mit der Bestimmung, daß wir in der Lage sind, auf dieser Liegenschaft eigene Rebschulen und Schnittweingärten zu besitzen, um unabhängig von dem zu sein, dem wir früher unterworfen waren, da es notwendig war, daß das Land sich mit Pachtgründen hat behelfen müssen. Der Weingarten in Kitzack, in dem allerdings Investitionen notwendig waren, ist soweit hergerichtet, daß wir sagen können, die Investitionen sind abgeschlossen. Wir werden sicherlich in nächster Zeit konstatieren können, daß wir mit dieser Erwerbung ein aktives

Unternehmen, in erster Linie für das Land, besitzen, und zweitens in der Lage sein werden, die Anforderungen hinsichtlich der Reben und was für den Weinbau notwendig ist, unabhängig und ausgiebig zufriedenzustellen, und denjenigen dienen zu können, die es notwendig haben.

Das wären einzelne Ergänzungen zu diesem Kapitel und ich muß lebhaft bedauern, daß es der Landesregierung nicht möglich war, im Kapitel Landeskultur ausgiebiger die Landwirtschaft unterstützen zu können, weil es die dermalige finanzielle Lage des Landes eben nicht zuläßt. Hoffen wir, daß durch den Aufstieg der Landwirtschaft die finanziellen Verhältnisse des Landes sich derart bessern, daß wir in die Lage kommen werden, bei der nächsten Beratung des Voranschlages uns wirksamer für die Landwirtschaft betätigen zu können. (Beifall.)

Schließsteiner: Hohes Haus! Es ist ganz besonders erfreulich, daß für die Förderung der Landwirtschaft und namentlich für die Alpwirtschaft der Finanzausschuß einstimmig beschlossen hat, eine größere Summe für unsere Alpwirtschaft einzusetzen. Wenn wir zurückblicken auf die Zeit der Monarchie, so war unsere Alpwirtschaft tatsächlich vernachlässigt, und ich muß sagen, sie ist wie ein Stiefkind behandelt worden. Erst in der Zeit der demokratischen Republik ist ein gewisser Fortschritt in der Alpwirtschaft festzustellen dadurch, daß die maßgebenden Körperschaften und auch der Landtag von Steiermark zur Erkenntnis gekommen sind, daß es notwendig ist, in diesen wichtigen Faktor zur Hebung der Volkswirtschaft einzugreifen. Wie ein Stiefkind, kann ich sagen, weil ich keinen anderen Ausdruck gebrauchen kann, hat man die Alpwirtschaft bisher behandelt. Zu dieser Meinung kommt man, wenn man sieht, daß man das Gebiet des obersteirischen Alpenlandes und der Weststeiermark, das 1000 und 1000 von ha ausmacht, bisher eigentlich rücksichtslos behandelt hat. Gibt es eine Förderung der Landwirtschaft, eine Hebung der Viehzucht in Steiermark, ohne die Alpwirtschaft zu fördern und zu heben? Gewiß nicht, meine Herren, und ich möchte Sie daher, sehr geehrte Herren Kollegen von jeder Richtung, von welcher Partei immer, ersuchen, daß Sie gerade in dieser Beziehung zur Hebung der Alpwirtschaft Ihr ganzes Verständnis einsetzen. Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel geben, welch großen Wert es für die Bauernschaft hat, welch großen Wert es für die Volkswirtschaft und für den Staat hat, wenn die Alpwirtschaft gehoben wird, wenn das ganze Augenmerk der Alpwirtschaft zugewendet wird. Wir haben vor einigen Jahren schon die Gelegenheit vollkommen ausgenützt, die Alpwirtschaft in unserem Gebiete etwas zu fördern und zu heben, und ich kann als Beispiel anführen, daß die Viehzuchtgenossenschaften des Bezirkes Mürzschlag mit großer Mühe und mit großem Geldaufwand es zustande gebracht haben, einen Besitz anzukaufen, um ihn den Viehzüchtern zu geben und diesen Besitz melioriert, verbessert haben, um das Zuchtvieh des oberen Mürztales dort zur Sommerung bringen zu können. Sehen Sie, der Erfolg ist ein glänzender und wir können mit Genugtuung konstatieren, daß dieser

Erfolg, diese Ausgabe, den die Viehzuchtgenossenschaften infolge des Ankaufes dieses Besitzes, durch die Verbesserung und durch die Meliorierung desselben gehabt haben, sich reichlich bezahlt hat. In diesem Gebiete, in dieser Alpgenossenschaft werden jährlich 120 bis 130 Stück Zuchtvieh in einer Zeit von 120 Tagen überfömmert. Diese Viehzuchtgenossenschaftsalpe ist ganz nach dem System der Schweiz eingerichtet. Das Vieh wird zur Zeit des Auftriebes abgewogen und zur Zeit des Abtriebes wieder, so daß wir genau feststellen können, das haben wir pro Stück erreicht und, meine Herren, das Ergebnis ist ein sehr erfreuliches. Wir haben ein Durchschnittszuwachsgewicht von 65 kg. Wir haben während der Sommerrung, während der Alpzeit von 120 Tagen von einem Tier einen Zuwachs erreicht, Sie werden es freilich gar nicht glauben, von 119 kg, fast 1 kg pro Tag. Wenn Sie bemessen und berechnen, welchen Wert es eigentlich hat, wenn ein Durchschnittsgewicht von 65 kg zu erreichen ist in einer verbesserten meliorierten Alpe, wo Wechselweideneinteilungen sind, wo Alpstellungen sind, um das Vieh während der argen Witterungsverhältnisse unterzubringen, wo Tränkanlagen sind, wo die Weiden entsprechend verbessert wurden, daß bessere Gräser vorhanden sind, wo die Düngewirtschaft auf der Alpe entsprechend betrieben und verbessert werden kann, so werden Sie zur Erkenntnis kommen, daß es einen großen Einfluß auf das Volksvermögen hat, wenn man die Alpen verbessert und melioriert. Infolgedessen können wir diese Ausgaben jederzeit verantworten, wenn uns vielleicht von irgendeiner Seite einmal der Vorwurf gemacht wird, daß man übermäßige Beträge für die Landwirtschaft oder für die Alpwirtschaft ausgibt, weil es gleichzeitig nicht bloß den Alpbauern oder den Viehzüchtern, sondern der gesamten Bevölkerung unseres Staates zugute kommt, und mit diesem Momente, wo es dem Volke zugute kommt, heben sich auch das Wohl und die Wirtschaft des ganzen Staates.

Wenn ich früher am Eingange meiner Rede erwähnt habe, daß wir stets stiefmütterlich behandelt worden sind, daß in unserem Lande Steiermark die Alpen und die Alpwirtschaft stets stiefmütterlich behandelt worden sind, so habe ich guten Grund dazu. Wenn man so diese Alpverträge, diese Regulierungs- und Vergleichsverträge durchblättert, so hat man immer und immer wieder gefunden, daß man die Alpwirtschaft verdrängen wollte. Wenn ich die Regulierungen, die Vergleiche vom Jahre 1838, 1860, 1863, 1879, wie sie meist in den obersteirischen Alpen, deren Regulierung damals vorgenommen worden ist, bestanden haben, wenn ich diese Regulierungsverträge durchschaue und durchstudiere, dann finde ich, daß bei jeder Neuregelung unserer Alpen keine Verbesserungen, wohl aber Verschlechterungen eingetreten sind. Jetzt erst in der demokratischen Republik ist man dazugekommen, und wir haben es erkämpfen müssen, kann ich Ihnen sagen. Der freie Bauernstand will und wird auch die Alpverbesserung erkämpfen, weil sie notwendig ist, weil es die Zeit mit sich bringt, weil es für das Volkswohl dringend notwendig ist. In unserem Oberlande zum Beispiel unterliegt die Alpwirtschaft zum großen Teile den großen Herrschaften im Staate, und wenn wir

nun von diesem Gesetze vom 8. April 1921, wo unser geehrter Herr Kollege, Herr Vizekanzler Hartleb, sich so sehr bemüht hat, in diesem hohen Hause, um das Servitutentregulierungsgesetz zu schaffen, wenn wir jetzt von diesem Gesetze zur Alpverbesserung Gebrauch machen, so müssen wir, ich muß es Ihnen ganz offen sagen, wieder um unser Recht kämpfen. Ich habe im Laufe der letzten Zeit, und namentlich heuer, solche Neueregulierungen mitgemacht und man stößt auf große Schwierigkeiten und Widerstände von Seite der Grundeigentümer und auch von Seite des Staates, wenn man für den Alpenbau, für die Alpwirtschaft etwas erreichen will. Obwohl ich der Meinung war, daß nach dem Zusammenbruche durch die schrecklichen Folgen des Krieges in allen Ständen und Berufen und in allen Köpfen das Bewußtsein erwachen hätte sollen, daß man jetzt nichts anderes tun soll, als die Landwirtschaft fördern, die Alpwirtschaft und die Viehzucht heben, so ist es wiederum sehr traurig, wenn das Verständnis noch nicht so weit ist, wenn man um seine Rechte wiederum kämpfen muß. Gerade in dieser Beziehung kann ich aber mit Freude konstatieren, daß ich Herren der Agrarbehörde gefunden habe, die vollständig an unserer Seite stehen und uns bei der Verbesserung der Alpwirtschaft mit Freuden behilflich sind. Es würde nichts nützen, wenn wir ein neues Servitutentregulierungsgesetz geschaffen hätten, wenn wir ein neues Alpschuhgesetz geschaffen hätten, wenn die Erkenntnis in den verschiedenen Kreisen nicht Platz greifen würde, daß es notwendig ist, unsere Alpwirtschaft zu fördern und zu heben. Die Schweiz, wie Sie alle wissen, geht uns mit bestem Beispiel voran und die Alpenbauern von Obersteier, von der Weststeiermark sind fortschrittlich, sie sind nicht rückschrittlich oder stillestehend. Gerade der Herr Präsident Thoma hat heute schon statistisch erwiesen, welchen Ansporn und welchen Eifer die steirischen Landwirte in der kurzen Zeit der Jahre nach dem Zusammenbruch bewiesen haben, um in jeder Richtung die Wirtschaft zu heben und zu fördern; und so sind wir auch gewillt und bemüht, die Alpwirtschaft zu heben und zu fördern, weil sie die Existenz der Gebirgsbauern sichert und wir werden dies auch schaffen, wenn wir Heimatliebe haben, und die haben wir, und wir tun für die Volkswirtschaft nur Gutes, wenn wir den Gebirgsbauern, den Alpenbauern erhalten. Wir haben Hunderte von Alpen, es ist statistisch nachzuweisen, daß im politischen Bezirke Mürzschlag allein über 30 Alpen bestehen und ist wohl sicher anzunehmen, daß im ganzen Oberlande Hunderte von Alpen bestehen und die meisten dieser Alpen sind in einem vernachlässigten und verwahrlosten Zustande. Es ist aber ein großes Volksvermögen, das dort rastet und ruht, und es ist zu wünschen, daß den Bauern bald Gelegenheit gegeben wird, diesen Edelstein der steirischen Berge zu heben. Daher ist es sehr erfreulich, daß wir heute so weit gekommen sind, daß entsprechende Beträge zur Hebung und zur Förderung der Alpwirtschaft eingesetzt worden sind und wir können es nicht genug und nicht oft genug anerkennen, daß der Finanzausschuß einstimmig beschlossen hat, in Zukunft für die Alpwirtschaft größere Beträge einzusetzen. Es ist sehr

traurig, wenn man als Bauer, als Arbeitsbauer immer und immer wieder wahrnehmen muß, wie unsere Bauern im Oberlande zugrundegehen und wenn unsere Bauerngüter, unsere Bauernhöfe zugrundegehen, sind sie nicht leicht wieder zu gewinnen; denn zugrunde-richten kann man einen Bauernhof ganz leicht, aber aufrichten, meine Herren, das ist eine große Kunst. Und so möchte ich an Sie alle in diesem hohen Hause appellieren, treten Sie für uns ein, stehen Sie mit uns an der Seite der Gebirgsbauern in dem Sinne, daß in der Zukunft, in den nächsten Jahren noch viel bedeutendere Beträge zur Hebung der Alpwirtschaft, zur Förderung der Alpwirtschaft eingesetzt werden. Ich kann Sie versichern, meine Verehrten, daß es reichlich nicht bloß dem Bauern, sondern dem gesamten Volke unseres Landes und Staates zugutekommt, denn wenn wir etwas in die Zukunft blicken, so ergibt sich der Gang der Zeit von selbst. Wie schon der Herr Präsident Thoma erklärt hat, wird durch Fleiß und Vorwärtstreben der steirischen Bauernschaft es dazukommen, daß wir nicht mehr die Produkte vom Auslande beziehen müssen, sondern daß wir uns mit dem Gedanken befassen müssen, daß wir unsere Erzeugnisse im Auslande absetzen müssen, und wenn wir die Alpwirtschaft heben und fördern, werden wir instande sein, gutes Zuchtmaterial in das Ausland zu liefern. Hohes Haus, so wird es dann durch den Fleiß der Alpenbauern kommen, daß eine Befestigung nicht nur des Bauernstandes, sondern auch eine Befestigung für unser ganzes Land eintreten wird, weil doch immer und immer der alte Spruch sich bewahrheiten wird, daß der Bauernstand der Jungbrunnen ist, daß er die Feste für Volk und Vaterland bildet. (Beifall.)

Zenz: Über die Lage der Landwirtschaft wurde in der Öffentlichkeit und in diesem hohen Hause oft und viel gesprochen. Die einen sprechen dabei von der Notlage der Landwirtschaft, die anderen wiederum vom Wohlstande und Wohllieben der Bauern. Wer von beiden Recht habe, konnte durch keinen zwingenden Beweis erhärtet werden. Es standen sich da Behauptung gegen Behauptung gegenüber, und die Erfahrungen aus dem Alltagsleben an einzelnen Beispielen wurden als Beweis angeführt. Nun haben wir, hohes Haus, ein unwiderlegliches Beweismittel vor uns liegen, das eine beredte Sprache über die Lage der Landwirtschaft und des Bauernstandes führt, daß offenkundig eine Notlage der Landwirtschaft und eine Notlage des Bauernstandes erwiesen ist, es sind das die Ergebnisse der Buchführung. Wie Ihnen, meine Frauen und Herren, bekannt ist, hat die vom Lande Steiermark errichtete Buchstelle ihren ersten Jahresabschluß vorgelegt. Zur Erhärtung meiner früheren Ausführungen bringe ich Ihnen lediglich die Ziffern, welche uns die Buchstelle als Ergebnis des Wirtschaftsertrages der steirischen Landwirtschaft vom Jahre 1926 vorlegt.

Vorausichicke ich die Bemerkung, daß sich der Buchstelle nur die fortschrittlich geistig höher stehenden Bauern angeschlossen haben, die an sich schon einen höheren Grad der Bewirtschaftung aus eigenem Antriebe geführt haben. Wenn nun die Verhältnisse

dieser besseren Schichte der Bauernschaft so traurig und trostlos sich uns darstellen, wie mag erst die Lage der Bauern bei jenen sein, die von dem Geiste des Fortschrittes noch nicht erfaßt sind, oder bei denen nicht die entsprechende geistige Eignung vorhanden ist. Durch die Tatsachen der Buchstelle ist zugleich auch erwiesen, daß der steirische Bauernstand ein großer Belieferer des einheimischen Marktes ist, und daß die Meinung, welche besagt, es käme für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung nur der Großgrundbesitz in Betracht, nicht zutreffend ist. 57,5 Prozent der erzeugten Lebensmittel im Bauernhause werden auf den Markt gebracht und dienen zur Versorgung und Ernährung der einheimischen Bevölkerung, und nur 42,5 Prozent werden im Bauernhause selbst verzehrt. Diese Ziffern sind uns ein sprechender Beweis über die Genügsamkeit und Sparsamkeit des Bauernvolkes. Wenn wir von einer Verzinsung des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals sprechen, und wir haben das Recht von einer Verzinsung zu sprechen, so ist das Ergebnis ein höchst trauriges. Der durchschnittliche Zinsertrag bei diesen fortschrittlich wirtschaftenden Bauern ist 0,115 Prozent, die bescheidenste Verzinsung, die man für das Anlagekapital in der Landwirtschaft verlangen könnte, wären 3 Prozent. Sollte aber eine durchschnittliche Verzinsung von 3 Prozent in der Landwirtschaft erreicht werden, so müßten die Preise der Lebensmittel im Durchschnitte um 17,3 Prozent höher stehen. Wenn nun dieser Abgang zu einer 3prozentigen Verzinsung so hoch ist, so können Sie ermessen, was unser Bauernstand zur Ernährung unseres Volkes leistet, wie er nicht nur den Schweiß seines Körpers für das Volk opfert und gibt, sondern geradezu auch aus seinem Marke zehren läßt. Wir haben nun als Ergebnis folgende Ziffern: eine über 3prozentige Verzinsung des Anlagekapitals erreichen nur 12 Prozent der Betriebe, eine Verzinsung unter 3 Prozent 88 Prozent, und darunter sind 55 Prozent mit einem Reinertrage unter Null, also passiv, Aufzehrung der Vermögenssubstanz, und dieser passive Prozentsatz erreicht eine Höhe bis zu 8, ja bis zu 12 Prozent. Und wenn nun das die traurige Sprache der besser wirtschaftenden Bauern ist, wie hoch mag der Abgangsprozentsatz sein bei jenen Bauern, die sich der Buchstelle nicht angeschlossen haben. Da können wir behaupten, daß eine große Anzahl unserer Bauern im Jahre 1926 in ihrem Ertrage bis zu 20, ja 30 und mehr Prozent passiv gewesen sind. Bei diesen Tatsachen, die unwiderleglich sind, weil sie amtlich errechnete, genau festgesetzte Ziffern darstellen, stehen unsere Steuerbehörden vor einem Rätsel. Sie wissen mit diesen Ziffern nichts anzufangen und glauben, trotz dieser Passivziffern unsere Bauernschaft hinsichtlich des Einkommens um jeden Preis besteuern zu müssen. Sie sagen, in der Tatsache, daß der Bauer nicht verhungert ist, ist der Beweis gegeben, daß er ein Reineinkommen aus seinem Betriebe gehabt hat, die Tatsache aber, daß er sein Vermögen aufzehrt, welches von Jahr zu Jahr geringer wird, er nicht das Existenzminimum erreicht hat, er nicht den entsprechenden Arbeitslohn aus seinem Betriebe gezogen hat, diese Tatsache läßt

unsere Steuerbehörde einfach nicht gelten. (Schiško: „Sehr richtig!“) So stellt sich uns die Besteuerung durch die Einkommensteuer bei den steirischen Bauern zum allergrößten Teile dar als eine Vermögensbesteuerung. Für uns alle sind diese Ziffern, die amtlich und unwiderlegbar sind, eine ernste Mahnung. Ich sehe, der Herr Bauernführer **Austlacher** hiezu. (**Söllner**: „Er lacht deshalb, weil das eine Frage der Steuergesetzgebung und nicht eine Frage der Steuerbehörde ist, das ist ein Dreh!“) Lieber Herr **Söllner**, Sie können nicht unterscheiden zwischen Steuergesetz und Durchführung eines Steuergesetzes. Wir sagen, wenn die Steuergesetze so, wie sie bestehen, daß nur der tatsächliche Reinertrag besteuert wird, durchgeführt würden, dann hätte der Bauer keinen Grund, zu klagen über die ungerechte Besteuerung (**Pongrácz**: „Sie müssen zum **Kienböck** gehen!“), wenn das Gesetz nur so durchgeführt werden würde, wie es in der Absicht des Gesetzgebers gelegen ist. Da hier aber nicht der Reinertrag besteuert wird, sondern der Besitz als solcher, so ist das eine ungerechte Besteuerung, so weit es sich um die Einkommensteuer handelt. (**Austlacher**: „Wie ist es da beim Arbeiter? Da wird auch das Gesamteinkommen besteuert!“) Ich behaupte gar nicht, lieber Herr **Austlacher**, daß die Besteuerung der Arbeiter eine zu milde oder eine durchwegs gerechte ist. Das ist eine Sache für sich, über die wir reden können. Aber dieser Einwand zeigt uns Ihre innere Einstellung gegen die Bauern. („Oho!“-Rufe bei den Sozialdemokraten!), daß Sie nicht erfragen können, wenn man die wirkliche Lage des Bauernstandes offen darlegt. (Beifall bei der Einheitsliste. — **Pförtner**: „Da brauchen wir Sie dazu!“) Ich wundere mich, daß die Herren in Aufregung geraten. Ich meine, es könnte Ihnen bei Ihrer Bauernrettung sehr zweckdienlich und förderlich sein, wenn Sie die wirkliche Lage des Bauernstandes kennen lernen (**Pförtner**: „Wir kennen sie!“), und wenn auch Sie Kenntnis erhalten, wie es um den Bauernstand und um den angeblichen Reinertrag in der Landwirtschaft tatsächlich bestellt ist. (**Wallisch**: „Der Herr Pfarrer muß uns die Bauern kennen lernen!“ — **Schiško**: „Besser wird er sie kennen!“) Da muß ich mit Ihnen in Wettbewerb treten. Schauen Sie, Herr **Wallisch**, ich bin niemals in einer solchen Einstellung zu den Bauern gestanden, wie der **Bela Kun** und sein Sekretär **Wallisch**. (Rufe bei der Einheitsliste: „Sehr gut!“ — **Wallisch**: „Ein sehr alter abgelagerter Mist!“) Für uns alle, meine Herren, sind diese Ziffern eine ernsthafte Mahnung, uns zum Bauernstande in das richtige Verhältnis zu bringen, seine tatsächliche Lage offen gelten zu lassen und dann daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Diese Ziffern sagen uns, daß der Ruf des Bauernstandes nach einem entsprechenden Zollschutz durchaus berechtigt ist, und daß die Forderung der Bauern nach einem solchen nicht gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist, nicht dahin zielt, um die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben, sondern nur, um sich selbst zu erhalten, um die Aufgabe, Ernährer des Volkes zu sein, auch weiterhin erfüllen zu können, und in einem noch höheren Maße als bisher. Wir alle, die wir hier uns

als Vertreter der Bauern betrachten, halten es als eine Selbstverständlichkeit, wenn die Forderung erhoben wird, daß die Inlandserzeugnisse in erster Linie bei unseren Eisenbahnen, bei unserer Industrie usw. in Verwendung genommen werden, damit die steirischen Arbeiter, die heimischen Arbeiter, ihr Brot finden, nichts anderes ist es, als diese selbstverständliche Forderung, wenn wir sagen, man schütze die Arbeitskraft unserer Bauern, und hierin sollten wir uns alle auf derselben Linie treffen, ob es sich nun um den Schutz des Arbeiters in der Industrie handelt oder um den Schutz des Arbeiters auf unserer Scholle, ob er nun Besitzer oder Nichtbesitzer ist, das Volksinteresse erfordert es, daß wir nationale Wirtschaft betreiben, daß wir zuerst das eigene Volk versorgen mit den eigenen Mitteln, bevor wir die Grenze ins Ausland überschreiten. Die Ziffern, welche wir im nächsten Jahre bringen werden, werden naturgemäß eine wertvolle Ergänzung zu den ersten amtlich festgestellten Ziffern der Buchstelle bringen, und diese Ziffern werden uns in unserem Kampfe für die Erhaltung des steirischen und des österreichischen Bauernstandes eine wertvolle Unterstützung sein. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir allen Grund, die Errichtung der Buchstelle, die seinerzeit erfolgt ist, zu begrüßen und ihr jedwede Förderung angeheißen zu lassen.

Was nun den Antrag anbelangt, der vom Finanzausschusse zum Kapitel der Buchstelle gestellt worden ist und der folgenden Wortlaut hat (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Buch- und Betriebsberatungsstelle mit der Abteilung 5 des Amtes der Landesregierung in ernste Erwägung zu ziehen.“

so muß ich sagen, daß unsere Partei diesen Antrag ablehnt, und zwar deshalb, weil sie nicht einen bestehenden Zustand nochmals beschließen will, und ich das Empfinden habe, es müßte lächerlich auf die Öffentlichkeit wirken, wenn man Bestehendes noch einmal beschließt. Die Buchstelle untersteht der Abteilung 5 des Amtes der Landesregierung. Da dies Tatsache ist, lehnen wir diesen Antrag als überflüssig namens unserer Partei ab. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Gärtner: Hohes Haus! Der Herr Finanzreferent Landesrat **Winkler** hat in seiner Budgetrede betont, daß äußerste Sparsamkeit bei der Erstellung des Budgets notwendig ist, um ein gedeihliches Arbeiten zum Wohle des Landes zu ermöglichen. Diese Sparsamkeit ist aber nur dort am Platze, wo sie nicht den Fortschritt hemmt. Wir haben dort Samen zu streuen, wo eine Ernte winkt, wir dürfen die bescheidenen Mittel des Landes nicht ausgeben für Betriebszweige, die nur künstlich erhalten werden und keinen Zweck haben.

Im Kapitel 5 sehen wir Beträge eingesetzt für Tierzucht, Alpwirtschaft, Forstwirtschaft, aber auch für den Obst- und Weinbau. Wir haben nun die Pflicht, zu prüfen, ob alle diese Beträge produktiv angelegt sind und ob auch hier mit einer gründlichen Objektivität

mit der Rentabilitätsberechnung vorgegangen wurde. Das Land hat die Pflicht, die Landwirtschaft, die die Grundlage des Staates ist, zu heben und für den Ausbau der Landwirtschaft Sorge zu tragen. Es ist unbestritten, daß in unserer grünen Steiermark die Viehzucht eine hervorragende Rolle spielt, da das Land für die Viehzucht sozusagen wie geschaffen ist, und auch der Getreidebau und die Forstwirtschaft spielen eine entscheidende Rolle. Der Obstbau hat auch den Beweis erbracht, daß er notwendig ist, um die Einnahmen der Bauern zu sichern und zu heben. Wir sehen in einem Obstjahre ein ganz anderes Leben, als in obstarmen Jahren. Wir sehen, daß in Obstjahren Gewerbe und Industrie zu leben beginnen. Bestritten wird aber in neuerer Zeit die Existenzberechtigung des Weinbaues, und da ist es unsere Pflicht, auch hier zu prüfen und zu untersuchen, ob diese Anzweiflungen zu Recht bestehen. Es wird niemand bezweifeln können, daß durch die Zerstückung Steiermarks bedeutende Gebiete, in denen der Weinbau eine Rolle gespielt hat, durch den unglückseligen Friedensvertrag uns entzogen wurden, es ist aber auch Tatsache, daß sich heute noch bedeutende Teile des Landes mit dem Weinbau intensiv beschäftigen. Ich verweise nur darauf, daß in einem großen Teil des Unterlandes Weinbau betrieben wird, in der Oststeiermark und in der Weststeiermark, wo der berühmte Stainzer Schilcher wächst. In unseren Gegenden wird Wein produziert, der es mit dem besten jugoslawischen Wein aufnehmen kann. Wir brauchen nur eine Zusammenstellung zur Hand zu nehmen, die uns beweist, daß diese Frage auch gerechtfertigt ist. Wir haben in Steiermark noch immer ein Weinbaugebiet von 4383 Hektar. Interessant ist die Verteilung auf die verschiedenen Gerichtsbezirke und Bezirkshauptmannschaften; so sind im Gerichtsbezirke Leibnitz 1588 Hektar Weingärten, Deutschlandsberg 737, Bezirkshauptmannschaft Voitsberg 85, Umgebung Graz 244, Weiz 266, Hartberg 181, Feldbach 922 und Radkersburg noch immer 376 Hektar. Interessant ist aber weiter festzustellen, wie der Weinbau sich früher auf die Bezirkshauptmannschaften verteilt hat. Von den Flächen, die früher mit Wein bepflanzt worden sind, sind heute durchschnittlich nur mehr die Hälfte bepflanzt, so daß wir zum Ergebnis kommen, daß in der heutigen Steiermark 8467 Hektar Weingärten bestehen. Wir haben in Steiermark eine durchschnittliche Ernte von 50.000 Hektoliter, im heurigen Jahre war die Ernte eine geringere, weil die Anlässe im Frühjahr und im Laufe des ganzen Jahres auf den Weinbau einen ungünstigen Einfluß genommen haben. Wir müssen feststellen, daß in jenen Flächen, in denen Weinbau ausgewiesen wird, nicht nur Weinbau allein betrieben wird, sondern diese Flächen auch beitragen zur Hebung der Viehzucht. Außer der Rentabilität des Weinbaues wurde festgestellt und ist eine Tatsache, daß Tausende von Existenzen am Weinbau hängen und damit ihr Brot verdienen. Zahlreiche Existenzen könnten geschaffen werden, wenn die Flächen, die heute noch brach liegen und keiner anderen Kultur dienen, dem Weinbau zugeführt werden könnten. Eine große Zahl von Arbeitern wäre ebenfalls im

Weinbau beschäftigt, und das wäre gewiß ein Mittel zur Minderung der Arbeitslosigkeit. Tatsache ist ferner, daß das Produkt in den wirklichen Qualitätsgebieten die Konkurrenz des Auslandes ertragen kann, und dort, wo eine sachgemäße Behandlung im Keller Platz gegriffen hat, diese Weine einen gewissen Ruf errungen haben. Von wirklichen Weinkennern wird noch immer der steirische Wein als der beste hingestellt, weil er die feinste Blume aufzuweisen hat, was kein anderer Wein für sich in Anspruch nehmen kann. Es sind also Gründe genug vorhanden, daß dieser wichtige Betriebszweig mit allen verfügbaren Mitteln des Landes gefördert werde. Die steirischen Weinbauern begrüßen es daher, daß in den Voranschlag ein namhafter Betrag für die Weinbauförderung eingestellt wurde, ich erlaube mir, dem Herrn Referenten Riegler zu danken für die Förderung des Weinbaues dadurch, daß dieser Betrag eingestellt wurde. Es wurde auch im Vorjahre schon sehr vieles für den Weinbau getan, und ich danke auch den unermüdeten Fachorganen, besonders aber dem Herrn Weinbaudirektor Winkler, der im Vereine mit den übrigen Fachleuten und Organen gewiß das möglichste getan hat. Es wurden im Laufe dieses Jahres verschiedene Förderungsmaßnahmen ergriffen, die zu begrüßen sind, vor allem, daß so viele amerikanische Unterlagsrebenanlagen gemacht wurden, daß ein neuer Musterweingarten angelegt wurde, daß ein Privatemusterweingarten angelegt wurde. Mit Hilfe der Organisation der Weinbautreibenden, durch Fachorgane des Landes wurde die Belehrung der weinbautreibenden Bevölkerung in einer Weise durchgeführt, die sehr begrüßenswert ist. In der Bekämpfung der Rebenschädlinge wurde der Bevölkerung an die Hand gegangen; mit der Erprobung der neuen Direktträger aus dem Elsaß wurden ebenfalls befriedigende Versuche gemacht. Die Versuche, die mit neuen Sorten gemacht wurden, sind zwar heute noch nicht spruchreif, diese Sorten können aber in Zukunft eine große Rolle spielen. Wir haben heute einen Stand von 10 Hektar 26 Ar Schnittweingärten, es hat sich aber herausgestellt, daß diese Schnittweingärten nicht so viel abgeben können, um den Anforderungen der Rebschulen und der Weinbauern gerecht werden zu können. Die unerprobten Unterlagsreben sollen den Weinbauern nicht zur Verfügung gestellt werden, weil diese nicht in der Lage sind, die Erprobung so durchzuführen, wie es Fachschulen zu tun in der Lage sind. In den Rebschulen wurden im vergangenen Jahre laut Bericht der Weinbaudirektion 79.000 Veredlungen erzeugt; auch hier hat es sich gezeigt, daß zu wenig Reben vorhanden sind, und es wäre zu begrüßen, wenn mit einer gewissen Erhöhung der Zahl von Reben zu rechnen wäre. Die Organisation der Weinbautreibenden, die dazu geschaffen wurde, Aufklärung in der Bevölkerung zu schaffen, hat sehr segensreich gewirkt. Nach ihrem Berichte ist der Stand der Mitglieder in diesem Jahre um 9 Ortsgruppen vermehrt worden, so daß nunmehr 2700 Mitglieder der Weinbauorganisation zu verzeichnen sind. Der Weinbauverein hat auch in anderer Hinsicht zum Wohle der Weinbauern gewirkt, indem

er Spritzen und Bekämpfungsmittel den Mitgliedern unentgeltlich, beziehungsweise zu erniedrigtem Preise ausgegeben hat und die Belehrung durch Weinbauwanderlehrer durchführte. Ich muß ihm an dieser Stelle den wärmsten Dank ausdrücken.

Über die Schädlingsbekämpfung ist zu sagen, daß im heurigen Jahre, trotz der Mittel, die das Land aufgewendet hat, noch immer kein positives Ergebnis zu verzeichnen ist, weil die Blütezeit und die Eigenart des Jahres nicht mit Sicherheit die Wirksamkeit der Mittel feststellen ließen.

Das wichtigste Kapitel ist die Notstandsaktion für die Weinbautreibenden. Es wird mancher hier im hohen Hause sagen, warum immer eine Notstandsaktion für die Weinbauern, wo die Weinpreise sich in einer solchen Höhe befinden, so daß sich die Rentabilität von vornherein ergibt. Der Weinbau ist leider Gottes in der letzten Zeit von Schädlingen und Elementarkatastrophen viel mehr heimgesucht, als alle anderen Kulturen. Sie wirken nicht nur auf ein Jahr, sondern auf mehrere Jahre, und wir spüren heute noch die großen Hagel- und Frostschäden der letzten Jahre. Weiter wichtig wäre die Ausgabe von unverzinslichen Darlehen, über die ich hier im Landtage schon einmal gesprochen habe. Leider konnte trotz Zustimmung des Bundesministers für Finanzen und des Ministers für Land- und Forstwirtschaft diese Aktion nicht durchgeführt werden, da der Bund keine Mittel zur Verfügung gestellt hat, und weil der Bund die Mittel verweigert hat, hat auch das Land nichts getan. Ich will der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir in absehbarer Zeit solchen bedürftigen kleinen Weinbauern kleinere Beträge als unverzinsliche Darlehen zur Verfügung stellen können, wie es der Finanzreferent Landesrat Winkler ankündigte. Weiter ist zu begrüßen, daß heuer eine Weinbau-enquete abgehalten wurde, auf welcher wichtige Fragen zur Sprache kamen. An dieser hat Herr Weinbaudirektor Winkler hervorragenden Anteil genommen. Das wären im großen und ganzen die Aktionen, die voriges Jahr durchgeführt wurden. Diese Maßnahmen haben ganz bestimmt eine Steigerung des Ertrages, sowohl quantitativ als auch qualitativ zur Folge gehabt. Es ist noch viel zu machen; ungeheure Reserven liegen noch in den südlichen Hängen der Steiermark. Diese Schätze zu heben, wird weiterhin auch Pflicht des Landtages, der Landesregierung und ihrer Organe sein.

Ein Wort der Aufklärung über eine Sache, die bei der Weinbauernschaft großes Interesse und große Erregung hervorgerufen hat. Der Herr Landeshauptmann Riegler hat betont, daß es anlässlich einer Weinbauernversammlung in Graz zu traurigen Vorfällen gekommen ist. Er hat erklärt, daß man gegen die Fachorgane und gegen deren Weisungen mit Gewalt gedroht hat. Ich war selbst dabei, wie man eben die Heimwehr hat aufmarschieren lassen wollen gegen die Verfügung der Fachorgane. Das ist gewiß bedauerlich, aber es steht diese Sache nicht einzig und allein da auf dem Gebiete des Weinbaues. Wir haben in letzterer Zeit Tatsachen feststellen müssen, daß auch gegen die behördlichen Maßnahmen, die die Landes-

regierung zur Regelung des Milchverkehrs im Vereine mit den landwirtschaftlichen Körperschaften getroffen hatte, Angriffe gerichtet waren, und ich möchte hier feststellen, daß es sogar Vertreter der christlichsozialen Bauernschaft waren, die dagegen Stellung genommen haben. (Wolff: „Auch die Heimwehr?“) Es ist sehr traurig, daß sich solches unter der Bauernschaft zuträgt. Um hier eine Aufklärung zu geben, muß ich feststellen, um was es sich gehandelt hat. Es sollte dem Landtag ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, worin ein teilweises Verbot des Anbaues der Direktträgerreben ausgesprochen werden sollte. Diese Vorlage wurde nach dem Ergebnis der öffentlichen Versammlung fallen gelassen. Viele der hier Anwesenden werden nicht wissen, was Direktträger sind. In den Achtzigerjahren trat in ganz Steiermark, im gesamten Osterreich und im gesamten Europa die Reblaus auf, die alle europäischen Rebenbestände vernichtete. Man hat sich damals mit dem Gedanken tragen müssen, für die alten Reben, deren Wurzeln von der Reblaus angegangen wurden, Ersatz zu suchen, und ein sicherer Ersatz waren die veredelten Reben, die schon in Frankreich und Italien Eingang gefunden hatten. Die Bepflanzung der vernichteten Gebiete mit veredelten Reben war aber sehr kostspielig und zeitraubend, denn man mußte 4, 5 oder 6 Jahre warten, bevor die Weingärten wieder in Ertrag kamen. Man hatte sich daher mit dem Gedanken getragen, für die Zukunft wilde Reben zu pflanzen, die die Eigenschaft haben, ohne Veredlung Wein zu bringen. Man ist darangegangen, die wilden Reben mit edlen zu kreuzen und auf diese Weise fruchtbringende Stöcke zu schaffen. Diese sind auf amerikanischen Wurzeln gestanden und haben einen Wein gegeben, der die schlechten Eigenschaften der wilden Reben behalten hat, einen fuchsigem Beigeschmack hatte, und diese Reben hat man einfach Direktträgerreben genannt.

Wenn auch aus diesen Direktträgerreben ein qualitativ minderwertiger Wein erzeugt wird, so müssen wir doch die Tatsache feststellen, daß sie bedeutend anspruchsloser sind, daß sie gegen Schädlinge, gegen die Reblaus, nicht so empfindlich sind, und deshalb werden sie heute in niederen Lagen gepflanzt, in welchen edle Reben nicht wachsen oder keinen sicheren Ertrag geben. Die Oststeiermark und ein Teil der Untersteiermark, das Stradenergebiet, leben größtenteils vom Ertrage dieser Direktträgerreben. Viel Wein wird für den lokalen Konsum und viel für Hausstrunk verbraucht. In den letzten Jahren haben Wiener Weinhändler — es war auch ein Grazer dabei — (Rufe: „Pezzi!“) einen großen Einkauf dieses Direktträgerweines inszeniert. Die Edelweinbauern der Steiermark haben sich daher in ihrer Existenz bedroht gefühlt, und mit Recht. In Niederösterreich ist der Edelweinbau allgemein gang und gäbe. Sie haben dort seit langem ein Gesetz verabschiedet, wonach der Verkauf von Direktträgerreben verboten wurde. Bei uns in Steiermark hat man das nicht verbieten wollen, sondern nur die Gebiete begrenzen, wo die Direktträgerrebe verboten ist. Wenn wir dieses Verbot durchgeführt hätten, so hätte dieser schwerwiegende

Schrift eine Katastrophe in jenen Gebieten zur Folge gehabt, in denen diese Direktträgerreben gebaut werden und wo meistens kleine Besitzer wohnen. In diesem Gebiete hat auch im letzten Jahre die Leber-egelseuche so stark geherrscht, daß Not und Elend eingezogen sind. Die Steuergelder werden dort fast einzig und allein aus dem Ertrage der Weingärten geholt. Ein Zwangsgesetz müßte aber auch von uns Landbündlern aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden. Man soll vielmehr den Grund suchen und untersuchen, warum es überhaupt zum Entwurf eines Zwangsgesetzes hätte kommen sollen. Die Absicht war, den Edelweinbau von unlauterem Wettbewerb zu schützen. Es fragt sich, wer schädigt den Edelweinbau? Derjenige, der Produkte herstellt, die unter dem Namen Edelwein verkauft werden und kein Wein sind. Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein großer Teil des Weines ohne Direktträgerrebe und ohne Edelrebe hergestellt, sondern nur mit Hilfe der chemischen Wissenschaft erzeugt wird. Der Edel- und Direktträgerweinbau braucht Grund und Boden, braucht Arbeit und Behandlung. Diejenigen, die die Edelweine aus chemischen Produkten herstellen, brauchen das nicht; dieser Wein wächst im Keller, ohne Risiko, ohne von Schädlingen und Elementarereignissen abhängig zu sein. Deshalb bin ich der Ansicht, daß zuerst diese Schädlinge zu bekämpfen seien und ein Eingriff in den wirtschaftlichen Existenzkampf der Bauernschaft nicht gemacht werden darf. Es müssen alle Mittel des Gesetzes in Anspruch genommen werden, daß die Weinfälscher der verdienten Strafe zugeführt werden. Es soll nicht, wie das geschehen ist, der Weinhändler zur Verantwortung gezogen, das Produkt aber für den Konsum freigegeben werden. Es soll mit aller Schärfe dahin gearbeitet werden, daß das Gesetz zur Anwendung kommt, daß das Produkt vernichtet wird oder eine Verwertung zum Wohle irgend eines Fonds findet. Wir verlangen, und das ist das Wichtigste, daß man ehebaldigst mit einem Gesetz herausrückt, das den Marken- oder Herkunftsschutz beinhaltet. Wir verlangen diesen Markenschutz deshalb, damit der Ruf der inländischen Weine gesichert wird. Es ist traurig und leider gang und gäbe, daß unsere steirischen Hoteliers und Gastwirte auf der Getränkekarte hochklingende Namen, wie Luttenberger, Pickerer usw., für unsere guten, steirischen Weine setzen, in der Meinung, damit die Qualität dieses Weines zum Ausdruck zu bringen. Aus diesem Grunde ist es unmöglich, unseren Qualitätsgebieten einen Ruf zu sichern. Es tut mir leid, daß der Herr Abg. Dr. Illig nicht hier ist. (Doktor Enge: „Hier sitzt er ja!“) Ich möchte den Herrn Abg. Dr. Illig ersuchen, daß er hier in dieser Beziehung mit uns mitarbeitet. (Dr. Illig: „Ich bin gerne bereit dazu!“ — Leichin: „Er wird schon mittrinken!“ — Dr. Illig: „Ich lade Sie ein, Herr Leichin!“) So wie man sagt: „Kauft österreichische Waren!“, so sollte man auch sagen: „Trinkt steirische Weine!“ Wir haben keinen Grund, unseren guten Weinen den Namen eines ausländischen Weingebietes zu geben. Wenn Sie da mithelfen, Herr Abg. Dr. Illig, dann sind Sie ebenfalls in unseren Reihen

begrüßt und die Weinbauern werden Ihnen dafür Dank wissen. In allen Weinbauernversammlungen wird dieser Wunsch zum Ausdruck gebracht. Sie arbeiten dann mit zum Wohle des Standes, den Sie vertreten, und auch zum Wohle des österreichischen Weinbaues. (Beifall beim Landbund.)

Peintinger: Hohes Haus! Es hat sich zum Kapitel 5 schon eine bedeutende Anzahl von Rednern gemeldet und hiezu gesprochen, ein Beweis dafür, daß dieses Kapitel für uns von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Es ist gewiß zu begrüßen und von uns Bauern dankbar anzuerkennen, daß der Finanzausschuß für die Landwirtschaft wiederum im Voranschlag bedeutende Summen bewilligt hat, und ich hoffe, daß auch der hohe Landtag diesem Finanzausschußbeschlusse seine Zustimmung erteilen wird. Die Landwirtschaft hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen und den Ertrag an Quantität bedeutend vermehrt, was Herr Abg. Thoma in seinen Ausführungen schon klar ausgeführt hat, und kann ich mich insolgedessen kürzer fassen, um nicht neuerlich etwas zu wiederholen.

Der Ertrag könnte noch bedeutend vermehrt werden, wenn die Kulturlächen, die heute noch nicht der Kultur zugeführt sind, auch in der entsprechenden Weise kultiviert, beziehungsweise entsprechend entwässert werden könnten. Wir haben in Steiermark auf Grund der statistischen Erhebungen noch über 100.000 Hektar, die noch zu entwässern sind. Würden diese der Entwässerung zugeführt werden, würde sich natürlich der Ertrag um 100, ja um 1000 von Waggons steigern, und wir hätten eine Überproduktion. Ebenso wichtig sind die Düngerstätten, über die heute schon ausführlich gesprochen wurde. Ich könnte Ihnen ziffernmäßig den Beweis erbringen, daß in den landwirtschaftlichen Betrieben, wo eine Düngerstätte angelegt worden ist, sich der Ertrag nicht nur verdoppelt, sondern verdreifacht hat. Ich bin vollkommen überzeugt, daß eigentlich die Förderung der Tierzucht und die Summe, die dafür ausgegeben wird, nicht dementsprechend ausgewertet wird, wenn nicht auch das entsprechende gute Futter in der Wirtschaft erzeugt wird, was eben nur dann möglich ist, wenn eine Entwässerung des Bodens durchgeführt und in zweiter Linie die Düngerstätten entsprechend angelegt werden. Leider ist aber die Lage des Landes nicht derart, um diese Notwendigkeit entsprechend durchführen zu können. Wohl aber möchte ich den Herrn Finanzreferenten bitten, daß die Subventionen, die im vorigen Jahre so spät und teilweise gar nicht zur Auszahlung kommen konnten, daß diese nun rechtzeitig zur Auszahlung kommen, denn es ist für die Landwirte eine außerordentliche Schwierigkeit, die Meliorationen, die Düngerstätten aus eigenem zu zahlen, aus eigenem zu bauen. In den vergangenen Jahren war es durchwegs so, daß sie keine Vorschüsse auf derartige Unternehmungen bekommen haben. Der Landwirt hat das Geld aufnehmen müssen, Vorschüsse hat er keine bekommen und nach Monaten erst hat er das Geld bekommen und hat das aufgenommene Geld während dieser Zeit verzinsen müssen.

Sehr begrüßenswert ist auch, daß im Voranschlag ein Betrag eingeseht ist für einen sogenannten Meliorationskataster. Dieser hat sowohl für die Landwirte als auch für die Allgemeinheit besondere Wichtigkeit aus folgenden Gründen: Wenn dieser Meliorationskataster genau geführt wird, so weiß das Land genau, wo überall größere Meliorationen durchgeführt worden sind. Damit aber die Meliorationen richtig funktionieren, ist es notwendig, daß die Vorflutgräben genau instandgehalten werden, daß das Wasser gut abfließen kann. Weiter ist es notwendig, daß bei Drainagen und Abflutgräben keine Gesträuche usw. aufwachsen dürfen, weil sich die Rohre sonst verwachsen und die ganze Drainage unwirksam wird. Wir haben eine bedeutende Anzahl von derartigen Drainagen, die vor einigen Jahren angelegt worden sind, die bedeutende Kosten verursacht haben, und zwar auch dem Lande bedeutende Subventionskosten verursacht haben, und die heute wertlos sind, und die Grundstücke haben sich dadurch nicht verbessert, sondern haben sich im Laufe der Zeit bedeutend verschlechtert, weil sich die Rohre verwachsen haben und das Wasser nicht abfließen konnte, und dadurch tritt eine Verumpfung in starkem Maße ein. Wenn nun der Kataster genau angelegt wird und wenn das Pflanzenbauinspektorat in diesem Lande die Sache kontrolliert und sich davon überzeugt, ob das alles instandgehalten wird, bin ich der Ansicht, daß der säumige Besitzer, der derartigen Aufträgen nicht nachkommt, mit Strafe belegt wird, damit diese Sache hintangehalten wird, weil dadurch nicht nur der Besitzer, sondern auch das Land geschädigt wird. Wenn diese Inspektion durchgeführt wird, ist es für beide Teile von Vorteil. Es ist nur dann möglich, wenn der Kataster genau geführt wird, dieser Kataster dann diesen Organen hinausgegeben wird, die die Kontrolle durchführen können. Dies ist aber auch für uns Bauern von Vorteil, wenn dieser Kataster angelegt wird. Es hat den Vorteil, daß das Pflanzeninspektorat draußen die Objekte genau weiß, um bei der Bundesregierung einschreiten zu können, denn die Besitzer, die solche Meliorationen durchgeführt haben, können einen sogenannten Kultivierungsbeitrag vom Bund bekommen. Es wird gegeben ein Teil für Kunstdünger, ein Teil für Samen, und beide Teile hätten in dieser Sache einen bedeutenden Nutzen.

Die Viehzucht ist erfreulicherweise in einem bedeutenden Aufschwunge begriffen, Beweis dafür die so ansehnlichen und großzügigen Kinder schauen, die in der Oststeiermark und in Obersteiermark durchgeführt worden sind. Man muß feststellen, daß die Viehzucht nur in den Gebieten und Orten einen besonders erfreulichen Aufschwung nimmt, wo ein tüchtiger Tierarzt ansässig ist, der die Bevölkerung entsprechend aufklärt und dementsprechend mitwirkt. Ich begrüße es daher auf das herzlichste, daß auch in diesem Kapitel ein Betrag eingeseht ist zur Besserung der finanziellen Lage der Tierärzte, die ja unsere besten Freunde sind, die uns Tausende von Stück Vieh durch ihre Kunst im Laufe des Jahres retten und uns damit Millionen von Nutzen brachten.

Das Genossenschaftswesen ist auch schon besprochen worden. Meiner Ansicht nach ist es in der Steiermark noch viel zu wenig ausgebreitet. Es ist merkwürdig, daß man die Leute für das Genossenschaftswesen so wenig interessieren kann. Wir haben in der Oststeiermark verschiedene Molkereibetriebe eingerichtet, die verschiedene Molkereiprodukte erzeugen, aber nur an dem Genossenschaftswesen fehlt es. Und ich bin überzeugt, daß die Zukunft für den Bauernstand, eigentlich nur in der Intensivierung, in der Ausbreitung des Genossenschaftswesens zu finden ist, und daher ist es unsere Pflicht und die Pflicht der maßgebenden Faktoren, diesen Genossenschaftsgedanken zu verbreiten. Und um das zu ermöglichen, ist es notwendig, daß Aufklärung im Lande Platz greift.

Herr Landesrat Jenz hat schon einiges über die Buchstelle gesprochen, ich kann mich daher über diese kurz fassen. Wir Bauern sind vollkommen überzeugt, daß diese Stelle uns im Laufe der Zeit ganz bedeutenden Nutzen und Vorteil bringen wird, und zwar aus dem Grunde, weil die Buchstelle eine amtliche Stelle ist, wo die durchgeführte Buchführung vom Lande kontrolliert wird, die also amtliche Daten liefert. Infolgedessen würden die Bevölkerungsschichten, die Konsumenten, die städtische Bevölkerung endlich einmal zur Einsicht kommen, daß unser Besitz keinen Ertrag abwirft, daß wir nicht, wie es vielfach geheißt hat, Fleisch- und Brotwucherer sind, sondern daß wir tatsächlich kaum eine 0-115 prozentige Verzinsung vielfach herausbringen, und daß es sehr viele bäuerliche Besitzer gibt, die überhaupt keine Verzinsung haben. Weiters wird es für uns ein wichtiger Vorteil sein, wenn die Steuerbehörden endlich einmal zur Einsicht kommen, daß wir vielfach ungerecht die Personaleinkommensteuer zahlen. Da kann man Vorschläge halten, wie man will, man kann das Ziffermaterial bringen, man kann machen, was man will, Ihr habt mit eurer Familie gelebt, heißt es, Ihr habt infolgedessen die Personaleinkommensteuer zu zahlen. Und von diesem Standpunkte lassen sie sich unter keinen Umständen abbringen. Sie rechnen aber nicht, daß wir vielfach unser Vermögen aufzehren und infolgedessen zu einer solchen Steuer nicht verpflichtet werden können. (Leichin: „Das ist der böse Kienböck!“)

Ganz besonders wichtig ist für uns Bauern die Frage, daß wir hauptsächlich großen Mangel an Barmitteln leiden. Wir arbeiten auf unserem Grund und Boden von früh bis spät abends, wir plagen uns, müssen sparsam leben, haben aber wenig Barmittel. Wir konnten uns aber nichts ersparen, das heißt, wir haben sehr geringe Einnahmen, müssen aber eine drückende Verzinsung der Schulden leisten. Die Verschuldung des Bauernstandes ist ja allgemein bekannt, darüber braucht man nicht mehr zu reden. Man braucht ja nur die Verhältnisse bei den Raiffeisenkassen, bei den Sparkassen anschauen, dann muß man zur Überzeugung kommen, daß die Verschuldung des Bauernstandes leider wieder in geradezu erschreckender Weise zunimmt. Ich will von meiner Raiffeisenkasse in St. Ruprecht a. d. Raab sprechen. Allgemein sagt man, St. Ruprecht liege im Paradiese von

Steiermark, im Raabtale, die Gegend ist eine der schönsten und fruchtbarsten, aber trotzdem ist die Verschuldung eine erschreckende. Wir haben bei unserer Raiffeisenkasse nur wenig Einlagen mehr, wohl aber über 300 Millionen Überkredit beim Raiffeisenverband zu leihen nehmen müssen. Das ist ein Beweis dafür, wie die Verschuldung vor sich geht. Früher geht so keiner zur Kasse, um Geld zu leihen, bevor es nicht drängt, da ja die Verzinsung 12 bis 14 Prozent ist. Bei einer derartigen Verzinsung ist es unmöglich, daß der Bauernstand dies auf die Dauer ertragen kann. (Dr. Minarik: „6 Prozent, wie im Frieden, wären recht!“) Trotz Fleiß und Einschränkung der Bedürfnisse ist es vielen Bauern nicht möglich, sich auf ihrer Scholle zu halten. Durch die Schuldenlasten ist es ihm eben ganz unmöglich, diese Verzinsung aus Grund und Boden herauszubringen. Wenn er einmal zur Hälfte oder nicht ganz zur Hälfte verschuldet ist, dann ist es unmöglich, daß er diese Zinsen aufbringen kann. Und, meine sehr verehrten Anwesenden, ich sage euch aus voller Überzeugung, aus innerem Herzen, wenn wir Bauern von der Frühe bis spät nachts arbeiten, uns in jeder Beziehung einschränken, im ganzen Jahre kein Vergnügen mitmachen, die Kleider fünf, sechs und noch längere Jahre tragen und trotzdem sehen müssen, daß wir von unserer Scholle weggehen müssen, dann ist das das Bitterste, was der Bauer erleben kann. Wenn man denkt, die Wirtschaft hat schon der Großvater, der Vater gehabt, ich bin nun schon 20 bis 30 Jahre am Besitz, mit jedem Baum, mit jedem Gerät zusammen verwachsen, und wenn ich dann sehe, daß alles nichts hilft, wenn ich spare, arbeite, um mich zu erhalten, und die Schuldenlast bringt es mit sich, daß ich vom Besitz gehen muß, das ist dann das Schwerste, was uns Bauern überhaupt treffen kann. Wir haben gestern ein Geseß beschlossen, durch welches dem Gewerbestand geholfen werden soll. Ich bin als Gastwirt auch Kleingewerbetreibender und bin überzeugt davon, daß dies notwendig ist. (Bauer: „Abbau des Mieterschutzes!“) Es ist notwendig, daß denen geholfen wird, aber auch für uns Bauern muß eine Aktion eingeleitet werden, daß auch wir ein billiges Geld bekommen. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß das durchgeführt wird, und es wird sicher eine Möglichkeit geben. Ich bin 35 Jahre Bauer, habe 25 Jahre Zinsen gezahlt und bin erst während der Kriegszeit aus dem Schuldenstand herausgekommen. Die Verzinsung war aber damals leicht hereinzubringen, 4 bis 5 Prozent. Unsere Produkte haben damals einen besseren Preis gehabt. Bei welchen Produkten stehen wir aber heute auf der Goldparität? Schweine und Eier, und dann sind wir fertig. Rindvieh steht zum großen Teile unter der Goldparität. Dann muß man auch damit rechnen, daß das Geld heute nicht den Kaufwert hat wie früher. Wenn ich meine Artikel verkauft habe, so kann ich damit nicht kaufen, was ich vor dem Kriege damit kaufen konnte. Ich will nicht lange über die ganze Sache sprechen, ich könnte auch so eine ganze Lifanei heruntersprechen bezüglich Verkauf und Einkauf, aber bitte zu bedenken, unsere Artikel stehen am allerwenigsten auf der Goldparität. Kleider, Schuhe, Eisen,

Mauerziegel, alles, was der Bauer haben muß, stehen schon auf der 30- bis 40fachen Parität. Die Ausgaben sind größer, deshalb ist die Lage des Bauern eine so trostlose, wenn man nicht in der Nähe einer Stadt oder eines größeren Industrieortes seine Wirtschaft hat. Ich muß darauf hinweisen, daß unsere Gebirgsbauern in Ratten, Rettenegg, Gasen, Fischbach für alle ihre Artikel viel weniger bekommen, als in der Nähe der Bahn oder von Industrieorten. Droben wird der Festmeter Holz am Stock mit $1\frac{1}{2}$ bis 2 S bezahlt. Kollege Schlieffener dürfte auch orientiert sein, daß die Preise in entlegenen Orten tatsächlich nicht teurer gezahlt werden. (Schlieffener: „Gewiß!“) Was muß der Bauer Holz verkaufen, daß er etwas einnimmt? Für das Vieh bekommt er auch weniger, weil der Händler sagt, ich muß das Vieh so weit treiben. Das wird alles dem Bauer abgezogen. Umgekehrt muß er seine Bedarfsartikel durchgehends per Kilogramm um 6 bis 8 g teurer kaufen, weil die Zufuhr so viel kostet. Wenn der Bauer für seine Artikel weniger bekommt und für die anderen, die er haben muß, mehr ausgeben muß, so ist es eine dringende Notwendigkeit, daß den Leuten möglichst geholfen werde.

Über Obst- und Weinbau ist von Kollegen Gartner ganz eingehend gesprochen worden. Das Namhafte geschehen ist, ist zu begrüßen. Nur bin ich dafür, daß den maßgebenden Stellen zur Pflicht gemacht werde, die Absatzmöglichkeit für steirische Produkte zu fördern. Ich bin der Ansicht des Herrn Abg. Gartner, wenn das möglichst gefördert wird „Trinkt nur steirische Weine“. Ich möchte noch auf einen Ubelstand aufmerksam machen. Wir müssen gemeinsam die Lasten tragen, insgedessen ist es richtig und gerecht, wenn wir alle zusammenhalten, irgendwelche Einnahmen für bäuerliche Kreise zu erzielen. Ich habe erfahren müssen, daß im Landeskrankenhaus eine ganz bedeutende Menge von Wein verbraucht wird, weil der Arzt den Wein vorschreibt, und daß dieser Wein zum größten Teil nicht in Steiermark eingekauft wird. Ich sage das nicht, weil ich zufälligerweise dem Landwirteverbande angehöre, der die Musterkellereien hat. Es kann sich der Arzt von der Echtheit des Weines volle Überzeugung verschaffen. Ich finde es nicht begreiflich, warum einem solchen Institute nicht der Wein für das Krankenhaus abgekauft wird. Es würde sich der Absatz des Weines bedeutend heben, wenn alle Landesanstalten mit steirischen Weinen beliefert werden würden. Sie könnten den Wein vom Landwirteverbande beziehen, oder zumindest aus steirischen Gebieten, was für die Leute eine Einnahme und für das Land keine Mehrbelastung darstellen würde.

Ich möchte zum Schlusse noch sagen, wir haben heute aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Riegler und mehrerer Herren gehört, daß es wünschenswert ist, daß im Voranschlag für die Förderung der Landwirtschaft, für Entwässerung, für Düngerstätten — es liegen 600 bis 700 Gesuche dort unerledigt — im nächsten Jahre vielleicht noch eine höhere Summe für diesen Zweck eingesetzt werde. Sowohl das Land, als auch die Konsumenten sollen einsehen, daß der Bauernstand eigentlich die

Grundlage des gesamten Staatswesens ist, und daß, wenn es dem Bauern besser geht, auch alle anderen Stände profitieren und es ihnen besser geht. Wenn der Bauernstand sich intensiv anstrengt, möglichst viel zu produzieren, dann wird die wirtschaftliche Lage aller bedeutend verbessert. Ich erhoffe nur dadurch ein Ausblühen der Volkswirtschaft und das möchte ich aus ganzem Herzen wünschen. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Ing. Witzany: Hohes Haus! Es ist zum Kapitel 5 nun schon eine ziemlich reichliche Debatte abgeführt worden. Ich möchte nur einige Bemerkungen dazu machen. Im besonderen ist es aufgefallen, daß seitens der christlichsozialen Partei die Not des Bauernstandes nun auch durch die Ergebnisse der Buchstelle zahlenmäßig nachgewiesen wurde, daß aber gerade von dieser Stelle besondere Beschwerden erhoben wurden gegen die Durchführung unserer Steuergesetze. Wir sind der Meinung, daß diese Partei es in der Hand hätte, die Durchführung der Gesetze durch ihre ministerielle Stelle in Wien zu erzwingen. Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil der Herr Pfarrer Jenz erklärt hat, daß der im Finanzausschusse angenommene Antrag, die Landesregierung wird beauftragt, die Zusammenlegung der Buch- und Betriebsberatungsstelle mit der Abteilung 5 des Amtes der Landesregierung in ernste Erwägung zu ziehen, nicht notwendig sei, weil die Tatsache bestehe, daß diese Stelle an die Abteilung 5 administrativ angegliedert sei. Ich will, weil ich der Antragsteller im Finanzausschusse war, darüber keinen Zweifel lassen, welche Absicht der von uns gestellte und vom Finanzausschusse angenommene Antrag beinhaltet, und stelle daher zu dem Beschlussantrage zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 1, § 13, den Abänderungsantrag, es ist nach dem Worte „die“ das Wort „räumliche“ einzuschalten, so daß der Antrag nun lautet (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, die räumliche Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Buch- und Betriebsberatungsstelle mit der Abteilung 5 des Amtes der Landesregierung in ernste Erwägung zu ziehen.“

Dadurch ist der Antrag vollkommen klar, und der Landtag verfällt nicht in die Gefahr, sich mit einem Antrage lächerlich zu machen.

Präsident: Es ist beschlossen, die Sitzung um 1 Uhr zu unterbrechen bis 3 Uhr. Es wird sich kaum der Mühe lohnen, daß ein neuer Redner das Wort ergreift, weil man nicht vorschreiben kann, daß er nach 10 Minuten seine Rede beendet hat.

Ich gebe bekannt, um 1/3 Uhr hält der Finanzausschuß eine Sitzung ab.

Ich gebe weiters bekannt, daß ich jedenfalls Punkt 3 Uhr die Hausführung eröffnen werde.

Die Sitzung ist bis 3 Uhr unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 50 Minuten unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl um 15 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder und fahre fort in der Behandlung der Tagesordnung: Kapitel 5, Titel 1.

Zum Worte gelangt Herr Abg. G a f.

Gaf: Hoher Landtag! Als langjähriger Tierzuchtereferent der Landesregierung sei es mir gestattet, zu diesem Gegenstande auch einige fachliche Bemerkungen zu machen: Es ist heute schon gesagt worden, daß das Land Steiermark in Bezug auf seine Landwirtschaft hinter anderen Ländern um einige Jahrzehnte zurückstehe, die Zahl der Jahrzehnte ist nicht genau festzustellen; gegenüber Niederösterreich dürften es etwa 30 Jahre sein, gegenüber Norddeutschland können wir mit Fug und Recht annehmen, daß es sich vielleicht um 70 Jahre handeln dürfte, denn anlässlich einer Deutschlandreise nahmen wir zum Beispiel auf der Lüneburger Heide wahr, daß es Schweinezuchtsgenossenschaften gibt, die auf ein Alter von 60 Jahren zurückblicken. Man kann sich vorstellen, daß die dortigen Züchter hochansehnliche Stammbäume haben, die hoch bewertet und gut bezahlt werden. Ein solcher Vorsprung von 50 Jahren läßt sich nicht in wenigen Jahren nachholen, es wird jahrzehntelang wohlüberlegter Arbeit bedürfen, wenn wir das nur annähernd erreichen wollen, was die reichsdeutschen Volksgenossen bereits erreicht haben.

Unsere Fachleute, denen dieser Vorsprung nicht unbekannt war, haben sich nach dem Zusammenbruche sofort bemüht, die reichsdeutschen Errungenschaften bei uns einzuführen. Unsere Bauern wieder haben sich durch den Zusammenbruch nicht abschrecken lassen, unsere durch die Zwangsrequirierung vollständig heruntergekommene Viehzucht wieder hochzubringen, unsere verschiedenen Landwirtschaftsbetriebszweige in Schwung zu bringen. In wenigen Jahren belieferten unsere Bauern bereits wieder die Städte Österreichs mit den notwendigen Lebensmitteln, ja seit einigen Jahren machten sie uns sogar vom Auslande unabhängig. Was im Laufe dieser Jahre geleistet wurde, sahen wir auf verschiedenen Ausstellungen in allen Landesteilen. Die Leobener Ausstellung besuchten sogar ziemlich viele ausländische Gäste, zum Beispiel der polnische Ackerbauminister, dann verschiedene andere Leute von Ruf und Namen. Unter anderen erschien auch der Vertreter des bayerischen Landwirtschaftsministeriums Ministerialrat Dr. Hofmann, einer der bekanntesten Tierzuchtsfachleute des Deutschen Reiches. Diesen fragte ich, wie ihm die Leobener Ausstellung gefalle, worauf ich die urbajuwarische Antwort erhielt: „Ihre Leute sollten noch nicht Ausstellungen veranstalten, sondern zuerst Ausstellungen besuchen.“ Das war ein vernichtendes Urteil für uns, da wir wußten, daß die obersteirischen Genossenschaften sich wirklich angestrengt und das Beste gebracht hatten. Diesem schrecklichen Urteile folgte aber sofort ein zweiter Satz diesen Inhaltes: „Ich bin mit offenen Augen durch Ihr Land gefahren und habe aus dem Zuge herausgesehen und mir gedacht, um Gotteswillen, ein so vernachlässigter Boden, was werden die Steirer für eine klägliche Viehzucht haben. Ihre Leute müssen aber vorzügliche, tüchtige Züchter sein, wenn sie mit so vernachlässigtem Futterbau noch eine so ansehnliche Viehzucht auf die Beine bringen.“ Dieses Urteil, das an sich hart war, andererseits aber eine Anerkennung für unsere Züchter ausdrückt, gibt

uns den Mut, auf der einmal betretenen Bahn weiterzuschreiten.

Schon im Jahre 1919 haben wir uns gesagt, es nützt uns gar nichts, teure Edelrassen einzuführen und damit nach den Erfahrungen berühmter Züchter weiterzuzüchten, solange es uns noch an den notwendigen und geeigneten Futtermitteln fehlt. Daher haben wir zuerst von unten angefangen und uns bemüht, in Tausenden von Vorträgen unsere Landwirte auf die Notwendigkeit einer modernen Düngewirtschaft aufmerksam zu machen. Wir haben die Düngestättenaktion eingeleitet, in Hunderten von Versammlungen wurden über den Gegenstand Vorträge gehalten, und es hat sich auch ein erfreulicher Erfolg gezeigt. Im ersten Jahre haben sich in ganz Steiermark nur acht Besitzer gemeldet, trotz eines zugesicherten Beitrages von 30 Prozent der Baukosten, heute haben wir ungefähr 600 Besuche im Tierzuchtamt liegen, die der Erledigung harren. Ich freue mich darüber, daß diese Einsicht Platz gegriffen hat, und es würde mich noch mehr freuen, wenn die Ansuchen in noch vermehrter Zahl, nach Tausenden, kommen würden, denn dann könnten wir hoffen, daß unser Futterbau soweit fortschreitet, um auf Grund dessen eine entsprechende Viehzucht aufrichten zu können.

Leider müssen wir noch immer die Wahrnehmung machen, daß sehr viele Besitzer weitaus zu viel Vieh haben, zu viel Schweine, Rinder, überall zu viel im Verhältnis zu den vorhandenen Futtermitteln. Daraus ergibt sich ein sehr unangenehmer Zustand. Die Haustiere werden dadurch notgedrungen zu einer Art Hungerkünstler ausgebildet. Wenn diese Tiere wenigstens so selten wären, daß man sie in einem Zirkus ausstellen könnte, wäre damit etwas anzufangen, aber leider Gottes kommen sie in großer Überzahl vor und schädigen den Bauern außerordentlich. Es ist dabei einmal ein Wort geprägt worden von dem berühmten Lodenhut, der schon jahrelang kein Futter hat, aber dabei von Jahr zu Jahr doch fetter wird. Das ist aber nur auf Jägerhüte anwendbar, nicht auf Viehbestände, bei denen infolge von Unterernährung leicht Infektionskrankheiten auftreten. Die Leberegelseuche des letzten Jahres hat sich gerade infolge dieser Unterernährungerscheinungen, die in weiten Gebieten zur Regel gehört, erst so traurig ausgewirkt. Die noch gefährlichere Tuberkulose richtet unter unseren Rinderbeständen aus der gleichen Ursache ebenfalls schwere Verheerungen an. Die Leberegelseuche ist an und für sich nicht so etwas Schreckliches. Im Ennstale haben wir Jahr für Jahr damit zu tun, die Leute berufen dagegen einfach den Tierarzt, weil sie wissen, daß eines der wichtigsten Vorbeugungsmittel die gute Fütterung, der entsprechende Nährzustand des Viehes ist. In diesem Zustande wirken die Heilmittel verlässlich, bei abgemagertem Vieh versagen sie. Aber bei uns, wo wir in weiten Landesteilen auf 12 Joch Grund 12 Stück Vieh antreffen, sind diese 12 Stück zu Krankheiten und Seuchen förmlich verurteilt.

Aus dem einen Beispiel ersehen wir, daß trotz Tausenden von Vorträgen noch immer nicht die notwendigen Kenntnisse allgemein verbreitet sind. Tier-

ärzte und Wanderlehrer, besonders auch die Wanderlehrer des Pflanzenbauinspektorates, müssen immer wieder in landwirtschaftlichen Kreisen auf die allerwichtigsten Erfordernisse hinweisen, damit die Leute ihre Wirtschaft in die Höhe bringen und nicht immer bloß die Landesregierung oder weiß Gott wen verantwortlich machen, anstatt sich selbst zu fragen, ob sie nicht etwas verabsäumt haben, was sie selber nachtragen müssen.

Nach der Düngestättenaktion haben wir ein Tierzuchtamt geschaffen und damit die gesamte Tierzucht des Landes erst auf eine entsprechende Grundlage gestellt. Es sind seither fünf Jahre verstrichen, und schon sehen wir, daß das Landestierzuchtgesetz seine segensreiche Wirkung entfaltet. Dort wiederum, wo unsere Landwirtschaft am meisten fortgeschritten ist, im Ennstale, sehen wir, daß sich durch die Einwirkungen des Gesetzes die Tierzucht beinahe verdoppelt hat. Wir haben durch die verbesserte Tierzucht wahrhaftig eine großartige Wiederbestellungsaktion eingeleitet, die tatsächlich auf derselben Grundfläche dem Besitzer eine weit größere Einnahme schafft, denn nicht die Grundfläche allein macht es, sondern das Endergebnis, was einer aus dem Grund und Boden herauswirksam ist. Nun hat man mit diesem Tierzuchtgesetz nicht nur die rassenmäßige Zucht und Viehhaltung verbessert, sondern auch die Tierzuchtgenossenschaften soweit gestärkt und gehoben, daß sie heute schon ausnahmslos auf Leistungsprüfungen übergehen, und die Genossenschaften von den Besitzern verlangen, daß zu wenig leistende Tiere auszuschalten sind. Auf diese Weise werden zum Beispiel Kühe, die zwar unmittelbar nach der Geburt mit 17 oder 18 Liter Milch einsehten, aber rasch verjagen, trotz guter Anfangsleistung dennoch ausgemerzt. Das sind die Vorteile des Tierzuchtgesetzes, und ich erlaube mir zu bemerken, daß Nachbarländer schon nun dieses nachzuahmen wünschen.

Gleichzeitig mit diesen Förderungsmaßnahmen habe ich es immer auf mich genommen, vor den Gefahren der Überproduktion zu warnen, nicht erst, als die Überproduktion schon da war, sondern schon in der Zeit der Not. Heute steckt die Landwirtschaft bereits in dieser Überproduktion drinnen, heute hört man von allen Seiten, wohin mit dieser Überproduktion? Was soll man für Hilfsmittel vorschlagen? Ich habe in meinen Versammlungen wiederholt gefragt, warum das Kraut so billig sei? Weil alle Kraut anbauen! Würde nur ein Drittel der Bauern Kraut anbauen, so würde das Kraut wahrscheinlich ebenso teuer bezahlt werden, wie der Spargel. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern ich erinnere an ein Wort des Herrn Bundespräsidenten Hainisch, der mit seiner berühmten Kuh, namens Bela, an der Spitze der Milchproduktion schreibt. Bei der Brucker Rinderprämierung hat der bekannte Murbodner Viehzüchter Roman Neuper zu Dr. Hainisch wörtlich folgendes gesagt: „Wir Murbodner Züchter bemühen uns, das möglichste zu leisten, leider Gottes, Herr Präsident, sind wir noch nicht so weit wie Sie mit Ihren Montafonern!“ Worauf Dr. Hainisch antwortete: „Lieber Neuper sind wir froh, daß es noch nicht so weit ist, sonst müßten wir die Milch

in die Mur rinnen lassen." Alles, wovon zu viel vorhanden ist, sinkt im Werte.

Ich habe schon gesagt, daß alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, mit Ausnahme von Holz, Heu und gutem alten Wein, an dem einen Übelstand krankten, daß sie dem leichten Verderben unterliegen. Jede Ware, die mit diesem Fehler behaftet ist, muß rasch verkauft werden; sie läuft förmlich dem Käufer nach, wodurch sie im Preise noch viel rascher sinkt. Drahtstiften oder Barchent sind in 6 Monaten oder 3 Jahren noch immer Drahtstiften oder Barchent, während Milch und Butter nur kurze Zeit Milch und Butter bleiben. Wenn man sie eine gewisse Zeit in genießbarem Zustande bewahren will, bedarf man der Konservierungsmethoden, die aber sehr teuer sind. Infolgedessen muß man vor der landwirtschaftlichen Überproduktion dringend warnen, wenn man die Milchüberschwemmungsgefahr der Vorkriegszeit nicht vergessen hat. Ich erinnere mich nämlich, schon im Jahre 1914 beängstigende Klagen über Milchüberfluß in Wien gehört zu haben, in dieser großen, aufnahmefähigen Stadt, obwohl dort schon vor dem Kriege zwei große Molkereien, bestens eingerichtet, arbeiteten und trotzdem nicht mehr wußten, wohin mit diesem Milchüberfluß. Ich habe auch wiederholt in Versammlungen und im Finanzausschusse den Vorschlag gemacht, eine Anzahl der führenden Landwirte in Wien zusammenzubringen, sie vor eine Landkarte zu setzen und sie zu bewegen, mit Fahnen und Stecknadeln abzustecken, aus welchen Gegenden es sich noch lohnt, Milch in die Verbrauchsorte zuzuführen, denn es lohnt sich zweifellos nicht, aus weiß Gott welchem Graben Milch auszuführen. Diese Verhältnisse lassen sich aber leicht feststellen.

Das, was ich sage, ist nicht auf meinem Mist gewachsen. Ich würde mich hüten, auf einem so wichtigen Gebiete als Erfinder aufzutreten. In Deutschland sagt man: Ja, wer wird denn Wasser mit der Bahn verfrachten? Es ist bekannt, daß die Milch vom Euter weg 90 Prozent Wasser enthält. Wenn ich also 100 Wagen Milch, meine wegen vom Ennstal nach Wien, verfrachte, so zahle ich für 90 Wagen Wasser die Milchfracht. Das ist doch wahrhaftig eine Überflüssigkeit, weil man doch annehmen darf, daß das Wasser durch die Enns kostenlos „von eahm selber“ nach Wien hinabfließt.

Es wäre zu raten, sich in so ausgedehnten Tälern, wo so große Mengen Milch erzeugt werden, auf die Butter- und Käseproduktion zu werfen und damit jene großen Butter- und Käsemengen bereitzustellen, ohne die man die dänische Konkurrenz nicht aus dem Felde schlagen kann. Es hilft nichts, zu schimpfen, daß um 300 Millionen Kronen dänische Butter eingeführt wird. Dagegen hilft auch ein Zollgürtel allein nicht viel, man muß vor allem dieselbe Menge in derselben Güte im Lande selber bereitzustellen. Damit machen wir die dänische Buttereinfuhr von selbst entbehrlich, abgesehen davon, daß wir infolge unserer würzigen Almgräser weitaus bessere und wohlschmeckendere Butter erzeugen können, als die Dänen. Wenn auch die Norddeutschen und Dänen ein Futter erzeugen, das

viel gehaltvoller und reicher an Nährmitteln ist, so ist es nicht so wohlschmeckend wie das Alpengras, schon deshalb, weil im Norden an der Meeresküste viel reichlichere Niederschläge niedergehen und deshalb das Heu nur schwer in gutem Zustande einzubringen ist.

Nun können aber nur Genossenschaften große Buttermengen anliefern. Wir haben uns bemüht, auch kleine Milchwirte dazubringen, Butter nach Wien zu liefern. Aber den Buttergroßhändlern, die die steirische Butter zwar loben, sind Mengen von 25 kg wöchentlich viel zu geringfügig. Großhändler können sich nur mit Waggonlieferungen abgeben. Wenn ein Großhändler mit tausend kleinen Lieferanten abrechnen wollte, so müßte er einen ganzen Stab von Korrespondenten anstellen, was eine Heidenschreiberei verursachen würde und viel Geld kostet. Es ist begreiflich, daß heute ein Geschäftsmann, der ohnehin genug Regien hat, seine Regien zu drosseln sucht und lieber mit einer großen dänischen Genossenschaft abschließt, von der er jede Menge zu jeder Zeit erhält, auch auf Kredit. Dadurch kann er auch sein Bureau auf das allermindeste Maß zusammenschrumpfen lassen.

Nun wird man mir erwidern, daß wir in der Steiermark doch auch Genossenschaften haben. Das stimmt. Sie versuchen sogar, dieselben Arbeiten zu übernehmen, wie die Dänen. Leider aber haben unsere Genossenschaften einen großen Nachteil. Sie sind noch jung oder diejenigen, die schon vor dem Kriege entstanden sind, haben eine böse Kriegs- und Nachkriegszeit hinter sich. Alle aber leiden an dem Mangel an Betriebsmitteln.

Wie ich höre, müssen sie nun, wenn sie größere Mengen an Butter und Käse vorrätig halten, diese Vorräte gegen hohe Zinsen belehnen lassen. Das ist natürlich weder für die Zulieferanten, noch für die Verbraucher in der Stadt von Vorteil. Daher müssen wir unsere Genossenschaften mit den nötigen Betriebsmitteln ausstatten, denn es ist sowohl für Verbraucher als auch für Erzeuger höchst notwendig, daß die entsprechenden Vorräte an Käse und Butter vorhanden sind. Das ist in anderen Ländern auch genau so notwendig.

Es ist besser, wir reden vor der Öffentlichkeit darüber und verlangen das, was allen zum Vorteil dient. Denn auch die großen Schweizer und holländischen Käseereien können nicht anders bestehen als dadurch, daß sie Käse in entsprechenden Mengen vorrätig halten. Man braucht nur an die oberitalienischen Käseereien zu denken, die den Trocken- und Reibkäse erzeugen, welche drei Jahre lang liegen müssen.

Ich stimme mit Herrn Kollegen Thoma darin vollkommen überein, daß wir unser Gastgewerbe viel besser heranziehen sollten, um der Überproduktion entgegenzuarbeiten. Er hat gesagt, daß man in Holland zum schwarzen Kaffee sofort sein Schlagobers bekommt. Ich habe mich in Gastgewerbesitzungen wiederholt dafür eingesetzt, es möge in Österreich jedem Gast ohne Bestellung sein Deka Butter verabreicht werden wie im Ausland. Das ergäbe einen riesigen Mehrverbrauch an Butter.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß einer unserer Hauptabnehmer und Verbraucher

der Fremdenverkehr ist, weshalb die Landwirtschaft an dem Blühen des Fremdenverkehrs ganz hervorragend interessiert ist.

Wenn jemand es nicht glauben sollte, daß es einmal zum Überfluß an Käse kommen kann, so will ich Ihnen ein Reiseerlebnis aus der Schweiz erzählen. Wir haben dort anlässlich einer Bauernreise mit verschiedenen Bauern über die Entwicklung der Genossenschaften gesprochen und haben den Bauern mitgeteilt, wie sich diese in Osterreich entwickeln, worauf uns ein alter Bauer auf eines aufmerksam gemacht hat: „Seid vorsichtig, ja nicht überfürzt arbeiten, sonst könnt Ihr in die größten Schwierigkeiten geraten.“ Und dieser biedere Schweizer Bauer hat uns unter anderem erzählt, wie vor einigen Jahrzehnten in der Schweiz eine solche Überproduktion an Käse entstand, die eine schwere wirtschaftliche Krise verursachte. Nur dadurch, daß die Nationalversammlung unter dem Eindrucke einer sehr patriotischen Rede beschlossen hat, jedem Soldaten 10 dkg Emmenthaler täglich nachmittags zuzuweisen, nur dadurch ist damals der Schweizer Inlandsverbrauch gesteigert und der Absatz des übermäßig vorhandenen Käses erzielt worden.

Schuld an dem geringen Verbrauche ist bei uns auch das geringe Einkommen sowohl der Arbeiter als auch der Angestellten, nicht nur der öffentlichen, sondern aller Angestellten. Ich will hier keine Werberede halten, um nicht in den Verdacht zu kommen, meine eigene Lage aufbessern zu wollen. Aber weil ich von meiner eigenen Lage spreche, kann ich mitteilen, daß die Beamtenfamilien heute noch nicht die Hälfte jener Milchmenge verbrauchen, die vor dem Kriege verbraucht worden ist. Ich meine, man sollte Beamtengehaltsfragen oder Arbeiterlohnfragen nicht bloß etwa unter dem Gesichtswinkel der reinen Geldfrage betrachten, sondern nach dem Gesichtswinkel des Amerikaners Henry Ford, daß nämlich schließlich und endlich ein entsprechend höherer Lohn oder Gehalt auch einen weit größeren Verbrauch zur Folge hat.

Unsere Milchwirtschaft wurde auch, glaube ich, künstlich ein bißchen gar zu schnell in die Höhe getrieben. Wir merken das, wenn wir die Pferdezücht betrachten, die einen wichtigen Bestandteil der Landwirtschaft darstellt. Die Pferdezücht ist in den letzten Jahren um 5000 Stuten zurückgegangen. Was wird an diese Stelle getreten sein? Wahrscheinlich auch Milchkühe. Der Rückgang der Pferdezücht entstand unter der Einwirkung des erhöhten Zolles nach Deutschland, der da plötzlich auf 600 Mark für das einzelne Stück erhöht worden ist. Die Pferdezücht lohnte sich infolge dieses Zolles nicht mehr.

Es läßt sich denken, daß 5000 Kühe mehr eine bedeutende Zunahme der Milchproduktion zur Folge haben. Derlei Feststellungen allein nützen aber noch nichts. Wir haben sofort, und wir müssen es dankend anerkennen, mit Hilfe des seinerzeitigen reichsdeutschen Generalkonsuls Müller versucht, um gegen diesen riesig hohen Zoll anzukämpfen. Es ist uns dann mit viel Schreibereien und reichlichem Hin und Her gelungen, zu einer Art Vorzugsstellung zu kommen, und zwar zu einem Zoll von 150 Mark. Der

war auch noch unerschwinglich, und wieder nach langen Versuchen und Beratungen gelang es uns, eine bayrisch-österreichische Pferdezüchtgenossenschaft zu gründen. Und nun tritt mit dem Bestande dieser Genossenschaft der Vorteil ein, daß wir österreichische, also auch unsere steirischen Zuchtperde, soweit sie amtlich und genossenschaftlich als rein norische, genossenschaftliche Zuchtergebnisse anerkannt sind, um einen Stückzoll von nur 20 Mark über die reichsdeutsche Grenze hinausführen können. Das bedeutet das Wiederaufleben der steirischen Pferdezücht in Gebieten, die sich dafür eignen, sowie auch eine Art Einschränkung der Milchüberproduktion in diesen Gebieten. Daß aber die Aussichten für unsere norische Pferdezücht damit auch dauernd gebessert werden, dafür sorgen die Bayern, die in ihrem ganzen Lande zur norischen Pferdezücht übergehen und uns ein Absatzgebiet bis Mitteldeutschland eröffnen.

Wir haben auch gute Erfahrung mit dem bayrisch-österreichischen Rinderzüchtverbande gemacht, der die Pinzgauer Rassezücht pflegt. Auf Grund dessen haben wir auch diese gemeinsame Aktion eingeleitet, die sich bereits sehr schön zu bewähren beginnt. Schon sind vor einigen Monaten bayrische Pferdezüchter im Ennstal und am Murboden erschienen und haben eine Anzahl von Zuchstuten um gute Preise angekauft. Wir sollen diese Bestrebungen mit allen Mitteln unterstützen, weil sie uns die Ausfuhr nach Deutschland erleichtern, unsere Pferdezücht wieder auf die Beine bringen und uns dadurch auch ein kleines Mittel an die Hand gegeben ist, die Milchüberschwemmung zu verringern. Wir haben in Deutschland anlässlich einer Reise mit einer gewissen Freude wahrgenommen, daß unser Pinzgauer Pferd als Arbeitspferd bis in die Gegend von Bremen anzutreffen ist, was kein Mensch von uns für möglich gehalten hätte. Wir haben nichts als Lob darüber gehört und eine Reihe von Bauern hat sich unsere Adresse aufgeschrieben und hat sich erkundigt, ob solche Pferde in größerer Anzahl in Osterreich zu haben wären. Sie seien außerordentlich gut, hart, widerstandsfähig und genügsam.

Wir haben da erkannt, daß wir doch ein bißchen Reklame machen müssen. Vor kurzem hat das deutsche Konsulat eigene Reklamewerbeblätter der belgisch-rheinischen Pferdezücht in Steiermark verteilt mit einer Menge von Photographien, das Pferd vor dem Möbelwagen, das Pferd vor dem Pfluge usw. So machen es die Reichsdeutschen. Die nehmen sich die Mühe, von Köln nach Graz und in die ganze Welt Werbeblätter zu versenden. Sie haben sich auch die Mühe genommen, einen von der spanischen Regierung abgehaltenen Hengstenmarkt in Madrid zu beschicken, während wir bei uns erst etwas davon erfahren haben, als der Markt schon längst vorüber, und damit auch die Gelegenheit vorüber war, mit unseren Zuchtpferden im Auslande Fuß zu fassen. Ich habe oft verlangt, die gleiche Reklame zu machen. Durch das Einkommen mit den Bayern sind wir nun so weit, daß wir durch ihre Mithilfe ein Absatzgebiet für unsere uralte und berühmte Zucht erreichen können. Aber ein bißchen müssen wir dazu beitragen, daß wir ein so gutes Produkt bekanntmachen. Man muß ja sogar für

seine eigene, wenn auch noch so schöne Tochter, wenn man sie verheiraten will, Reklame machen, man lobt sie, kleidet sie schön, muß ihr auch die Zähne noch plombieren lassen und erzählt allen Bekannten, daß sie gut kocht und sparsam ist.

Wir sind aber beinahe so weit, daß wir unsere eigenen Produkte zuerst verschimpfen. Bei uns werden Sie Tausende von Leuten finden, die sagen: Das Pinzgauer Pferd sei einen Schmarrn wert, der Belgier sei viel besser. Es gibt genug Österreicher, die so wenig der Wahrheit die Ehre geben. Alles Ausländische gefällt ihnen besser.

Noch etwas über Pferdezüchtung. Ich habe während einer Bahnfahrt zu meinem Erstaunen erfahren, daß die reichsdeutsche Regierung bei uns angefragt hat, ob wir imstande wären, 3000 Pferde jährlich zu liefern. Ich fragte sofort: „Was habt ihr geantwortet?“ Selbstverständlich lautete die Antwort, daß man sie in Österreich nicht haben könne, wir kaufen sie selbst aus Bosnien. Das geschah zur selben Zeit, als wir in Österreich die Futter, die halbjährigen Fohlen, beinahe ausnahmslos haben abstecken müssen, weil sie damals unverkäuflich waren.

Ich muß bei der Gelegenheit noch auf einen Fehler aufmerksam machen, der leider bei unseren Züchtern unterläuft. Wir wünschen selbstverständlich heimische Zuchtprodukte vor allem in der Steiermark selbst unterzubringen. Wir haben zunächst Mühe, Käufer zu finden. Im entscheidenden Augenblick kriegt man aber nichts zu kaufen. Ich kann Ihnen einen großen Montafoner Züchter nennen in der Obersteiermark, der gerne auf die Murbodner Zucht überginge, aber wenigstens 40 Stück gute Milchkühe braucht. Es war nicht möglich, ihm auch nur 10 Stück aufzutreiben. Das ist ein Fehler und dagegen ist wenigstens vorläufig noch nichts zu machen. Das sage nicht nur ich, sondern auch Herr Ökonomierat Roman Neuper, der berühmte obersteirische Züchter hat es wiederholt auf Prämierungen betont. Die Züchter müssen vor allem die notwendige Anzahl von Kalbinnen und frächtigen Kühen bereitstellen.

Wir haben uns bemüht, Jugoslawen heraufzubringen, damit sie von uns kaufen. Wenn sie von uns Zuchtprodukte übernehmen, werden wir unseren Bauern leichter einreden können, daß wir von untern Fettschweine einführen müssen. Man kann nicht immer kaufen, man muß auch verkaufen. Die Jugoslawen kommen schon herauf. Sie haben in Neumarkt voriges Jahr 33 Stück Stiere gekauft und gut bezahlt. Sie würden wiederum kommen. Den Kommissionen, die eine größere Anzahl einkaufen wollen, muß man aber eine schöne Garnitur zeigen, daß sie etwas zum Auswählen haben. Da müssen unsere Landwirte so weit gebracht werden, daß genügend Kühe und Kalbinnen verfügbar sind.

Bei diesem Gegenstande können wir auch über die weststeirischen Verhältnisse nicht hinweg. Die Weststeiermark ist ein Kapitel für sich, und zwar durch ihre eigene Bodenbeschaffenheit, sie ist ein Schottergebiet. Wenige Tage der Trockenheit genügen, um eine schwere Futternot hervorzurufen. Wollen wir nun die

Weststeirer veranlassen, nur österreichische Erzeugnisse der Viehzucht, Kühe oder Magerochsen einzukaufen aus dem Ennstal, aus Salzburg oder aus Vorarlberg, so werden sie erstens auf die höheren Frachtkosten hinweisen und zweitens darauf, daß sie gewöhnt sind, aus dem Windischen zu kaufen, wie dies ihr Vater und Großvater auch schon getan hat.

Ich habe schon gesagt, der Boden ist schotterig, jede Trockenheit ruft Futternot hervor. Die weststeirischen Wirtschaften sind zumeist klein, die Besitzer müssen ihre Kühe einspannen, können vor allem keine verwöhnten Stücke brauchen und außerdem sind diese kleinen Bauern nicht sehr geldkräftig. Kommt nun ein Stück Vieh aus der Obersteiermark, ans beste Heu, an gute Pflege gewöhnt, in die Weststeiermark, so wird die Enttäuschung für beide Teile nicht ausbleiben. Erstens für die Kuh und zweitens für den Käufer.

Wenn aber die Kühe aus dem Windischen aufmarschieren, vielleicht voller Läuse, an Hunger, mageres Futter gewöhnt, so stußen sie plötzlich, denn sie geraten in bessere Verhältnisse. Hier nehmen sie rasch auf und die weststeirischen Bauern verkaufen diese Tiere gern und bald mit einer Gewichtszunahme von 50 oder 100 Kilogramm vorteilhaft weiter. Wie wir die Weststeirer daran gewöhnen sollten, in der Steiermark oder in Salzburg zu kaufen, weiß ich nicht. Sicher ist eines, daß einzelne Bestellungen von einem gewissen Erfolg gekrönt waren. Auch die Rindviehzuchtgenossenschaften der Weststeiermark beleben sich langsam.

Es wäre in diesem Zusammenhange noch auf folgendes aufmerksam zu machen: Wollen wir die Milchüberschwemmung verhindern, dann dürfen wir gewissen entlegenen Gebirgsbauern nicht die Ochsenzucht und Mast oder die Jungstiermast, wie sie in der Oststeiermark vor dem Kriege betrieben worden ist, mit allen Mitteln austreten. Es gibt eben gewisse Gegenden, wo sich das besser bewährt. Ein Rezept für alle Bauernwirtschaften gibt es nicht. Man muß die Erfahrung mitsprechen lassen. Ich habe zum Beispiel in der Obersteiermark erfahren, daß in der Nähe sehr großer, aufnahmefähiger Verbrauchsorte, wie zum Beispiel die Veitsch einer ist, die Bauern, die 4, 5 Stunden weg von der Fabrik hausen, auf die Milchzulieferung verzichtet haben, weil sie sagen, der Zeitverlust hin und zurück sei zu groß und sie sehen sich daher mit der Ochsenmast besser hinaus als mit der Milchlieferung.

Es ist gut, daß nicht alle daselbe betreiben. Man soll verschiedenen Leuten Verschiedenes machen lassen. Ich sage, nicht nur Bauernreisen nach Deutschland soll man veranstalten, sondern auch Abgeordnetenreisen, damit sie ein Bild von den Verhältnissen draußen bekommen. Da würden sie sehen, daß heute in vielen Gegenden Deutschlands die Bauern teilweise schon Gärtner geworden sind. Ein Beweis dafür ist die Dortmunder Ausstellung, die im heurigen Jahre bäuerliche Glashäuser gezeigt hat. Wer hätte sich das gedacht, Bauern und Glashäuser! Man war immer der Meinung, das sei nur etwas für die Aristokraten, Palmen, Zitronen und solche Sachen, riesenhafte Glaspaläste, große Eisenkonstruktionen. Nun sind natürlich die bäuerlichen Glashäuser etwas niedriger berechnet. Man baut sie

so niedrig, daß Wärme erspart wird. Der Bauer erzeugt dort nicht etwa Gurken im August, sondern halt im Februar, wenn sie ein bißchen mehr kosten. Es hat auch nicht jeder Geschick für die Gärtnerei, wie nicht jeder Geschick zum Pferdezüchten hat; oft spielt die Erfahrung des Vaters und Großvaters mit, wo diese nicht da ist, muß der Betreffende eben erst Lehrgeld bezahlen. Es können ja nicht alle vom selben Erwerbe leben, es gehört schon auch Einteilung dazu und sogar ein bißchen systematische Einteilung, Überlegung mit dem Bleistift. Wie oft haben wir in Deutschland das bittere Wort vom reichsdeutschen Bauern gehört: „Ja, steirische Bauern, habt Ihr keinen Bleistift in Eurem Lande?“ Man hat, ich muß es beinahe mit einer gewissen Enttäuschung gestehen, leider Gottes bei uns viel zu wenig mit dem Bleistift gearbeitet. Sehr wichtig ist auch, von den Reichsdeutschen die Betriebsweise kennen zu lernen, wie sie den letzten Abfall in der Landwirtschaft noch verwerten. Ich habe im Finanzausschuß gesagt, eine moderne Milchwirtschaft ist undenkbar ohne moderne Schweinezucht. Wir haben ja große Molkereien errichtet. Herr Wg. Thoma hat erzählt, wie schwer es ist, eine solche Molkerei dann endlich lebensfähig zu machen, welche Mühe dazu gehört, die ganze Bevölkerung einer solchen Gegend daran zu gewöhnen, molkereimäßig zu liefern und wenn alles vorhanden ist, muß dann auch noch zur Verwertung des Abfalles, der Molke, eine geeignete Schweinezucht eingerichtet werden. Die Mastmittel liefert die Molkerei in Gestalt der Molke. Nun ist es nicht alles eins, bei welchen Tieren ich diese Molke verwende. Habe ich Ferkel, die mit 3 Monaten 40 Kilogramm wiegen, im ungemästeten Zustande, dann werden die Mastergebnisse anders aussehen, als wenn man ein Verreckel mit 7, 8 oder 12 Kilogramm zu mästen anfängt.

Diese Berechnungen haben auch die reichsdeutschen Genossenschaften dazu geführt, eine Auslese aus ihren Zuchtbeständen zu treffen. Das deutsche Landschwein unterscheidet sich von unseren Rassen in gar nichts, es ist das mitteleuropäische Schwein, das vor 1000 Jahren auch schon da war, nur ist es bei uns degeneriert, während sie draußen im Reiche die Blutlinien sorgfältig auserlesen haben und nur auf Fleischwüchsigkeit, Raschwüchsigkeit hin, züchten. Das könnten wir mit unseren Rassen auch machen, aber wir würden vielleicht erst in 30, 40 Jahren so weit kommen und solange können wir nicht warten.

Deswegen mußte jede einzelne Bauernreise dazu benötigt werden, ein, zwei oder mehr Waggon Zuchtschweine in das Land hereinzubringen, um hier damit einige Zuchthöfe aufzustellen. Das genügt uns natürlich noch nicht; wir müssen weiterarbeiten und schauen, daß wir eine Schweinezuchtgenossenschaft bekommen, die endlich systematisch und nach gewissen Plänen weiterzuarbeiten hätte. Das wird eine Ergänzung unserer Milchwirtschaft ergeben und damit wir nicht bloß ein gutes Zuchtmaterial, sondern auch fähige und geeignete Züchter erhalten, habe ich mir erlaubt, dem hohen Hause einen Antrag zu unterbreiten, betreffend

Errichtung einer Lehranstalt für Schweinezucht nach dem Muster von Berlin-Ruhlsdorf. (Riemer: „Bravo!“)

Diese Schule ist einzigartig musterhaft eingerichtet und es ist mir nur mit vieler Mühe und großer Perfektion gelungen, zwei Steirer dort unterzubringen zu dem Zwecke, daß sie den viermonatlichen Kurs mitmachen und danach in die Heimat als Schweinezuchtlehrer zurückkehren. Die Direktion dieser Schule teilt aber mit, daß sie nunmehr keine Schüler mehr aufnehmen könne, sie habe keinen Platz mehr. Sie werden einsehen, daß wir in Österreich eine solche Anstalt errichten müssen, erhalten wird sie sich spielend aus eigenen Mitteln. Bei einer Schule, die zum Beispiel als Genossenschaft m. b. H. betrieben wird, gibt es selbstverständlich keine Gehälter, wenn keine genügenden Einnahmen vorhanden sind. Dafür können unter Umständen auch sehr hohe Einnahmen einlaufen.

Ich möchte nun eine andere Frage aufwerfen. Welche Aussichten hat die Schweinezucht bei uns? Sollen wir unseren Besitzern raten, sich der Schweinezucht zu widmen oder wird da auch ein Krach entstehen? Ich bin kein Prophet, aber ich sehe, daß in den Städten die Selchereigeschäfte zunehmen, mit großem Luxus ausgestattet sind und daß gerade die Selchereien den Fleischhauer weit überflügeln. Wenn sich die Rindfleischhauer nicht in absehbarer Zeit in Selcher umwandeln, so werden sie zugrunde gehen.

Das ist zum großen Teil darin begründet, daß sich auch die städtischen Haushalte in Umänderung befinden. Viele Frauen, die sich früher nur dem Haushalte, dem Kochen und Erhalten der Wäsche gewidmet haben, sind heute in einem Berufe tätig und können sich nicht in eine lange Kocherei und Braterei einlassen. Ihre Arbeitskraft ist zu kostbar, sie müssen sich anderen Obliegenheiten widmen und der Herr Gemahl wird eben bescheidener werden, nach dem Beispiele von Holland und England.

Dort verzehrt der Herr Gemahl, wenn er zu Mittag nach Hause kommt, Tee mit Wurst und Butter und erst abends um 5 oder 6 Uhr bekommt er etwas Ausgiebigeres. In vielen unserer Haushaltungen gibt es keine Dienstmoten mehr oder sie wechseln sehr häufig oder sind mit der Kochkunst nicht genügend vertraut. Wie man die Kleider fertig einkauft, so wird man sich nach und nach auch angewöhnen, das Essen fertig zu kaufen und daher glaube ich, daß letzten Endes die Selchereien und Wurstfabriken einen sehr großen Aufschwung nehmen und das Rindfleischkochen, weil es mühselig und kostspielig ist, immer mehr in den Hintergrund geraten wird.

Ich glaube, wir können den Landwirten ohneweiters anempfehlen, gerade diesen Zweig besonders zu fördern. Nun haben wir auf dem Gebiete der Schweinezucht schon recht ansehnliche Erfolge. Ich habe mitgeteilt, daß die großen steirischen Fleisch- und Wurstfabrikanten bereits 60 Prozent ihres Bedarfes an Fleischschweinen im Inlande decken können, während sie noch vor 2 Jahren ihren ganzen Bedarf aus Dänemark, Polen und Deutschland bezogen.

Ein weiterer Erfolg ist der, daß wir in einzelnen Teilen unseres Landes bereits das Ziel von landwirt-

schafflichen Ausflügen aus Ober- und Niederösterreich geworden sind, daß wir im Ennstale bereits Bauern aus Ober- und Niederösterreich begrüßen konnten, die freudigst die Erfolge in diesen Landesteilen in Augenschein nahmen und voll des Lobes über das Gesehene waren. Wir können sagen, in den 9 Jahren seit dem Umsturz ist manches geschehen, aber nun dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen und meinen, es sei damit schon genug.

Das ist erst der Anfang und wenn jemand von uns an den Anschluß an Deutschland denkt, so wiederhole ich, es möge sich ja jeder genau und gewissenhaft auf diesen Anschluß vorbereiten, daß er nicht eine schwere Enttäuschung erlebt mit diesem Anschlusse. Obwohl wir Obersteirer also jetzt sogar schon zum Ziel von Studienreisen geworden sind, kann ich nicht umhin, wiederholt zu ermahnen, daß recht viele Landwirte nach Deutschland reisen möchten, um sich zu überzeugen, was auf diesem Gebiete noch geleistet werden könnte. Ein reichsdeutscher berühmter Züchter Herr Dr. Ohlmann hat uns das Rezept mitgegeben, wie man als Züchter auf eine hohe Stufe gelangen kann. Bei ihm ging es so. Als er von der Hochschule nach Hause gekommen war und seinen Grund von 40 Hektar übernommen hatte, da konnte er es absolutement nicht vertragen, daß ein anderer mehr leistete als er.

Das ist das Geheimnis seines Erfolges. Wenn wir nun diesen Eßlöffel voll reichsdeutschen Geistes in unseren Gegenden verbreiten, daß der eine es nicht vertragen kann, daß der andere mehr leistet, so werden wir es auf genau dieselbe Stufe bringen wie Deutschland. Zweifellos sind unsere Leute nicht dümmer und nicht gescheiter als die in Deutschland. Die Männer, die wir nach Deutschland in die Schule Berlin-Ruhlsdorf geschickt haben, haben die besten Noten erzielt und ich stelle mit Freuden fest, daß gerade Steirer, die doch eine bescheidene Volksschulbildung genossen haben, dort so schöne Erfolge eingeheimst haben.

Ich will nur noch ganz kurz streifen, daß es uns natürlich nicht nur darum zu tun war, die Zucht großer Hausktiere zu fördern, sondern auch die Geflügel-, Kaninchen-, Ziegenzucht usw. und daß wir damit in den Industriegegenden schöne Erfolge erzielt haben.

Nicht zu vergessen ist das Subventionswesen in Deutschland. Ich weiß, daß wir noch nicht darangehen können, die reichsdeutsche Gepflogenheit bei uns einzubürgern. Wir haben uns in Deutschland erkundigt, wie groß die Subventionen sind, worauf der genannte Herr Dr. Ohlmann gesagt hat: „Das würden wir uns kurios überlegen, eine Subvention anzunehmen, weil wir unsere Unabhängigkeit nicht aufgeben wollen. Allerdings hat er zugestanden, daß Jahrzehnte vorher, in den 70iger und 80iger Jahren, der gesamte Beamtenapparat von der deutschen Reichsregierung getragen wurde, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wo die Landwirtschaft auf eigenen Füßen hat stehen können. Sobald sie auf dieser Stufe war, hat sie gerne darauf verzichtet und sich auf die eigenen Füße gestellt.“

Ich danke bei dieser Gelegenheit, daß der Herr Abg. Peintinger meine tierärztlichen Kollegen rühmend

hervorgehoben und ihren Leistungen Anerkennung gezollt hat. Sie arbeiten gerne und aufopfernd und werden das auch in Zukunft gerne tun. Ich schließe meine Ausführungen mit den Worten, die der Herr Landeshauptmannstellvertreter Riegler heute schon angewendet hat und die darauf hinauslaufen, daß wir für das laufende Jahr 1928 das möglichste getan haben. Wir wissen, daß wir noch manches andere hätten hinzufügen sollen und müssen, aber schließlich: „Ein Schelm ist, der mehr gibt, als er hat!“ Wenn es das nächste Jahr möglich sein sollte, größere Beträge für die Landwirtschaft zu erübrigen, so bin ich heute schon überzeugt, daß keine Partei einen ernstlichen Widerstand dagegen erheben wird. (Beifall.)

Jenz: Hohes Haus! Der Herr Abg. Ing. W i g a n y hat den Antrag zu Kapitel 5, Titel 1, § 13, der in seinem ursprünglichen Wortlaute lautete (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, die Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Buch- und Betriebsberatungsstelle mit der Abteilung 5 des Amtes der Landesregierung in ernste Erwägung zu ziehen.“

dahin abgeändert, daß er das Wort „räumlich“ eingeschoben hat. Also jetzt heißt es „räumliche Zusammenlegung“. In dieser Fassung hat der Antrag Sinn. Nichtsdestoweniger müssen wir ihn ablehnen, nicht grundsätzlich, sondern aus Zweckmäßigkeitsergründen. Die Buch- und Betriebsberatungsstelle hat eine zweifache Aufgabe, die Buchführung und die Erfolgsstatistik und die darauf aufgebaute Betriebsberatung. Der Aufbau dieser Einrichtung ist ein allmählicher, die Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Vorläufig liegen uns nur die Ergebnisse eines Jahres vor. Erst dann, wenn wir die Durchschnittsergebnisse von wenigstens 3 Jahren haben, kann die Betriebsberatung mit entsprechendem Erfolg einsetzen und auf diesem Grund aufbauen. Würden wir jetzt schon im vollen Umfange mit der Betriebsberatung beginnen, so wären die Unterlagen hiesfür noch zu wenig vollkommen. Ich will nicht sagen, daß nicht schon jetzt die Beamten der Buchstelle eine Betriebsberatung vornehmen können; ja, aber in einem beschränkten Umfang, an Ort und Stelle der Buchführer selbst. Dort ist die Gelegenheit gegeben, um die Betriebsberatung, soweit die gegenwärtigen Ergebnisse es überhaupt zulassen, durchzuführen. Ich gebe ohneweiters zu, daß die räumliche Zusammenlegung mit der Abteilung 5 — gedacht, nicht ausgesprochen, ist ja die Landwirtschaftskammer — etwas für sich hat und daß wir uns mit diesem Gedanken, wenn wir über das Büchermaterial verfügen, ernstlich werden beschäftigen müssen. Gegenwärtig aber haben die Arbeiter der Buchstelle an dem Ort, wo sie sich befindet, größere Vorteile als bei Zusammenlegung mit der Abteilung 5, und zwar deshalb, weil durch die räumliche Nähe der Wohnungen der Buchführungsbeamten ein fortwährender Gedankenaustausch mit der Kanzlei der Anstalt ermöglicht ist. Die Erfahrungen, die jeder von der Reise mit nach Hause bringt, können sofort ausgekauft werden und sofort beim Antritt der nächsten Reise in Verwertung genommen werden. Von diesem Gesichtspunkte aus hat die Belassung des gegenwärtigen Zu-

standes im Interesse der Buchführung entschieden einen Vorteil. Ich gebe ohneweiters zu, daß es für die Buchführung, sowie sie eine Beratung verlangt, unbequem ist, den weiten Weg hinaus zu machen. Die Zusammenlegung wird dann erst in Erwägung zu ziehen sein, wenn wir über ein reichhaltigeres Material verfügen, dies steht uns nach einem einjährigen Abschluß noch nicht zur Verfügung. Ich glaube daher, man sollte die gegenwärtige Aufbauarbeit in der Art und Weise, wie sie durchgeführt worden ist, nicht stören im Interesse der ganzen Einrichtung selbst. Aus diesen Gesichtspunkten heraus sind wir dormalen noch gegen eine Verlegung und bitten um Belassung des bisherigen Zustandes und aus diesem Grunde lehnen wir auch den Abänderungsantrag des Herrn Abg. **W i k a n y** ab.

Ing. Wikany: Hohes Haus! Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Landesrates **J e n z** nur folgendes erklären. Als vor zwei Jahren die Frage der Errichtung der landwirtschaftlichen Buchstelle im Landtage zur Debatte gestanden ist, ist von unserer Partei die Forderung erhoben worden, daß diese bei der Landwirtschaftskammer in Steiermark zu errichten sei. Wir sind dabei von dem Grundgedanken ausgegangen, daß die landwirtschaftliche Buch- und Betriebsberatungsstelle nur in engster Beziehung mit der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaft die Funktionen ausüben kann, die ihr von Haus aus zugebach sind, und gerade eine solche Buchstelle kann nur in engster Beziehung mit den übrigen Zweigen des landwirtschaftlichen Förderungsdienstes ihrer Aufgabe gerecht werden. Gar keine andere Tendenz als dieser Grundgedanke, die landwirtschaftliche Buchstelle organisch anzugliedern dem gesamten Förderungsdienst der Landwirtschaft hat uns dazu geführt, diesen Antrag zu stellen. Wir glauben auch gar nicht, daß wir durch diesen unseren Antrag etwas anderem vorgreifen werden, im Gegenteil, wir sind der Überzeugung, daß vielleicht im letzten Moment die räumliche Zusammenlegung deswegen durchzuführen ist, wenn die Räume vorhanden sind und wir in der Zwischenzeit nicht wissen, ob sie später noch vorhanden sind oder nicht, und schon aus diesem Grunde Schwierigkeiten entstehen könnten, wenn Räume nicht vorhanden sind. Es liegt diesem Antrage keine andere Tendenz zugrunde, als eine organische Zusammenarbeit dieser Buchstelle mit den anderen Förderungsstellen des landwirtschaftlichen Förderungsdienstes zu erreichen und aus diesem Grunde bitte ich nochmals um Annahme des ursprünglichen Antrages mit der beantragten Einschaltung.

Gföller: Hohes Haus! Wir haben schon im Ausschusse für den Antrag des Bauernbundes gestimmt, da wir eine räumliche Zusammenlegung des landwirtschaftlichen Förderungsdienstes für notwendig halten. Ich möchte aber dazu erklären, daß wir unter der Voraussetzung dafür gestimmt haben, daß unter dieser räumlichen Zusammenlegung mit dem landwirtschaftlichen Förderungsdienste zu verstehen sei nicht eine räumliche Zusammenlegung mit der Landwirtschaftskammer, die eine eigene Körperschaft darstellt. Wir werden also für den Antrag des Herrn Abg. **W i k a n y** stimmen, aber in der Voraussetzung, daß nicht die

räumliche Zusammenlegung mit der Landwirtschaftskammer, sondern mit dem landwirtschaftlichen Förderungsdienst erfolgen wird, weil wir der Meinung sind, daß selbstverständlich auch diese Stelle und vielleicht gerade diese Stelle vor allem eine offizielle Amtsstelle sein muß. Die Landwirtschaftskammer ist eine Interessenkörperschaft, aber nicht eine Stelle des Landes, und wir glauben, daß wir nicht einmal den Bauern einen Dienst erweisen, wenn wir gerade diese Buchstelle der Landwirtschaftskammer angliedern würden, weil sie von dem Augenblicke an, wo sie innerhalb der Kammer steht, das Vertrauen zu einer objektiven Führung verlieren würde, weil jeder, der nicht selbst Landwirt ist, annehmen würde, daß die Arbeiten, die im engen Zusammenhange mit der Kammer gemacht werden, von vorneherein den Standpunkt der Interessenten einnehmen würden. Der Antrag geht dahin, daß die Landesregierung die räumliche Zusammenlegung zu erwägen habe, so daß der Landesregierung keine bindende Vorschrift für die Art dieser Zusammenlegung gegeben ist. Wir können für den Antrag des Herrn Abg. **W i k a n y** nur unter den Voraussetzungen stimmen, die ich jetzt skizziert habe.

Präsident: Nachdem alle anderen Beschluß- und Abänderungsanträge unbestritten sind, werde ich vorerst über diesen bestrittenen Beschlußantrag abstimmen lassen.

(Der Beschlußantrag zu Kapitel 5, Titel 1, § 13 in der vom Abg. Ing. **W i k a n y** vorgeschlagenen Fassung wird angenommen.)

Nun bringe ich die Anträge des Berichterstatters zu Kapitel 5, Titel 1, einschließlich der von ihm beantragten Abänderungs- und Beschlußanträge zur Abstimmung mit Ausnahme des bereits angenommenen Beschlußantrages.

(Wird einstimmig angenommen.)

Nun kommen wir zu Kapitel 5, Titel 2, Berichterstatter ist Herr Abg. **P e i n t i n g e r**.

Berichterstatter **P e i n t i n g e r:** Hohes Haus! Ich habe zu berichten über Kapitel 5, Titel 2, „Landwirtschaftliches Bildungswesen“.

§ 1. Höhere Forstlehranstalt Bruck a. d. M. :
 Erfordernis 128.141 S
 Bedeckung 69.000 „
 Abgang 59.141 S

§ 2 Landes-Ackerbauschule „Grottenhof“ :
 Ordentliches Erfordernis 319.104 S
 Außerordentliches Erfordernis gegenüber dem Antrage der L.-R. um 1000 S
 geringer 29.100 „

Gesamterfordernis 348.204 S
 Bedeckung 242.635 „
 Abgang 105.569 S

(Präsident **Thoma** übernimmt den Vorsitz.)

§ 3. Landes- und Alpwirtschaft „Grabnerhof“ :
 Ordentliches Erfordernis 181.465 S
 Außerordentliches Erfordernis 57.000 „
 Gesamterfordernis 238.465 S

Bedeckung, gegenüber dem Antrage der L.-R. geringer um 2500 S 107.272 „
 Abgang 131.193 S

§ 4. Landes-Obst- und Weinbauschule „Silberberg“ :	
Ordentliches Erfordernis	99.876 S
Außerordentliches Erfordernis	2.000 „
Gesamterfordernis	101.876 S
Bedeckung	63.686 „
Abgang	38.190 S

§ 5. Landesbauernschule in Thalernhof :	
Ordentliches Erfordernis	88.350 S
Außerordentliches Erfordernis	9.000 „
Gesamterfordernis	97.350 S
Bedeckung, dem Antrage der L.-R. gegenüber höher um 500 S	40.580 „
Abgang	56.770 S

§ 6. Landesamt für bäuerliche Volksbildung und Gutswirtschaft St. Martin :	
Ordentliches Erfordernis, gegenüber dem Antrage der L.-R. weniger um 1000 S	304.299 S
Außerordentliches Erfordernis	37.200 „
Gesamterfordernis	341.499 S
Bedeckung	188.482 „
Abgang	153.017 S

§ 7. Landwirtschaftsschule in Kirchberg am Walde :	
Ordentliches Erfordernis	77.267 S
Außerordentliches Erfordernis	37.000 „
Gesamterfordernis	114.267 S
Bedeckung	34.346 „
Abgang	79.921 S

§ 8. Landesbauernschule in Pichelsdorf :	
Erfordernis	21.270 S
Bedeckung	17.000 „
Abgang	4.270 S

§ 9. Beiträge an landwirtschaftliche Schulen und Stipendien :	
Gesamterfordernis, gegenüber dem Antrage der L.-R. höher um 2000 S, zugleich Abgang	57.805 S

Zu diesem Kapitel 5, Titel 2 liegen zu den verschiedenen Paragraphen folgende Anträge vor :

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 2, § 1 (liest) :

„Die Landesregierung wird beauftragt, an die Bundesregierung heranzutreten, daß die Forstlehranstalt in Bruck a. d. M. vom Bunde übernommen wird.“

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Angliederung einer Waldbauernschule für bäuerliche Besitzer an die höhere Forstlehranstalt in Bruck a. d. M. vorzubereiten.“

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 2 (liest) :

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ehestens, längstens aber bis 30. April 1928, den Entwurf eines Gesetzes über die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen vorzulegen.“

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 2, § 3 (liest) :

„Der Antrag der Abg. Millwisch, Mikola, Dr. Jllig und Genossen, betreffend die Förderung und den Ausbau der haus- und landwirtschaftlichen Ausbildung der Bauernmädchen, E.-Zl. 124, erledigt sich durch die Einstellung eines Befrages von 2500 S in Kapitel 5, Titel 2, § 3, des Landesvoranschlages.“

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 2, § 6 A (liest) :

„In Rubrik 2 sind die Worte „Winterschule Halbenrain“ zu streichen.“

Zu Abschnitt I, Kapitel 5, Titel 2, § 8 (liest) :

„Die Landesregierung wird beauftragt, das Ergebnis des Ertrages des Wirtschaftsbetriebes der Pachtung in Pichelsdorf genauestens zu studieren und die Auflassung des Pachtverhältnisses in Erwägung zu ziehen.“

Es hat das Kapitel 5, Titel 1, wie wir vormittags ausführlich gehört haben, eine außerordentliche Wichtigkeit für uns Bauern. Ich möchte meiner Anschauung dahin Ausdruck geben, daß das landwirtschaftliche Bildungswesen für uns von eben solcher Wichtigkeit ist. Es würde die Tierzuchtförderung, der Pflanzenbau keine solche Wirkung erzielen, wenn nicht auch das Bildungswesen dementsprechend ausgewertet wird, damit die bäuerlichen Besitzer, die das nötige Verständnis aufbringen, auch diesen Förderungszweig in ihrer Wirtschaft entsprechend verwerten können. In diesem Sinne möchte ich den hohen Landtag bitten, diesem Titel, beziehungsweise den Anträgen die Zustimmung zu erteilen.

Riegler : Hohes Haus ! Es stehen in Verhandlung die landwirtschaftlichen Lehranstalten. Ich hätte keinen Anlaß gehabt, mich bei diesem Punkte zum Worte zu melden, wenn nicht Abg. G fö l l e r gestern wieder den Ankauf von Schloß und Gut Kirchberg als eine unlautere Tat handlung der Landesregierung in Hinsicht auf D. H a m e d i n g e r hingestellt hätte. Ich stelle fest : Der Kauf von Kirchberg durch das Land wurde von mir mittels Interimsvertrag vom 2. August 1922 und nicht 1924, wie Abg. G fö l l e r gestern behauptet hat, in meiner Kanzlei abgeschlossen. Die von mir angeordnete und gestern schon vom Abg. Dr. E n g e dargestellte Schätzung der Grundstücke, der Gebäude und des Holzbestandes durch Sachverständige des Landes, Direktor Hofrat J e n t s c h, Gebäudeoberinspektor K l o b a s s a und Forstmeister B e r n h a r d, ergab einen Schätzwert von 885 Millionen. Der Kaufpreis aber betrug 800 Millionen. 200 Millionen das lebende Inventar und die ganze Fehlsung des Jahres 1922, somit zusammen eine Milliarde Kronen bei einem Gesamtkomplex von 108 Joch oder 62 Hektar. Gegenüber dem begehrten Kaufpreis von 1 Milliarde 300 Millionen für die leere Liegenschaft eine Verminderung von einer halben Milliarde. Da kann von einer Schädigung des Landes doch wohl durchaus keine Rede sein. Von irgendwelchen Zusammenhängen zwischen Dr. H a m e d i n g e r und dem damaligen Landeshauptmannsstellvertreter Dr. A h r e r, wie sie sich später herausgestellt haben mögen, war zur Zeit mir wenigstens nichts bekannt. Ich verwahre mich und protestiere ein- für allemal gegen die schon im Finanzausschuß und gestern wieder erhobenen Anwürfe, auch zum letztenmal und halte es für höchst unangebracht, daß nach fünf Jahren, obgleich die ganze Angelegenheit fast jedes Jahr bei den Budgetberatungen behandelt und dargestellt wurde, neuerlich und in so haltloser Weise Kritik geübt wird.

Der Kaufpreis war zur Hälfte bei Vertragsabschluss, die zweite Hälfte am 1. Juli 1923 zu erlegen und ist dem damaligen Finanzreferenten und nachmaligen Landeshauptmann P r i s c h i n g nach wie vor der Dank

für die Beistimmung zu dieser unvorhergesehenen, vorteilhaften Erwerbung auszusprechen. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Mikola: Hohes Haus! Ich möchte, was das Landesamt für bäuerliche Fortbildung in St. Martin anbelangt, meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß auch die sozialdemokratische Partei der Tätigkeit und den Leistungen des Landesamtes vollste Anerkennung gewidmet hat. Es ist nur sehr zu wünschen, daß unabhängig von jeder Parteirichtung die dort veranstalteten Kurse und Arbeitstagungen, die sich im ganzen Lande so segensreich auswirken, im Interesse der Volksbildung eifrigst besucht und gefördert werden. Diese Auffassung, die zu den kulturellen Forderungen unseres Parteiprogrammes gehört, wird auch in unseren christlichen Organisationen vertreten, welche bestrebt sind, die männliche und weibliche bäuerliche Jugend nach Möglichkeit den Ausbildungskursen zuzuführen.

Ich möchte nur zu einer Äußerung Stellung nehmen, welche vor einiger Zeit bei den Beratungen des Voranschlages im Finanzausschuß seitens der sozialdemokratischen Partei gefallen ist. Es wurde bemerkt, daß christliche Verbände dort Volksbildungskurse abhalten; besonders wurde auf einen in jüngster Zeit stattgehabten Rednerinnenkurs zum Zwecke der ländlichen Volksbildungsarbeit hingewiesen. Es wurde ferner gesagt, daß die Teilnehmerinnen nur den minimalen Preis von 1 S zahlten, daher das Land finanziell belastet hätten.

Demgegenüber habe ich folgendes festzustellen: Im Statut des Landesamtes St. Martin ist folgender Passus enthalten: „Es können Vereine, die ländliche Volksbildung betreiben, nach Maßgabe des vorhandenen Raumes derartige Kurse dort abhalten. Bedingung ist ferner, daß dem Lande keinerlei Kosten dadurch erwachsen.“ Sie sehen daher, daß jeder Verein, bei welchem die Voraussetzungen zutreffen, die Möglichkeit hat, derartige Tagungen abzuhalten, und es ist nur sehr bedauerlich, wenn Sie nicht mehr Gebrauch von dem Rechte machen. Was nun den speziellen Fall des Rednerinnenkurses für ländliche Volksbildung anbelangt, so kann ich Ihnen nachweisen, daß da alle Voraussetzungen genau gestimmt haben und alle Forderungen eingehalten wurden. Der Kurs wurde vom Steirischen Mädchenverband als Einleitungskurs für eine längere Tagung für ländliche Volksbildungsarbeit veranstaltet; denn, wie bekannt, muß man zuerst reden können, wenn man anderen etwas beibringen will. Was die Zahlung anbelangt, so sind Sie mit Ihrer Behauptung auch vollkommen im Irrtum! Ich kann Ihnen die Rechnung vorlegen, daß jede Teilnehmerin für eineinhalb Tage nicht 1 S, sondern über 3 S gezahlt hat, welcher Betrag als Durchschnittspreis bei mäßigen Forderungen (selbstverständlich alkoholfrei) nachgewiesenermaßen gezahlt wird. Ich hoffe somit, Ihre Besorgnisse einigermaßen zerstreut zu haben. Zum Schlusse möchte ich noch eine Äußerung des Abg. **Öfeller** richtigstellen, die er gestern während der Generaldebatte gemacht hat. Er hat sich nämlich darüber aufgehalten, daß in St. Martin die Stellen für die Angestellten nicht ausgeschrieben werden. Demgegenüber ist folgendes zu bemerken:

Das bäuerliche Volksbildungsamt St. Martin ist eine private Unternehmung gewesen, deren Gründer Hofrat **Steinberger** ist. In weiser Erkenntnis der Notwendigkeit der bäuerlichen Fortbildung hat er unter großen Mühen und Opfern diese heute bereits weltberühmt gewordene Unternehmung geschaffen; da das Interesse dafür ein immer größeres wurde, war der Gedanke seitens des Landes naheliegend, die Institution zu übernehmen und sie den weitesten Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung zugänglich zu machen. Über Beschluß des Landes wurde nun St. Martin übernommen mit all den bisher dort tätigen Personen. Seitdem ist niemand dort neu angestellt worden. Es konnte daher auch keine Stelle ausgeschrieben werden. Dies zur Richtigstellung Ihrer Behauptung. (Beifall bei der Einheitspartei.)

Millwisch: Hohes Haus! Das landwirtschaftliche Bildungswesen, das hier im Voranschlage zahlenmäßig berücksichtigt erscheint, hat eine steigende Entwicklung aufzuweisen, was nicht nur mit Rücksicht auf die Volksbildung, sondern auch mit Rücksicht auf die Auswirkungen für die Volkswirtschaft zu begrüßen ist. Mit besonderer Freude stelle ich fest, daß bei dieser Entwicklung des landwirtschaftlichen Bildungswesens auch die Schulung der weiblichen Jugend immer mehr berücksichtigt erscheint. Die im Voranschlag ausscheidende Erhöhung beim Titel 2, § 6, Landesamt für bäuerliche Volksbildung und Gutswirtschaft Sankt Martin, ist zum Teil darin begründet, daß in diesem Jahre statt 51 Haushaltungskurse, wie im Vorjahre, 63 solche Kurse abgehalten werden. Die Nachfrage nach diesen ländlichen Fortbildungskursen ist viel größer, hat sich doch dieser Bildungszweig das volle Vertrauen der ländlichen Bevölkerung erworben. Um aber die gesamte weibliche Jugend unserer Heimat für den Beruf als Trägerinnen und Leiterinnen des ländlichen Haushaltes zu schulen, ist selbstverständlich ein weiterer Ausbau des Fortbildungswesens dringend notwendig, den wir dürfen erst Halt machen, wenn jeder Ort seine ländliche Fortbildungsschule hat.

Aber auch die Notwendigkeit der beruflichen landwirtschaftlichen Schulung der Bauernmädchen wird vom Referat voll anerkannt, was ich mit besonderer Befriedigung feststellen möchte. So haben eine Reihe landwirtschaftlicher Schulen, wie Grabnerhof, Kirchberg a. W., Neumarkt und Thalerhof Kurse für weibliche Zöglinge, auch die Schule für Bauernmädchen in Mariatrost wird vom Lande gefördert. Für 1928 ist eine Ausgestaltung einzelner Kurse in Aussicht genommen, um einer größeren Anzahl von Mädchen Gelegenheit zu gründlicher beruflicher Schulung zu bieten. Dankenswert muß anerkannt werden, daß man bei der Schulung der weiblichen Jugend nicht stehen bleibt, sondern bemüht ist, unserer bäuerlichen Bevölkerung auf dem Gebiete des Gemüsebaues, der Obstverwertung Aufklärung zu geben und ihr auch die Möglichkeit zu liefern, an der Produktionsförderung und Verbesserung von Haus und Hof tatkräftig mitzuwirken. Ich möchte die hohe Landesregierung, insbesondere den zuständigen Referenten herzlich bitten, der beruflichen Schulung unserer Bauersfrauen und -mädchen auch im nächsten Jahre eine steigende Auf-

merksamkeit zuzuwenden, damit für die Hebung unserer ländlichen Volksbildung und für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion ganze Arbeit geleistet werden kann. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Tausk: Hohes Haus! Meine Vorrednerin hat die Verdienste des Herrn Hofrates Steinberger für die bäuerliche Fortbildung gewürdigt und hat auf St. Martin hingewiesen. Dieses Institut gehört dem Lande, wird von ihm erhalten und wir haben ein Interesse, daß es so geführt wird, daß es allen Landeskinderen nützlich wird. Vor ein paar Jahren war eine sehr nette Säuglingsfürsorgestelle dort eingerichtet. Es gehört zur Ausbildung der Bauerntöchter, daß sie auch Säuglingspflege lernen. Die Großstadtkinder können dort gut aufgepäppelt werden, weil genügend Milch in dem bäuerlichen Betriebe zur Verfügung steht. Eines Tages war diese Säuglingsfürsorgestelle nicht mehr da. Das haben wir im Interesse dieser Kinder bedauert; wenn es auch jeweils nur ein paar Kinder sein konnten. Wir haben es aber auch im Interesse der Bauerntöchter bedauert, die dort neben Kochen auch Säuglingspflege lernen konnten. Wir wissen, daß es bei der bäuerlichen Bevölkerung noch schlecht ausschaut, was die Hygiene betrifft, daß diese den modernen Begriffen nicht entspricht. Wir haben im vergangenen Jahre im Finanzausschusse einstimmig beschlossen, daß die Säuglingsfürsorgestelle wieder errichtet werden soll. Heute haben wir angefragt, warum sie nicht errichtet wurde und haben gehört, daß der Raum für andere Zwecke gebraucht wurde. Jetzt stelle ich mir vor, was würde man von einer Mutter sagen, die, weil sie Platz braucht, weil sie sich ausbreiten will, einfach die Kinder hinauswirft? Was ist für die Erziehung von Bauerntöchtern so notwendig, daß man den Platz braucht. Dürfen Sie hergehen und deshalb die Kinder hinauswerfen? (Zenz: „Das ist eine Beweisführung!“) So darf man es nicht machen, da hätten Sie spaten und abzwacken sollen, aber nicht die Kinder an die Luft setzen, die Säuglingsfürsorge ganz einstellen, was sowohl für die Säuglinge, als auch für die Bauerntöchter, die dort die Säuglingspflege lernen wollen, von großem Nachteil ist. Wir bringen also diesen einstimmigen Beschluß nachdrücklichst in Erinnerung und meinen, daß das Landesamt St. Martin so wie jedes andere Landesamt die Verpflichtung hat, die Beschlüsse des Landtages auch auszuführen.

Zenz: Hohes Haus! Gegen das landwirtschaftliche Bildungswesen wird häufig der Vorwurf erhoben, daß dasselbe allzu teuer geführt wird. Der Beweis für diese Behauptung wird dadurch erbracht, indem man die Aufwandsziffer hernimmt und einfach durch die Schülerzahl dividiert. Bei solch naiver Beweisführung könnte man natürlich jedes Bildungsmittel und jede Bildungseinrichtung als zu teuer verschreiben und für überflüssig erklären. Da könnte man an vielen Orten auch die Errichtung einer Volksschule ablehnen mit dem Hinweis darauf, daß sie zu teuer kommt, wenn man nämlich die Kosten, die die Schulgemeinde durch den Neubau eines Schulhauses oder eines bedeutenden Zubaus hatte, in Einklang bringt mit der Schülerzahl und mit der Lehrerbefoldung. Ich meine, es wird keinem

ernsthaften und vernünftigen Menschen einfallen, gegen die Errichtung einer Volksschule mit derartigen Mitteln Stellung zu nehmen. Aber beim landwirtschaftlichen Bildungswesen, da bedient man sich dieser Beweisführung, und zwar schon seit längerer Zeit. (Wolf: „Ordentliches Erfordernis!“) Ordentliches und außerordentliches Erfordernis, Herr Fachlehrer Wolf. Bei einer landwirtschaftlichen Schule hat man zweierlei auseinanderzuhalten: 1. den Unterricht und die zum Unterrichte notwendigen Lehrkräfte mit der erforderlichen Besoldung. Das verschlingt schon eine mehr oder minder größere Summe, da ja die Fachkräfte mit Recht den Anspruch erheben können, daß sie zufolge ihrer Bildung in eine bestimmte Besoldungsgruppe eingereiht werden. Da aber der landwirtschaftliche Unterricht an den allermeisten Schulen nicht nur rein theoretisch geführt wird, sondern auch auf praktischen Grundlagen und insofern mit der Schule ein Wirtschaftsbetrieb in Verbindung steht, darum kommen bei dieser Schule zu den rein verstandesmäßigen Ausbildungsauslagen auch noch ganz andere Auslagen dazu. So ist also die Schule nicht nur belastet mit der Besoldung der notwendigen Fachkräfte, sondern auch noch mit einem erheblichen Aufwand für Gebäudeerhaltung, sei es nun Zubauten oder sei es Gebäudeerhaltung, und dem Zwecke und den Aufgaben entsprechen auch die notwendigen Meliorationen auf den Gründen und die entsprechende jeweilige Anschaffung von Maschinen. So kommt zur Erfüllung dieser Aufgabe, der rein schulmäßigen Ausbildung, auch noch ein erheblicher Aufwand als unentbehrlich dazu. So wird also die schulmäßige Ausbildung belastet durch die notwendige Gebäudeerhaltung und durch Grundmeliorationen, andererseits wieder beschäftigt man sich mit dem Wirtschaftsertrage an den landwirtschaftlichen Schulen und findet da manches zu bemängeln. Ohne auf das Ertragsverhältnis bei den einzelnen landwirtschaftlichen Schulen einzugehen, habe ich nur folgendes zu bemerken: So wie die Schule belastet wird durch Gebäudeerhaltung, wird auch der Wirtschaftsertrag belastet durch die Besoldung der Lehrer und weiters im verhältnismäßig großen Umfange durch die Gebäudeerhaltung und die notwendigen Baulichkeiten. Es gehen also diese Posten ineinander, Schulerhaltung und Wirtschaftserhaltung. Wenn man über die Kosten der Ausbildung ein Urteil fällen will, so hat man sich folgendes vor Augen zu halten: Daß der jeweils gemachte Aufwand für Gebäude und Grundmeliorationen eine Wertvermehrung des Vermögens des Landes darstellt, daß das Land zu Vermögen kommt, das da ist und insofern für den Wohlstand eines Landes eine ganz bedeutende Rolle spielen kann. Dieser Umstand, daß neben der schulmäßigen Ausbildung der bäuerlichen Kinder, der die Schule besuchenden Schüler nebenbei auch Hand in Hand geht eine Wertvermehrung des Landbesitzes, darf bei der Beurteilung der Kosten für die Erhaltung und Besoldung der Schüler nicht aus dem Auge gelassen werden. Diese Kosten, diese Ziffern der Wertvermehrung sind unbedingt zu trennen von den rein schulmäßigen Kosten; wenn man von diesem Gesichtspunkte aus die Kosten der landwirtschaftlichen Bildung und die Erhaltung der landwirtschaft-

lichen Schule beurteilt, wird man zu einem anderen Urteile kommen müssen, als es bisher zumeist der Fall war, und wenn wir uns nun die eingestellten Beträge anschauen, so sehen wir, daß an den meisten Schulen der Ausbau des Gebäudes notwendig ist, sei es des Schulgebäudes oder der Wirtschaftsgebäude, oder wir sehen, daß notwendige Einrichtungen zu schaffen sind, die unbedingt vom hygienischen oder sanitären Gesichtspunkte aus zu fordern sind. Beinahe alle landwirtschaftlichen Schulen haben die Einleitung einer Wasserleitung notwendig, an einzelnen Schulen ist sie bereits durchgeführt, an einzelnen Schulen ist sie noch durchzuführen. Die Zustände, die in dieser Hinsicht an mancher Schule bestehen, sind geradezu eine Anklage gegen den Landtag, daß in dieser Hinsicht in der vergangenen Zeit zu wenig geschehen ist. Außerdem finden Sie alljährlich eingeseht Beträge für die Entwässerung der Schulgründe. Es ist selbstverständlich, daß man an einer vorbildlichen Wirtschaft, die eine Landwirtschaftsschule ja sein soll, nicht einen Zustand auf die Dauer belassen kann, der absolut nicht fortschrittlich ist. Es ist darum notwendig, daß die Meliorierungen, soweit sie die Grundstücke erfordern, ebenfalls durchgeführt werden. Sind wir einmal in der Entwicklung so weit, daß die Gebäude ausgebaut, die notwendigen Meliorierungen durchgeführt und die Wasserleitungen hergestellt sind, die Beleuchtung in Ordnung gestellt ist und, was ich für notwendig halte, auch die Badeeinrichtungen in den Schulen einmal bestehen und entsprechende Fürsorgevorrichtungen und Vorkehrungen für kranke Schüler, dann wird der Aufwand für die landwirtschaftliche Schule ein geringerer sein können. Es ist aber ein Unrecht, das man gegen das landwirtschaftliche Bildungswesen begeht, wenn man Versäumnisse, die gemacht worden sind, Mängel einer entsprechenden Fürsorge dann zum Anlaß von Vorwürfen nimmt, daß das landwirtschaftliche Bildungswesen dem Landtage allzu teuer zu stehen kommt.

Ich habe nur noch im besonderen zu einem Ergänzungsantrage des Finanzausschusses zu Kapitel 5, Titel 2, § 8, betreffend die Pachtung in Pischelsdorf, eine Bemerkung zu machen. Der Antrag des Finanzausschusses lautet (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, das Ergebnis des Ertrages des Wirtschaftsbetriebes der Pachtung in Pischelsdorf genauestens zu studieren und die Auflassung des Pachtverhältnisses in Erwägung zu ziehen.“

Dieser Antrag besteht aus zwei Teilen. Den letzten Teil dieses Antrages, „die Auflassung des Pachtverhältnisses in Erwägung zu ziehen“, diesen Teil bitte ich abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen:

Wie im Finanzausschusse ausführlich mitgeteilt worden ist, ist der Schulbetrieb an dieser Anstalt mit dem heurigen Jahre außer Kraft gesetzt. Die Schüler, die sich dort gemeldet haben, sind der sich entwickelnden Schule in Kirchberg in der Oststeiermark zugewiesen worden. Dieser Zustand soll solange dauern, als eine Entwicklung in Kirchberg nicht weiter möglich ist und dort eine Überfüllung der Schule mit Schülern stattfindet. Sollte dieser Zustand eintreten, müßte die

Landesregierung die Schüler wieder nach Pischelsdorf hingeben. Es vermag heute noch niemand zu sagen, ob dieser Zustand eintritt. Es ist aber gegenwärtig folgende Verfügung über Pischelsdorf getroffen: daß dort ein Wirtschaftler bestellt ist, der die Aufgabe hat, den Pachtungsgrund in einer Weise zu bewirtschaften, daß er allen pachtlichen Anforderungen entspricht. Dermalen besteht die Absicht und die Durchführung ist allsogleich in Angriff genommen worden, daß an dieser Stelle, an der nun Räumlichkeiten vorhanden sind, kleine Kurse abgehalten werden für die bäuerliche Bevölkerung der nächsten oder näheren Umgebung und ich habe Ihnen mitzuteilen, daß diesbezüglich bereits ein entsprechender Plan ausgearbeitet ist und die Genehmigung erhalten hat. Es werden von Anfang Jänner bis einschließlic 6. April 13 Kurse abgehalten mit 33 Kurstagen, und zwar ein Düngungskurs, ein allgemeiner Rindviehzuchtkurs, ein Kurs über die Aufzucht des Jungviehs, über Bodenbearbeitung und Hackfruchtbau, ein Obstbaukurs, ein Kurs über Schädlingsbekämpfung, ein Schweinezuchtkurs, ein Kurs über Saatgutgewinnung, Reinigung und Ausfaat des Getreides, ein Futterbaukurs, Schweinefütterkurs, Molkereikurs, ein Baumwärtterkurs. Ich meine, man sollte der dortigen Bevölkerung die Gelegenheit nicht nehmen, derartige Kurse zu besuchen und man sollte es nicht hindern, wenn schon dort eine Schule nicht weiter besteht, wenn in dieser Weise für das Bildungswesen der bäuerlichen Bevölkerung etwas getan wird. Da nun diese Art der Führung der Pachtung in Pischelsdorf beabsichtigt und bereits eingeleitet ist, wäre es eine Schädigung der bäuerlichen Bevölkerung, wenn wir jetzt daran schreiten würden, das Pachtverhältnis aufzulassen. Aus diesem Grunde bitte ich, diesen Teil des Antrages abzulehnen im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung. Was nun den Pachtzins anlangt, bemerke ich, daß der Dechant von Pischelsdorf alljährlich einen Einlaß von der Pachtsumme gewährt hat und auch im laufenden Jahre einen bedeutenden Nachlaß bereits zugestanden hat. Der Wirtschaftler hat die Aufgabe, die Wirtschaft aktiv zu gestalten, so daß das Land weiterhin zu keinen Kosten mehr herangezogen werden wird, falls nicht unvorhergesehene Elementarereignisse die aktive Führung dieses Unternehmens gefährden sollten.

Was nun den ersten Teil dieses Antrages anlangt, so ist mir derselbe zu wenig klar in seiner Fassung, er sagt: Das Ergebnis des Ertrages des Wirtschaftsbetriebes der Pachtung in Pischelsdorf ist genau zu studieren. Ich weiß nicht, ist gemeint das ablaufende Jahr 1927 oder alle Jahre zusammengenommen, seitdem die Pachtung dort besteht oder warum diese strenge Überprüfung in Pischelsdorf nicht laufend aufrecht erhalten werden soll. Darüber gibt der Wortlaut des Beschlusses keine genaue Auskunft. Ich habe selbstverständlich nichts dagegen und stimme vollständig damit überein, daß der Wirtschaftsertrag genau überprüft werden soll. Da finden Sie meine volle Zustimmung, aber ich habe das Empfinden, daß da eine gewisse Einseitigkeit besteht. Ich vermag nicht einzusehen, warum nicht das wirtschaftliche Ergebnis an allen landwirtschaftlichen Betrieben, die sich bei irgend einer

Landesanstalt befinden, genau überprüft werden soll und warum diese Überprüfung nicht laufend aufrecht erhalten bleiben soll. Ich dünkte mir, es wäre für den Erfolg aller der Wirtschaften, die das Land betreibt, sei es eine Schule oder eine andere Anstalt, von großem Werte, wenn der Erfolg alljährlich von einem Fachmanne genau überprüft würde, wenn die Zweckmäßigkeit der Wirtschaftsführung ebenfalls überprüft würde und dann das Ergebnis der verschiedenen Wirtschaften in eine vergleichende Darstellung gebracht würde. So hätten wir dann nach meiner Auffassung gewissermaßen eine objektive Qualifikation für die Befähigung der Wirtschaftsführung an jeder landwirtschaftlichen Schule oder an jeder Anstalt, an welcher sich ein landwirtschaftlicher Betrieb befindet. Ich nehme darum den Antrag des Landbundes auf, daß das Wirtschaftsergebnis von der Pachtung in Pischelsdorf genau zu überprüfen sei, stelle aber den Antrag, daß demselben folgender Zusatz hinzugefügt werde (liest):

„sowie die an den verschiedenen landschaftlichen Anstalten bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe bezüglich ihres Reinertrages und der Zweckmäßigkeit ihrer Bewirtschaftung laufend zu überprüfen und zueinander in eine vergleichende Darstellung zu bringen.“

Ich meine damit der Absicht der Antragsteller voll entsprochen zu haben.

Bezüglich des Landesamtes von St. Martin und der Säuglingsstelle habe ich mitzuteilen, daß die redliche Absicht besteht, die Säuglingsstelle wieder zu errichten. Durch die Entwicklung des Amtes sind alle Räume bisher in Anspruch genommen (Tausk: „Was ich gesagt habe!“) und der Vergleich, den Frau Abg. Tausk gebracht hat, daß eine Mutter doch ihre eigenen Kinder nicht aus dem Hause förmlich aussetzen könne wegen eines Raummangels, der trifft hier nicht zu, weil es sich hier um eine Anstalt handelt, an der Kinder gehalten werden können und sollen, aber nicht gehalten werden müssen. Diese strenge Verpflichtung wie sie eine Mutter hat, ihre Kinder im eigenen Hause unterzubringen, besteht an diesem Landesamte nicht, weil der erste und oberste Zweck dieses Amtes nicht darin gelegen ist, eine Säuglingsstätte zu sein. Dieser Zweck kann nebenbei erfüllt werden und soll erfüllt werden, hat aber zur Voraussetzung, daß die Möglichkeit dazu gegeben ist. (Tausk: „Sie war ja gegeben!“) Die Verhältnisse haben es eben mit sich gebracht, daß die Säuglingsstelle verlegt werden mußte. Ich habe Schritte unternommen, um entsprechenden Raum schaffen zu können und diesen Wunsch, dessen Durchführung ich für zweckmäßig halte, zur Erfüllung bringen zu können. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Ing. Wihany: Hohes Haus! Vom Standpunkte des Landbundes haben wir zum Kapitel „Landwirtschaftliches Schulwesen“ im Finanzausschusse ausreichend Stellung genommen und ich habe im wesentlichen dieser unserer Stellungnahme im Finanzausschusse nichts mehr hinzuzufügen. Nachdem aber Herr Abg. Pfarrer Jenz den vom Finanzausschusse angenommenen An-

trag betreffend die Überprüfung der Wirtschaftsgebarung in Pischelsdorf und den im Antrag enthaltenen Grundgedanken, ob es nicht zweckmäßiger sei für das Land, die dortige Pachtung aufzulassen, kritisiert und ihn mit einem Zusatzantrag versehen hat, bin ich gezwungen, dazu Stellung zu nehmen. Ich glaube, wir und alle Mitglieder des Finanzausschusses haben nicht empfunden, daß der Antrag unklar sei, weil er ganz deutlich in seinem zweiten Teile enthält, ob das Land nicht besser daran tue aus diesem Pachtungsverhältnisse, das noch 10 Jahre läuft, vorzeitig, wenn auch mit gewissen Verlusten herauszusteigen, als den Pachtvertrag noch 10 Jahre aufrecht zu erhalten und schwere Verluste zu erleiden. Der Antrag ist meiner Ansicht nach vollkommen klar, weil der erste Teil des Antrages nur die Grundlage für den zweiten Teil schaffen soll, eine Überprüfung der Wirtschaftsgebarung, und wenn es diese Überprüfung ergibt, das Rechtsverhältnis unter Umständen auch vorzeitig zu lösen. Ich habe im Finanzausschusse dargelegt, daß ein Pachtchilling von 177 S pro Joch ungemein hoch ist und ich habe damals im Finanzausschusse die Anregung gegeben, ob nicht das Land imstande wäre, auf Grund des Pächterschutzgesetzes, welches eine Erhöhung des Pachtchillings zuläßt, wenn es ungerecht ist, nicht vielleicht auch eine Verminderung auf Grund dieses Gesetzes zu erreichen, wenn die Höhe des Pachtchillings ungerecht ist. Der Antrag ist klar und der hohe Landtag hat keinen Grund, denselben abzulehnen. Wenn nun Herr Abg. Jenz zu diesem, unserem Antrag einen Zusatzantrag stellt, daß alle anderen Betriebe Steiermarks, im besonderen alle landwirtschaftlichen Betriebe der landwirtschaftlichen Schulen und der anderen Anstalten ebenso zu überprüfen wären, so möchte ich Herrn Abg. Jenz sagen: Wenn er als Referent für die landwirtschaftlichen Schulen bisher diese Überprüfung nicht schon angeordnet hat, dann hat er eine Pflichtverletzung begangen und wir haben keinen Anlaß, eine solche Überprüfung dieser Betriebe irgendwie abzulehnen. Nur sind sie der Meinung, daß diese nun geforderte Überprüfung in keinem Zusammenhange mit der Überprüfung von Pischelsdorf steht und es wäre zweckmäßiger, wenn Herr Abg. Pfarrer Jenz diese seine Ansicht nicht in Form eines Zusatzantrages, sondern in Form eines selbständigen Antrages einbringen würde. Wir werden diesem Antrag zustimmen. Wenn Herr Abg. Pfarrer Jenz hiezu nicht bereit ist, so sind wir auch der holperigen Form als Zusatzantrag bei Pischelsdorf bereit zuzustimmen. Dies wollte ich im besonderen zu dem Kapitel „Landwirtschaftliches Schulwesen“ bemerken und ich möchte nochmals betonen, daß wir unseren Standpunkt im Finanzausschusse gründlich klargelegt haben.

Öffler: Hohes Haus! Der Herr Landesrat Riegler und Frau Abg. Mikola haben Stellung genommen zu meinen Ausführungen in der Generaldebatte. Ich möchte feststellen, daß die Ausführungen der Frau Abg. Mikola dahin gegangen sind, daß seit Übernahme von St. Martin keine neuen Personen angestellt worden seien. Ich bin dankbar, daß wenigstens überhaupt eine Feststellung nach der Richtung, wenn auch nicht durch den Herrn Referenten, gemacht worden

ist, weil es bei dieser Landesanstalt vielfach sehr schwer ist, wirklich konkrete Auskünfte und Feststellungen nach dieser Richtung zu bekommen. Ich möchte aber gegenüber der Frau Abg. Mikola ebenfalls feststellen, daß nach den mir zugekommenen Mitteilungen seit der Übernahme durch das Land angestellt worden sind, und zwar ohne Ausschreibung: die Leiterin des Haushaltes, die Referentin Seidler und die landwirtschaftliche Lehrerin Karlin. Ich möchte außerdem um eine weitere Feststellung bitten oder um eine Aufklärung, und zwar darüber, in welchem Verhältnis zum Lande der Herr Schultat Bischofberger, der ebenfalls seit dieser Zeit draußen ist, in welchem Verhältnis dieser zum Lande steht, weil er selbst von Hofrat Steinberger nicht im Finanzausschusse, aber in anderen Kreisen als Referent des Landes-Bildungsamtes bezeichnet wurde und Schultat Bischofberger sich im Verkehr nach außen als Vertreter des Landesamtes vorstellt. Ich weiß nicht, in welchem Verhältnis zum Lande sich diese befinden, nachdem diese Personen selbst nach außen den Eindruck erwecken, als ob sie Vessellte des Landwirtschaftl. Bildungswesens wären. Es wäre notwendig, daß authentisch festgestellt wird, welche Eigenschaft sie in diesem Betriebe einnehmen, damit die Bevölkerung nicht irreführt werde. Es war nicht möglich, diese Feststellung im Finanzausschusse zu erhalten, weshalb es angebracht wäre, diese Feststellung hier vorzunehmen. Allerdings würde es mir lieb sein, wenn der Referent selbst in der Lage wäre, diese Feststellung zu machen, außer er übergibt diese Vollmacht hinsichtlich der Agenden für das Personal selber der Frau Abg. Mikola, wozu ich natürlich nichts hinzuzufügen hätte.

Was die Bemerkung des Herrn Abg. Pfarrer Jenz wegen des Landwirtschaftl. Bildungswesens anlangt, daß insbesondere von unserer Seite der Vorwurf erhoben wurde, daß es zu teuer komme, so möchte ich bemerken, daß es für jeden Unvoreingenommenen wohl zweifellos feststeht, daß wir solche Behauptungen nicht in dem Sinne aufgestellt haben, als ob uns das Geld für landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen überhaupt reuen würde, als ob wir dafür kein Verständnis hätten, sondern lediglich in dem Sinne, daß es für den nicht Eingeweihten den Eindruck erweckt, daß sie im Hinblick auf die Betriebe zu teuer kommen, daß nicht das Bildungswesen, sondern die Art des Betriebes, wie er geführt wird, als zu teuer erscheint. Wir haben dieselben Vorwürfe schon im Vorjahre erhoben und es wurde uns im selben Stil erwidert hinsichtlich aller landwirtschaftlichen Schulen und Anstalten. Wir haben erlebt, daß die Tatsachen das Referat selbst korrigiert haben. Seinerzeit wurde im Hinblick auf Pischelsdorf erklärt, das, was der Bauernbund und die Sozialdemokraten zu Pischelsdorf sagen, sei Unsinn. Das trifft hier nicht zu und ist geeignet und notwendig für die Oststeiermark. Es bietet die beste Gewähr für eine gute Entwicklung und heute stehen wir vor der Tatsache, daß das Referat selbst den Schlusstrich unter die Schule Pischelsdorf setzen mußte, allerdings erst, nachdem wir schon festgestellt haben, daß die Schule dem Lande 47.000 S gekostet hat. Nur diese eine Tatsache ist genügend Grund, daß jeder, der nicht wirklich einigen

Einblick in diese Anstalt hat, von vorneherein mit Mißtrauen der Wirtschaft in dieser Anstalt gegenübersteht und daraus ableitet, daß uns diese Dinge zu teuer kommen und daß nicht Geld für diese Betriebe und Anstalten verwendet wird, als sachlich berechtigt und absolut notwendig wäre. Wir haben eine andere Feststellung hinsichtlich des Thalerhofes im Finanzausschusse machen müssen und im Zusammenhang davon gesprochen und es wundert mich, daß der Herr Landesrat Jenz tut, als ob er die Vorwürfe nicht gehört hätte.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Riegler ist auf die Frage Kirchberg zurückgekommen, ebenso wie Herr Kollege Dr. Enge, der mir schon in der Generaldebatte insbesondere den Vorwurf gemacht hat, daß ich sozusagen Privataffären des Herrn Dr. Uhrer aufgreife. Ich möchte zu den Privataffären des Herrn Dr. Uhrer nur sagen, daß ich absolut keine Lust und keinen Appetit dazu habe, die Privataffären des Herrn Dr. Uhrer vielleicht hier im Landtage zu erörtern und daß auch in der Generaldebatte jeder, der mich gehört hat, feststellen mußte, daß es mir vollständig ferne lag, Privataffären des Herrn Dr. Uhrer in die Debatte zu ziehen. Ich habe lediglich eine Tatsache registriert, die darauf hinweist, daß man auch mit einiger Berechtigung vermuten kann und nach dem ganzen, was man von Dr. Uhrer weiß, darauf hinweist, daß es unter ihm halt doch auch nicht so rein bei der landwirtschaftlichen Schule in Kirchberg zugegangen ist. (Riegler: „Wenn Sie nicht glauben wollen, was man zehnmal sagt, dann ist Ihnen nicht zu helfen. Da hört sich doch alles auf!“) Warten Sie noch ein bißchen, Herr Landeshauptmann. Ich habe festgestellt und ich werde mir nicht verbieten lassen über die Sache zu reden und ich habe vor, noch eingehend über diese Dinge zu reden. (Rufe: „Immer wieder!“ — Riegler: „Ich habe festgestellt, daß nichts Unzulässiges geschehen ist!“) Wir haben unsere Kritik nicht davon abhängig zu machen, ob es einzelnen Personen der christlichsozialen Partei angenehm ist oder nicht. Wir haben im Interesse der Öffentlichkeit die Kontrolle auszuüben und sind zu diesem Zwecke in diesem hohen Hause. Wenn Sie über Ihr Mandat eine andere Auffassung haben, so ist das Ihre Sache, wir werden unsere Mandate jederzeit in dem Sinn auffassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Riegler: „5 Jahre haben Sie schon davon gesprochen und heute fangen Sie wieder an, trotzdem ich das aktenmäßig nachgewiesen habe. Pfui!“) In diesem Zusammenhange möchte ich nunmehr sagen — was ich früher schon sagen wollte, aber der Herr Landeshauptmann Riegler mich nicht dazu kommen ließ —, daß nämlich damit nicht gesagt ist, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Riegler persönlich mit diesen Dingen irgend einen Zusammenhang haben muß. Ich möchte selbst sagen, daß ich weiß, daß Herr Riegler seit über 25 Jahren im öffentlichen Leben steht und mir nicht bekannt ist, daß ihm je ein Vorwurf persönlicher Unehrenhaftigkeit gemacht worden ist und daß es uns vollständig ferne liegt, bei diesem Anlasse Herrn Riegler vielleicht persön-

liche Unehrenhaftigkeit vorzuwerfen; aber es handelt sich um das Kapitel *Ahrer* und wenn wir immer wieder darauf zurückkommen, so deshalb, weil wir im Voranschlag immer wieder auf dieses Kapitel *Ahrer* stoßen, weil eben erst in der jüngsten Zeit (*Zenz*: „Reden Sie vom Kapitel *Eisler* auch!“ — *Wallisch*: „Das ist echt *Zenz*! Reden wir von etwas anderem!“ — *Zenz*: „Das ist ein Armutszugnis, wenn Sie nicht mehr wissen, als immer vom alten zu reden!“ — *Wallisch*: „*Ahrer* ist genug!“) viele Zusammenhänge klar werden, von welchen wir früher nichts gewußt haben, weil uns erst jetzt neue Tatsachen (Zwischenrufe.) bekannt wurden, über die man im Zusammenhänge mit dem Budget reden muß. Es ist dies nicht eine Privatangelegenheit, wie *Dr. Enge* gemeint hat, sondern eine öffentliche Angelegenheit, wenn das Land ein Gut kauft, sei es von wem immer es sei, selbst wenn es *Dr. Hamendinger* ist. Da sind eben neue Tatsachen aufgeschienen, daß dieser Gutskauf von *Dr. Hamendinger* erfolgt ist und daß dabei auch *Dr. Ahrer* eine scheinbar unglückliche Rolle gespielt hat. Ich habe lediglich aufzuklären, wer *Dr. Hamendinger* ist, um zu zeigen, daß auch das noch unterstützt wird dadurch, daß von Fachleuten behauptet wird, daß das Gut für einen Schulbetrieb ungeeignet sei (*Riegler*: „Natürlich! Das hat jemand bewiesen!“), wird unterstützt durch Veröffentlichungen in der letzten Zeit. (*Riegler*: „Fragen Sie den Herrn Landesrat *Winkler*, was er dazu sagt, er ist auch ein Fachmann!“) Ich habe ja ausdrücklich aus der Zivilklage, die *Dr. Hamendinger* gegen Doktor *Ahrer* erhoben hat, den Teil verlesen, der mit diesem Kapitel im Zusammenhänge steht. Da glaube ich und halte ich es geradezu unfair, wenn man über diese Dinge, nachdem sie bekannt geworden sind, nicht reden würde deshalb, weil *Dr. Ahrer* im Auslande lebt. Ich kann nicht dafür, daß *Dr. Ahrer* nicht in Steiermark geblieben ist, daß er heute nicht mehr Landeshauptmann-Stellvertreter in Steiermark ist, daher können Sie mir keinen Vorwurf machen, daß ich dem Herrn *Dr. Ahrer* die Verteidigung unmöglich mache und gegen ihn Anklagen erhebe, gegen die er sich nicht verteidigen kann. Wenn es nach mir ginge, Herr *Dr. Enge*, würde es mir sehr recht sein, wenn ich Gelegenheit haben würde, in diesem Landtage wieder mit ihm abzurechnen, in seiner „schneidigen Art“, wie Sie immer hervorgehoben haben. (*Gaß*: „Sie haben ja 2 Kerzen gewidmet, daß er über die Grenze gefahren ist!“ — *Unruhe*.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen.

Gsölller (fortfahrend): Wenn *Dr. Enge* darauf verweist, daß man solche Anklagen nur dann erheben dürfe, wenn sich der Betreffende verantworten kann, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß gegen *Dr. Ahrer* verschiedene Klagen in Österreich laufen und daß *Dr. Ahrer* nicht zu erreichen ist und seinen Anklägern keine Gelegenheit gibt, mit ihm im Gerichtssaale abzurechnen. Ich habe nur gewußt, daß er den letzten Aufenthalt in der Schweiz gehabt hat, aber mittlerweile ist *Dr. Ahrer* neuerlich wanderlustig geworden und ist nun neuerdings unauffindbar, so daß

ihm Briefe oder Klagen, die ihm zugestellt werden sollten, auch beim besten Willen nicht erreichen konnten. (*Dr. Enge*: „Ist das wahr?“) Das ist natürlich nicht unsere Schuld, dafür, Herr *Dr. Enge*, können Sie nicht uns verantwortlich machen. Wenn Herr *Gaß* der Meinung ist, daß wir froh seien, daß *Dr. Ahrer* weg ist (*Riemer*: „Sie können froh sein!“), so möchte ich nur sagen, Herr Kollege *Gaß*, daß wir im Gegenteile froh wären, wenn es möglich gewesen wäre, *Dr. Ahrer* in Österreich festzuhalten, weil wir der Meinung sind, daß da eine Reihe von neuen Zusammenhängen und Tatsachen ans Tageslicht gekommen wäre, die uns die Kontrolle der öffentlichen Wirtschaften in Österreich noch wesentlich erleichtert haben würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mikola: Gegenüber den Äußerungen des Herrn Abg. *Gsölller*, betreffend das Landesamt St. Martin und die dortigen Angestellten, stelle ich folgendes fest. *Fräulein Zeidler* und *Karlin* sind seit Jänner 1919 in St. Martin. Die erste Schule wurde im Frühjahr 1920 eröffnet, welcher *Fräulein Zeidler* als Leiterin und *Fräulein Karlin* als Lehrerin vorgestanden haben. Im November 1920 wurde St. Martin vom Lande übernommen. *Fräulein Aspek*, die Kanzlistin, ist seit 1918 bereits in St. Martin. Andere Angestellte des Landes gibt es auch heute dort nicht. Die *Fräulein Zeidler*, *Karlin* und *Aspek* wurden in den ersten Jahren sehr mäßig bezahlt aus den Erträgen der Gutswirtschaft, erst seit 1923 haben sie die Bezahlung vom Lande aus, also wäre eigentlich eine Einrechnung der früheren Dienstjahre zu verlangen.

Was *Dr. Bischofberger* anbelangt, so ist dieser nur freiwilliger Mitarbeiter, wie es hoffentlich mehrere Persönlichkeiten geben wird, die sich selbstlos in den Dienst dieser so hochwichtigen Sache stellen.

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Peintinger**: Hohes Haus! Ich möchte bezüglich der Schule *Pischelsdorf* einiges anführen. Ich bin von der dortigen Gegend und kenne die Verhältnisse ziemlich genau. Daß die landwirtschaftliche Schule *Pischelsdorf* nicht voll besetzt ist, liegt in erster Linie darin, daß wir in der Oststeiermark früher keine landwirtschaftliche Schule hatten und weiter, daß die Bevölkerungskreise den Wert einer landwirtschaftlichen Schule nicht voll und ganz anerkannten, beziehungsweise sie konnten den Wert der Schule nicht erkennen, sowie in Obersteiermark. Ich bin ein Mürztaler und weiß, daß wir in Obersteiermark seit Jahren landwirtschaftliche Schulen hatten und daß Besitzersöhne und -töchter besonders von größeren Besitzern diese Schule besuchten. Nun, in der Oststeiermark spielt eine zweite Angelegenheit eine große Rolle, dort sind größtenteils Kleinbesitzer, und die geehrten Mitglieder des Landtages werden wissen, daß in der Oststeiermark die Besitzer Jahr für Jahr große Elementarereignisse haben, Hagelschäden, und insolgedessen spielt bei uns die Ausgabe von 20 bis 30 S als Kostenbeitrag für die Schule eine ganz besondere Rolle. Ich bin aber vollkommen überzeugt, daß im Laufe der Zeit auch in der

Oststeiermark das Interesse für die landwirtschaftlichen Schulen steigen wird und die Schulen voll besetzt sein werden. Ich bitte daher das hohe Haus, dem Antrage des Herrn Landesrates **Jenz** zuzustimmen, daß diese Schule auch weiterhin erhalten bleibe, und zwar vorläufig als Musterwirtschaft, damit die Kurse abgehalten werden können. Ich bin überzeugt, daß die landwirtschaftlichen Schulen eine große Wichtigkeit für uns Bauern haben; einen großen Wert haben auch unsere landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen nach dem System **Steinberger** und es wäre zu begrüßen, daß diese Aktion immer mehr Ausbreitung finde, weil bei diesen Schulen keine hohen Kosten sind und auch die Zeitversäumnis keine allzu große ist.

Ich bitte daher das hohe Haus, diesem Kapitel die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung. Unbestritten sind im Titel 2 alle Anträge des Voranschlages, alle Zusatzanträge und Abänderungsanträge des Finanzausschusses mit Ausnahme des Abänderungsantrages zu § 8. Ich bringe daher mit Ausnahme dieses Abänderungsantrages alle Anträge gemeinsam zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, welche dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Ich bringe nunmehr den weitergehenden Antrag des Finanzausschusses zur Abstimmung, welcher lautet (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, das Ergebnis des Ertrages des Wirtschaftsbetriebes der Pachtung in Pischelsdorf genauestens zu studieren und die Aufassung des Pachtverhältnisses in Erwägung zu ziehen.“

Ich bitte die Abgeordneten, welche für diesen Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. (Dr. **Engel**: „Ich bitte das Stimmenverhältnis festzustellen!“) Es wird die Abzählung des Hauses verlangt. Ich bitte die Schriftführer, ihres Amtes zu walten. (Nach Abzählung des Hauses.) Meine Feststellung ist bestätigt. 23 Stimmen für, 20 gegen.

Ich schreite nunmehr zur Abstimmung über den Zusatzantrag des Landesrates **Jenz** zu Titel 2, § 8. Der Antrag ist in seiner Fassung vom Herrn Landesrat **Jenz** verlesen worden und ist dem hohen Hause bekannt. Wird die neuerliche Verlesung gewünscht?

Ing. Wihany (zur Abstimmung): Ich habe den Antrag des Herrn Landesrates **Jenz** als Zusatzantrag aufgefaßt und wir hätten für den ganzen Antrag und Zusatzantrag selbstverständlich gestimmt. Nachdem aber unser Antrag von der anderen Seite abgelehnt wurde, können wir auch für den Zusatzantrag nicht stimmen.

Präsident: Ich bitte Herrn Landesrat **Jenz**, den Antrag nochmals selbst zu verlesen.

Jenz: Der Antrag hat folgenden Wortlaut (liest):

„Die an den verschiedenen landwirtschaftlichen Anstalten bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe bezüglich ihres Reinertrages und der Zweckmäßigkeit ihrer Bewirtschaftung laufend zu überprüfen und zueinander in eine vergleichende Darstellung zu bringen“

wird die Landesregierung beauftragt (**Ing. Wihany** [zur Abstimmung]: „Für diese Fassung können auch wir stimmen!“).

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Präsident: Über Beschluß der Obmännerkonferenz unterbreche ich die Sitzung auf eine halbe Stunde.

(Die Sitzung wird um 17 Uhr 25 Minuten unterbrochen und vom Präsidenten **Kölbl** um 18 Uhr 15 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder und fahre fort in der Behandlung der Tagesordnung. Es kommt zur Verhandlung Kapitel 6, Bildungswesen. Zu Titel 1, 2 und 3 ist Berichterstatter Herr Abg. Dr. **Minarik**.

Berichterstatter **Dr. Minarik**: Hohes Haus! In Verhandlung steht Kapitel 6, Bildungswesen. Titel 1, Allgemeines Bildungswesen.

§ 1, Beiträge an gemeinnützige Vereine zur Erhaltung von Kunst- und Kulturfürten. Erfordernis 5000 S, keine Bedeckung, daher Abgang 5000 S.

Die hierzu gehörige Resolution des Finanzausschusses, die ich zur Annahme empfehle, lautet (liest):

„Die Bittschrift des Oberstaatsarchivars **Viktor Thiel** und des Universitätsprofessors **Dr. Hermann Egger** um einen Druckkostenbeitrag für die Druckschrift „Die landesfürstliche Burg in Graz und ihre historische Entwicklung“, E.-Zl. 111, wird im Hinblick auf Post 2 des Kapitels 6, Titel 1, § 1, des Landesvoranschlages der Landesregierung überwiesen.“

Ich bitte um Annahme dieser Post.

§ 2, Landesmuseum Joanneum: Ordentliches Erfordernis 273.852 S, außerordentliches Erfordernis 5000 S, Gesamterfordernis 278.852 S, Bedeckung 4900 S, Abgang 273.952 S. Zu diesem Abschnitte möchte ich bemerken, daß dies der Aufwand ist für das Joanneum, für die gesamten Sammlungen des Landes, die angegliedert sind. Nur eine Post, glaube ich hervorheben zu müssen, das ist die Post 4 von 6000 S für den Ankauf von Bildern und Kunstwerken. Es ist dies eine Post, die das erste Mal im Voranschlage verzeichnet erscheint, womit der Referent der Landesregierung ermächtigt wird, Bilder von heimischen Künstlern anzukaufen und praktische Kunstförderung in die Wege zu leiten.

§ 3, Landesregierungsarchiv: Gesamterfordernis 49.874 S, Bedeckung 600 S, Abgang 49.274.

Ich möchte hierzu bemerken, daß es sich hier um das veränderte frühere Regierungsarchiv handelt zum Unterschiede vom Landesarchiv. Hierzu gehört folgende Resolution des Finanzausschusses (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, die beiden Archive (Landesarchiv und Landesregierungsarchiv) in der Leitung zusammenzulegen.“

§ 4, Landes-Oberrealschule: Gesamterfordernis 170.284 S, Bedeckung 33.500 S, Abgang 136.784 S.

§ 5, Landes-Kunstschule: Erfordernis laut des in den Händen des hohen Hauses befindlichen Voranschlages 10.400 S, Bedeckung 4400 S, Abgang 6000 S.

Durch die Beschlüsse des Finanzausschusses ändert sich diese Post insofern, daß zu Rubrik 1, Bezüge,

eine Mehrpost von 7200 S kommt, daher diese nunmehr 15.700 S beträgt. Dadurch ändert sich das Erfordernis auf 17.600 S, der Abgang beträgt daher 13.200 S.

Zu dieser Post bemerke ich: Es war beabsichtigt, eine Klasse der Landes-Kunstschule aufzulassen, und zwar deswegen, weil das Landes-Bauamt auf Räumlichkeiten Anspruch erhob, die es benötigte. Im Finanzausschuß wurde dann infolge eines Appells dem Finanzreferenten dieser Betrag neuerlich zugestanden, so daß nunmehr die Landes-Kunstschule in ihrer jetzigen Gestalt erhalten bleibt und dadurch die Jugend Gelegenheit hat, in der Landeshauptstadt selbst die erste Ausbildung zu erhalten, ohne außer Landes gehen zu müssen.

§ 6, Einrichtungen des Landes für körperliche Erziehung: Gesamterfordernis 41.461 S, Bedeckung 8848 S, Abgang 32.613 S.

Ich bemerke hiezu, daß eingeseht erscheint ein Pauschalkredit für turnerische und sportliche Veranstaltungen von 10.000 S, womit die Unterstützung dieser turnerischen und sportlichen Veranstaltungen durch das Land in die Wege geleitet ist. Dadurch ist der Landesregierung die Möglichkeit gegeben, die verschiedenen sportlichen Veranstaltungen, das Brigadeschießen und Reiten usw. zu unterstützen, weiters sportliche und turnerische Veranstaltungen der Grazer Vereine und neue Sportvereine ebenfalls zu fördern. Die Post von 5000 S ist dadurch zur Einsetzung gekommen, daß der Bund Fahrkartenermäßigungen gegeben hat auf Bahnen für Jugendwanderungen unter der Bedingung, daß das Land einen angemessenen Beitrag zur Einsetzung bringt.

§ 7, Landesbürgerschulen Hartberg, Judenburg, Radkersburg, Voitsberg: Erfordernis 155.607 S, Bedeckung 4100 S, Abgang 151.507 S.

§ 8, Beiträge des Landes für besondere Bildungszwecke: Erfordernis 11.590 S, zugleich Abgang.

Die Summe dieser Post ändert sich dadurch, daß vom Finanzausschuß in der letzten Sitzung beschlossen worden ist, dem hohen Hause zu empfehlen, einen Betrag von 100.000 S für kulturelle Zwecke der Stadtgemeinde Graz zur Einsetzung zu bringen. Dadurch erhöht sich das Gesamterfordernis auf 111.590 S; der Abgang ist von gleicher Höhe.

Ich bitte um Annahme des Titels 1 des Kapitels 6.

Tausk: Hohes Haus! Ich möchte nur bezüglich der Landes-Kunstschule bemerken, daß wir es mit großer Genugtuung begrüßt haben, daß der Finanzausschuß sich entschlossen hat, die beiden Stellen wieder zu dotieren, die schon so lange verwaist gewesen sind und hiefür einen Betrag von 7200 S einzusetzen. Es ist dies ohnedies nur ein bescheidenes Honorar und wir erwarten, daß diese beiden Stellen unverzüglich ausgeschrieben und auch besetzt werden. Denn es ist für uns nicht gleichgültig, ob die Landes-Kunstschule fortbesteht oder nicht. Keinesfalls aber dulden wir es, daß sich das Landes-Bauamt räumlich auf Kosten der Landes-Kunstschule ausbreitet. Wir sind zufrieden, daß eine solche Lösung gefunden wurde; denn für sehr viele Künstler bedeutet es eine Schicksalsfrage, ob sie hier sich ausbilden können oder nicht,

die meisten haben ja nicht das Geld, in eine Großstadt oder ins Ausland zu gehen. Für Steiermark ist das also wirklich eine Frage von großer Bedeutung und wir erwarten, daß nun dem Landtagsbeschlusse Rechnung getragen wird und beide verwaisten Stellen unverzüglich ausgeschrieben werden. (Beifall.)

Präsident: Es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet. Ich ersuche daher die Abgeordneten, welche dem Kapitel 6, Titel 1, in der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Fassung die Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Kapitel 6, Titel 1, ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Titel 2, Gewerbliches Bildungswesen.

Berichterstatter **Dr. Minarik:** Titel 2, Gewerbliches Bildungswesen.

§ 1, Stipendien und Beiträge: Erfordernis nach dem vorliegenden Voranschlage 191.300 S, Bedeckung keine, daher gleicher Abgang.

Auch diese Post ändert sich dadurch, daß durch Beschluß des Finanzausschusses dem hohen Hause empfohlen wird, nach Rubrik 3 eine weitere Post zur Einsetzung zu bringen, und zwar im Betrage von 3000 S. Dadurch erhöht sich die Erfordernissumme zugleich Abgang auf 194.300 S.

Hiezu ist zu bemerken, daß die Hauptpost, der Betrag von 182.000 S, der Beitrag für gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen ist, jene Post, welche das Land im Sinne des Fortbildungsschulgesetzes leisten muß. Nach diesem Gesetze muß das Land 60 Prozent der gesamten Kosten für sämtliche gewerblichen Fortbildungsschulen in Steiermark tragen. Daher erklärt sich diese besonders hohe Post. Ich beantrage die Annahme dieser Post und die Annahme einer Entschließung, die der Finanzausschuß beschlossen hat. Diese lautet (liest):

„Die Bittschrift des Vereines zur Erhaltung einer höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe in Leoben, E.-Zl. 79, erledigt sich durch Erfordernisrubrik 4 des Kapitels 6, Titel 2, § 1, des Landesvoranschlages.“

Der Antrag der Abg. **Köstler** und **Genossen**, E.-Zl. 150, betreffend die hauswirtschaftliche Ausbildung begabter, vermögensloser junger Mädchen erledigt sich durch Einstellung eines Betrages von 3000 S im Abschnitt I, Kapitel 6, Titel 2, § 1, Rubrik 3 a.“

§ 2, Landes-Berg- und Hütten Schule in Leoben: Erfordernis 48.620 S, Bedeckung 11.650 S, Abgang 36.970 S.

§ 3, Landes-Hufbeschlags-Lehr- und Tierheilanstalt: Ordentliches Erfordernis 88.532 S, außerordentliches Erfordernis 2500 S, Gesamterfordernis 91.032 S, Bedeckung 52.800 S, Abgang 38.232 S.

Ich bitte um Annahme dieses Titels.

Titel 3, Landes-Taubstummenanstalt: Erfordernis 181.064 S, Bedeckung 48.366 S, Abgang 132.698 S.

Hiezu gehört die Resolution des Finanzausschusses, welche mit Mehrheit angenommen worden ist (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, das veraltete Statut für die Landes-Taubstummenanstalt ebstens durch ein neues Statut zu ersetzen.“